

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Abonnenten: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. für das Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Vertragsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne pro Zeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Erklärungen und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (gültig 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 25. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ruhig, Oesterreich!

Ja, leben wir denn in einem Tollhaus? Was ist denn geschehen, daß der Friede bedroht sein, daß ein Weltkrieg ausbrechen sollte? Die Montenegriner haben Skutari erobert! Und wenn schon? Man lasse sich doch nicht durch nichtsnutzige Phrasen das Gehirn benebeln, nicht durch das aufgeregte Getue dummer Sensationsjournalisten die Ruhe rauben. Das fehlt ja wirklich noch, daß über die hochwichtige Angelegenheit, ob dieser armselige zusammengeschossene Trümmerhaufen montenegrinisch oder albanisch werde, auch nur ein Blutstropfen mehr vergossen würde.

Es gibt nichts, was für die europäischen Völker gleichgültiger wäre als Skutari. Hat denn irgend jemand auch nur den geringsten Grund gehört, warum dieses Nest nicht montenegrinisch werden darf? Weil die Majorität seiner Einwohner albanisch ist? Selbst wenn dies richtig wäre, wann hat man sich in diesem Kriege, der längst zu einem blutigen Eroberungszuge geworden ist, um das Nationalitätsprinzip gekümmert? Und jetzt sollen große Nationen ins Verderben gestürzt werden, weil es in Oesterreich, dessen Existenz die dauernde Vergewaltigung des Nationalitätsprinzips bedeutet, den Mächtehabern gefällt, die Heiligkeit der albanischen Nationalität zu proklamieren?

Aus Wien wird telegraphiert und die deutsche Presse brudt es gläubig nach, in Oesterreich sei die öffentliche Meinung aufs äußerste erregt und fordere energische Maßnahmen. Und die „Bosnische Zeitung“, die noch an demselben Tage, als der infame Prochaska-Schwindel entlarvt wurde, die Ermordung des Konsuls verurteilte und nach Sühne gerufen hatte, bringt auch jetzt wieder, entgegen den Interessen des deutschen Volkes, einen Brandartikel um den andern. Zug und Trug! Jivio und Slava, heißt es in Agram und Prag durch die Straßen, und die österreichische Polizei hat alle Hände voll zu tun, um die Fahnen von den Häusern herabzuholen, die Versammlungen aufzulösen, die Demonstrationen auseinanderzusprengen, die die Freude der österreichischen Slawen über die „Niederlage“ der österreichischen Diplomatie bekunden. Und die Deutschen in Oesterreich? Tausende Deutsche sollen auf die Schlachtbank geführt werden, um ein elendes Städtchen den Montenegrinern zu entreißen und den Albanern zu verschaffen. Das soll ein Hochziel deutschnationaler Politik sein? Deshalb sollen vielleicht noch unsere Arbeiter hinausziehen für Kaiser und Reich, für Skutari und Albanien, für den kerikalen Thronfolger Oesterreichs und den vorläufig noch anonymen König von Albanien?

Die österreichische Erregung wird in den Redaktionsstuben der Wiener Zeitungen fabriziert, die mit Ausnahme der „Arbeiter-Zeitung“ samt und sonders vom Ballplatz abhängig sind und von den Wiener Korrespondenten deutscher Zeitungen, die vom Ballplatz und zum Teil auch von der Deutschen Volkshaus in Wien, die nicht immer so will, wie es die vernünftigeren Politik der Berliner Zentrale es erfordert, ihre Informationen empfangen. In Wirklichkeit ist es außer der offiziellen nur eine ganz kleine Schar von gewissenlosen Schreibern, die in diesem allerneuesten österreichischen Patriotismus machen, vor dessen Folgen die Völker Oesterreichs — Deutsche und Slawen — um alles in der Welt aber verschont bleiben wollen. Und von dieser Politik darf sich die deutsche um keinen Preis ins Schepptau nehmen lassen.

Die europäischen Mächte haben die Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien proklamiert. Die österreichische Regierung fordert umgekehrt, daß dieser Beschluß Montenegro aufgezwungen werde. Die Zugehörigkeit Skutaris ist gleichgültig; nicht gleichgültig aber ist der Friede Europas. Und der wird durch jede Heberei, durch jedes gewalttätige Vorgehen, durch jede separate Aktion einer einzelnen Macht nur gefährdet. Was jetzt nötig ist, ist Zeit, Zeit zum Verhandeln, Zeit, um die Grundzüge einer gemeinsamen Aktion zu finden. Die darf durch Oesterreich nicht gestört werden, ebensowenig wie durch ein Abspringen Rußlands. Welchen die europäischen Mächte einig, so ist die Skutarifrage ungefährlich. Gefahren beschwört diejenige Macht herauf, die wird zum Friedensstörer, die jetzt auf eigene Faust sich von den anderen trennt. Die Pflicht der Regierungen — und mit in erster Linie der deutschen — ist es jetzt, solche Separataktionen, deren Anfang oder deren Ende man nicht kennt, zu verhindern.

Die Forderungen Oesterreichs.

London, 24. April. Das Neutische Bureau erzählt: Die Zirkularnote Oesterreich-Ungarns an die Mächte besagt: Oesterreich-Ungarn kann es nicht gestatten, daß die Lage, die durch den Einzug der Montenegriner in Skutari geschaffen ist, so bleibt, wie sie ist, da das

Prestige der Mächte verlezt worden ist. So läßt Oesterreich-Ungarn die Mächte ein, einen Entschluß zu fassen über die Schritte, die zur Wiederherstellung des Prestiges unternommen werden sollen. Oesterreich-Ungarn erklärt, falls die Mächte einen schnellen Entschluß nicht fassen könnten, so würde es gezwungen sein, selbst Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die Entscheidungen der Mächte respektiert werden und daß Montenegro Skutari räumt.

Gut unterrichtete österreichische Kreise halten die Lage nicht für gefährlich. Man erklärt, daß es sich nicht um eine rein österreichische Frage handle. Die Entscheidung, welche ganz Europa hinsichtlich Skutaris getroffen hat, ist Montenegro in aller Form mitgeteilt worden; die Schiffe sind entsandt worden, vermutlich doch, um dieser Entscheidung der Mächte Achtung zu verschaffen. Man betont, daß die so ernst erwogenen Beschlüsse Europas nicht durch einen Akt Montenegros abgeändert werden können, welcher diese Beschlüsse direkt verlezt. Der österreichische Gesichtspunkt ist der, daß es die erste Sorge Europas ist, die Räumung Skutaris ohne Verzug durchzuführen. Die Fragen betreffend das Angebot einer Kompensation für Montenegro können später besprochen werden.

Die österreichische Note war bis Mitternacht in London nicht bekannt; der Premierminister Asquith hatte noch keine Kenntnis von derselben, als er auf dem Bankett der ausländischen Pressevereinigung sprach.

Zusammentritt der Völkervereinigung.

Wien, 24. April. Nach den an hiesiger zuständiger Stelle aus Cetinje eingetroffenen Nachrichten soll König Nikolaus fest entschlossen sein, Skutari nicht zu räumen.

Nachdem Oesterreich-Ungarn den Mächten seine Vorschläge bezüglich Skutaris mitgeteilt hat, ist bereits für Freitag eine Sitzung der Völkervereinigung in London anberaumt worden, damit im Sinne des Vorschlages des Wiener Kabinetts die Entscheidung der Mächte in kürzester Zeit erfolgen möge.

Die Völkervereinigung in London hat gestern einstimmig beschlossen, den Regierungen vorzuschlagen, es sei Montenegro aufzufordern, Skutari unverzüglich zu räumen.

Die Auffassung in England.

London, 24. April. Die offiziöse „Westminster Gazette“ schreibt: Die Verbündeten haben grundsätzlich die Vermittlung der Mächte angenommen. Die Vermittlung kann nur auf einer Abgrenzung Albaniens, die Skutari einschließt, basieren werden. Wenn König Nikolaus auf Skutari bestehen sollte, würde er nicht Vpef, und Serbien nicht Djakowa bekommen, und Oesterreich würde vielleicht den Sandschak Novibazar wieder besetzen. Die Mächte sind demnach nicht ohne Hilfsmittel. Wenn sie zusammenhalten, werden sie ihr Ziel ohne große Schwierigkeiten erreichen, aber die Lage duldet keinen weiteren Aufschub. Natürlich wären wir der Anwendung von Gewalt gegen Montenegro äußerst abgeneigt, aber das Ansehen Europas steht auf dem Spiele. Wenn König Nikolaus den Mächten erfolgreich Trost bietet, dann müßten wir für diese Generation auf jede weitere Kooperation zur Erhaltung des Friedens verzichten.

Eine Rede des englischen Ministerpräsidenten.

London, 24. April. Bei einem Bankett des Vereins der auswärtigen Journalisten hielt Premierminister Asquith eine Rede, in der er unter anderem sagte: Die Großmächte, von denen mehr als eine bei der Umwälzung des alten Regimes in der Türkei stark und direkt interessiert ist, haben gemeinsam für einen ehrenvollen Frieden untereinander gewirkt und soweit erfolgreich gewirkt. Ihre Vermittlung ist, wie wir hoffen, jetzt wenigstens im Prinzip von den kriegführenden Parteien angenommen worden. Ich sage nicht, daß nicht schwierige Punkte auftauchen könnten — und ein solcher Punkt steht heute sehr augenfällig vor uns — Punkte, die auch jetzt noch derselben Eigenschaft der Nachsicht, der gegenseitigen Verständigung und Anpassung und der Bereitwilligkeit bedürfen, spezielle Interessen und Empfindlichkeiten dem beherrschenden Ziele der gemeinsamen Erreichung eines dauerhaften Friedens unterzuordnen, und ich denke, wir können ohne übertriebenen Optimismus hoffen, daß früher oder später, aber lieber früher als später, wir das Ziel erreichen werden, nach dem wir so lange und so mühevoll gestrebt haben.

Die „Times“ schreiben: Die Mächte, einschließlich Rußlands und besonders auch Englands haben in bemerkenswertem gutem Glauben gegen Oesterreich-Ungarn gehandelt. Oesterreich-Ungarn darf sich darauf verlassen, daß die Mächte es auch in der Frage von Skutari tun werden. Die Haltung Englands bleibt selbstverständlich dieselbe, wie sie nach den Erklärungen von Sir Edward Grey ist. Wir sind mit den anderen Mächten übereingekommen, daß ein autonomes Albanien bestehen soll, zu dem Skutari gehört. Wir beobachten, an diesem Abkommen festzuhalten. Europa wird die Mittel finden, um sein wohlüberlegtes und einstimmiges Urteil gegen alle, die ihm widerstreben möchten, durchzusetzen.

Der unbegleibte König.

Wien, 24. April. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Cetinje: Der König, welcher von einer jubelnden Menschenmenge vor dem König gefeiert wurde, sagte in einer Ansprache: Die großen Opfer, die das Land für Skutari gebracht hat, sind nicht umsonst gebracht worden. Skutari sei von heute ab montenegrinisch. Der endliche Besitz dieser Stadt werde dem Lande zu neuer Blüte verhelfen. Den ihm beglückwünschenden Gesandten der Balkanstaaten erklärte der König, der Fall Skutaris habe eine neue Situation geschaffen, mit der man überall werde rechnen müssen. Die Begeisterung des ganzen Landes über die Einnahme sei ebenso liegend, als es die Erschütterung sein werde, wenn man daran denken sollte, Skutari Montenegro wieder abzunehmen. Niemand könne heute in Montenegro wagen, diesen Gedanken auszusprechen. Weder die Regierung noch der König würden beim Volke Gehör finden. Wenn Europa noch immer daran denken sollte, Skutari, für das Montenegro fast verblutete, ihm neuerlich zu entreißen, werde Europa auch die Aufgabe haben, diese Operation selbst durchzuführen.

Wiener Stimmungsmache.

Wien, 24. April. Sämtliche Blätter befaßen sich mit der durch die Besetzung Skutaris geschaffenen Lage und verlangen von der Regierung sofortige energische Maßnahmen gegen Montenegro, entweder mit oder ohne Europa. Das offiziöse „Freudenblatt“ gibt sich der bestimmten Erwartung hin, daß sich Europa nunmehr endlich entschließen werde, nach dem Verlangen der bisherigen Maßnahmen auch schärfere Mittel anzuwenden, um die Verletzung des Prestige wieder gut zu machen und den Widerstand Montenegros zu brechen.

Südslawische Kundgebungen.

Wien, 24. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Dalmatien hat eine wahre Verfolgungsjagd gegen alle großslawischen Sympathielundgebungen eingesetzt. Es wurden Professoren wegen Herausgabe einer Gedichtsammlung des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung angeklagt, wegen Teilnahme an Versammlungen diszipliniert, ein Advokat wurde wegen Hochverrats in Untersuchung gezogen und gleichzeitig von der Advokatur entbunden. Ein Staatsanwalt, der sich weigerte, gegen einen Notar Anklage zu erheben, wurde seines Amtes entsetzt, ebenso der Notar selbst. In Ragusa wurde eine Reihe jüngerer Leute unter Polizeiaufsicht gestellt; dabei hat die Militärverwaltung in Dalmatien ihre Herrschaft so rücksichtslos eingerichtet, daß die Gemeinden sich mit einem Notschrei an die Zivilregierung des Landes gewendet haben.

Tschechische Demonstrationen.

Prag, 24. April. Eine von den tschechisch-radikalen heute einberufene Versammlung zur Feier des Falles von Skutari wurde polizeilich verboten. Mehrere hundert Teilnehmer wurden von der Wache zerstreut. Es fanden daran anschließend Umzüge durch die Hauptstraßen und die Vorstadt Weinberge statt unter Hochrufen auf Montenegro und Abfingen alslawischer Lieder. Ein Abgeordneter versuchte wiederholt, Ansprachen an die Menge zu halten, wurde aber von der Polizei verhindert. Mehrere Versammlungen wurden zerstreut und ungefähr dreißig Verhaftungen vorgenommen.

Die Waffenruhe.

Konstantinopel, 24. April. Anlich wird gemeldet, daß die Waffenruhe zwischen den Türken und Bulgaren unter den bereits geltenden Bedingungen bis zum 4. Mai mittags verlängert worden ist.

Das Ende des Generalstreiks.

Brüssel, 24. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der außerordentliche Parteitag ist heute zusammengetreten und hat die bereits gestern mitgeteilte Resolution des Streikkomitees angenommen. Die grandiose Manifestation des belgischen Proletariats ist zu Ende. Einmütig und geschlossen wie sie in den Kampf gegangen, werden Belgiens Proletarier die Arbeit wieder aufnehmen, bereit, wenn es sein muß, die scharfe Waffe, die sie heute niederlegen, wieder anzuwenden.

Auseele referierte und empfahl die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit, da die Fortführung des Streiks keinen größeren Erfolg als den bereits erreichten versprache. Einige Redner sprachen für die Fortsetzung des Streiks, die gestern auch von den Versammlungen in dem Vorinage gefordert worden war. Andere forderten eine radikalere Fassung der Resolution und kritisierten, daß der Kongreß nicht schon vor der Dienstagsitzung der Kammer einberufen wurde. Alle erklärten aber eine einmütige Durchführung des Kongreßbeschlusses für notwendig. Vanderbelde und Destrée verteidigten die Haltung der Fraktion und des Streikkomitees. Sie legten die politischen und moralischen Ergründungen des Generalstreiks dar, der sich als Kampfmittel bewährt habe. Vanderbelde sprach sehr wirkungsvoll. Er betonte, man solle siegesstroh an die Arbeit zurückkehren. Der

Zweck des Streits, die Verfassungstreue auf parlamentarischen Wege zu eröffnen, sei durch die Bildung einer Kommission erreicht. Und noch wichtiger als der parlamentarische Erfolg sei der Eindruck, den der imposante und friedliche Streit auf die öffentliche Meinung ausgeübt hat und seine besondere Bedeutung für die Machtbildung und das Klaffenbewußtsein der Arbeiterschaft. Also steden wir den Degen wiederum mit Ehren in die Scheide, um ihn, sobald es nötig ist, wieder hervorzuziehen. — Genosse De Sire sprach im Schlusswort in demselben Sinne und feierte die Solidarität und Disziplin, die die Arbeiter gezeigt haben.

Die Abstimmung ergab bei 1200 Teilnehmern Vierfünftelmehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Darauf schloß der Vorsitzende Furnemont den Kongress mit der Aufforderung zu weiterem einigen Kampf.

Morgen wird die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Nachträgliches zum Krupp-Krach.

Uns wird geschrieben:

Der wichtige Angriff Liebschnechts im Reichstage gegen die Geschäftspatrioten wird ja wohl seine Folgen haben — hoffentlich recht bald —, und so dürften schon jetzt einige weitere Mandatglossen zu der Geschichte nicht unwillkommen sein.

Die Kruppische „Werkleitung“ läßt also durch das Wolffsche Bureau erklären, daß sie die Verschleungen ihres Unterbeamten „selbstverständlich mißbilligt“. Hat die Werkleitung aber auch erklärt, daß sie diese Verschleungen nicht gekannt habe? Die Werkleitung? Wer ist denn dieses geheimnisvolle Etwas? Nun, eine Gesellschaft von ein paar Duzend Köpfen: Direktoren, stellvertretenden Direktoren, Direktoriumsassistenten, Prokuristen, und wie sie alle heißen mögen, von denen jeder sein eigenes Arbeitsgebiet hat, das gegen das seiner Mitköpfe scharf abgegrenzt ist. Der eine macht Kanonen, der andere Eisenbahnräder, der dritte verkauft die Kanonen, der vierte die Räder, andere tun anderes und einer schreibt über dem Ganzen. So ist also nicht nur möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich, daß von der großen Zahl die Hälfte oder noch mehr tatsächlich von den Verschleungen, die der Berliner Beamte beging, nichts wußten. Da aber bei Krupp zwei Verschleung zusammen eine rechtsgültige Unterschrift abgeben können, so ist eine Erklärung, daß die „Firma“ Krupp ahnungslos wie ein Lamm gewesen sei, tatsächlich leicht gemacht.

Und doch muß irgendwo eine verantwortliche, leitende Persönlichkeit gewesen sein, die von den Geheimberichten Brands über das Konkurrenzmaterial Kenntnis gehabt hat. Verschleungen wie und einmal in die Lage eines solchen Unterbeamten, wie Brand es gewesen sein soll, bei irgend einer Fabrik. Sein dienstlicher Verkehr mit Behörden läßt ihn die Möglichkeit erkennen, Einblick in geheime, für seine Firma wertvolle Akten der Behörde zu gewinnen. Selbstverständlich reicht sein Gehalt nicht aus, um Schmiergelder davor abzugeben, das brauchte die Firma gar nicht erst in den Zeitungen zu erklären. Es würde diesem Beamten, bei aller Liebe für seine Firma, natürlich auch gar nicht einfallen, auch nur einen Pfennig seines großen Gehalts auf Rimmerwiedersehen für die Konkurrenzgesellschaft zu opfern. Aber wie macht es denn in solchen Fällen ein geschulter Beamter? Nun, er legt den kleinen Betrag, dessen es in einzelnen Fällen bedarf, zunächst aus seiner Tasche vor. Ist zufällig Ebbe darin und die Sache dringlich, so läßt er sich Korruption geben, was leicht zu machen ist. Er braucht nur zu einem der „zuständigen“ Interessenten zu gehen, erzählt diesem von seinem Plan, der sehr seine Unterschrift auf die Verschleung, worauf die Kasse jeden Betrag sofort auszahlt. Hat der Mann dann seine Geheimnisse ergattert, so läuft er damit streubestrahlt wieder zu seinem „zuständigen“ und präsentiert ihm zugleich ein ausgefülltes Formular, worin er etwa noch vorhandene Auslagen für „Repräsentationszwecke“ oder „Reisen“ „Liquidiert“. Diese „Liquidation“ muß nun wieder von einem „zuständigen“ erglaubigt sein, da sonst die Kasse seinen Pfennig zurückerstattet. Solche Unterschriftsberechtigung hat noch lange nicht jeder höhere Beamte, man muß dazu schon ein wirklicher „Höherer“ sein, von wo es bis zur „Werkleitung“ nicht mehr weit zu sein pflegt.

Sollte also die gerichtliche Untersuchung in einem solchen Falle ergeben, daß der betreffende Unterbeamte Schmierbeträge — es brauchen gar nicht einmal sehr hohe zu sein — wirklich ausgegeben hat, dann steht ebenso unerschütterlich fest, daß irgendwo ein „Verantwortlicher“ darum gewußt, die Gelder angewiesen und — geschwiegen hat!

Selbstverständlich wird in jeder Fabrik alles geheime Material über Konstruktionen der Konkurrenz, das man erschließen hat, recht ausgiebig verwertet. Solche interessante Säckelchen läßt man sich doch nicht entgehen! Man gibt doch nicht das Schmiergeld aus, um dann den kostbaren Schatz unbesehen im Schrank irgend eines Herrn v. K. zu begraben! Die Etüde zirkulieren, natürlich „streng vertraulich“, bei den Chefs aller in Betracht kommenden Konstruktionsabteilungen; da werden sie beäugelt und bekräftigt, mit dem Vergütungsglas besesehen, nachgerechnet und — nachgesehen.

Sollte also die gerichtliche Untersuchung in einem solchen Falle ergeben, daß ein „unterer“ Fabrikbeamter sich fremde Konstruktionsgeheimnisse zu verschaffen gewußt hat, dann ist ebenso unerschütterlich, daß auch irgend ein „Höherer“ darum gewußt und — geschwiegen hat!

Von größter Wichtigkeit ist bei jeder Fabrik das Bureau, wo die Verkaufspreise festgesetzt oder — bei Krupp — dem deutschen Volke diktiert werden. Von diesen Preisen hängt der Profit der Gesellschaft ab, und es ist in der Regel ein „Zeitender“, der diese Preise macht. In beratenden Preisbureaus auf großen Fabriken ist man hinter jeder Preisangabe der Konkurrenz her, wie der Teufel hinter einer armen Seele.

Sollte also die gerichtliche Untersuchung in einem solchen Falle ergeben, daß ein „Unterbeamter“ durch Bestechung sich Preisangaben der Konkurrenz verschafft hat, dann ist ebenso unerschütterlich, daß irgend ein besonders hoher „Verantwortlicher“ gerade diese Geheimnisse sehr gütlich durchgesehen, mit seinen eigenen Listen verglichen und — geschwiegen hat!

Aus dem Charakter der erschienenen Dokumente werden also die Richter sehr folgern können, in welcher Richtung sie nachzuforschen haben. Handelt es sich um militärische Geheimnisse, so brauchen sie natürlich nicht erst lange vor der Abteilungsleiter anzufragen, wo die Eisenbahnräder gemacht werden. Die da drinnen sitzen, die wissen „selbstverständlich“ nichts. Es wird Sache der Öffentlichkeit und des Reichstages vor allem sein, darüber zu machen, daß die Richter ihre Schuldigkeit tun und vor keiner noch so vornehmen Lüge Halt machen!

Die „Firma“ Krupp aber mag getrost weiter erklären, daß sie die Verschleungen ihres Unterbeamten selbstverständlich mißbilligt, und die Direktoren K. und W. können weiter ableugnen, was im Ressort ihrer Kollegen D. und J. vorgekommen ist. Da man dem Volke die Religion erhalten will, muß man sich selbst ein

Wenig nach der Bibel richten und läßt drum seine Rechte nicht wissen, was die Linke tut!

Im Ableugnen gestehen sie!

Herr Geheimrat Eugen berg, Vorsitzender des Direktoriums der Aktiengesellschaft Krupp, früher im preussischen Finanzministerium (es gehört zu den sehr pfiffigen Bewohnern dieser Firma, sich frühere hohe Staatsbeamte zu mieten), hat einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ sein Herz ausgeschüttet, und Wolffs Telegraphenbureau beillt sich natürlich, diese Erklärungen weiterzuverbreiten. Und was sagt der Herr? Er verrät zunächst seine Wut über Liebschnecht, spricht von einer Hypnotisierung der öffentlichen Meinung, um schließlich zu erklären:

„Man legt in der Presse mit Recht auf die Tatsache Wert, daß die öffentliche Meinung schon bei der Nachricht Mißbehagen empfindet, daß die Firma Krupp sich von ihrer Berliner Vertretung Geheimberichte erstatten läßt, ein Wort, an das sich neben anderen Vorstellungen überall leicht die der Gefährdung der Sicherheit des Reiches und dergleichen anschließt. Ja — da muß ich nun sagen: Wenn man sich etwas näher in die Eigenart unseres Essener Betriebes versetzt, so müssen diese Vorstellungen bald verblasen. Duzende von verschlossenen Briefumschlägen, die Geheimberichte enthalten, werden und täglich auf den Tisch gelegt. — Geheimberichte sind unser täglich Brot, und da alle inländischen Bewaffnungsfragen als geheim gelten, kann demnützigsterweise niemand etwas dabei finden, wenn auch die fraglichen Berliner Berichte Geheimberichte waren.“

Das ist alles! Man glaubt im ersten Moment an einen schlechten Witz! Also bei Krupp sind viele Geheimberichte, also . . . also kann sich offenbar die Firma auch durch Verschleungen von Beamten Geheimberichte, die nicht für sie, sondern für die Heeresverwaltung allein bestimmt sind, verschaffen? Oder was will der Mann sonst sagen? Er hat eben nichts zu sagen und sein hilfloses Stammeln verrät nur heillosen Verlegenheit der Firma.

Veteranen - „Fürsorge“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit, daß der angeforderte Gesetzentwurf über die Gewährung von Veteranenbeihilfen vom Bundesrat angenommen worden sei.

Die Vorlage sieht eine Erhöhung der Beihilfen um 25 Prozent vor, will also statt der bisherigen 120 M. künftig 150 M. gewähren. Stirbt der Beihilfenempfänger, so soll die Witwe noch einen Vierteljahresbetrag in Höhe von 37 Mark 70 Pfennigen erhalten. Die Beihilfe soll jetzt gewährt werden, sobald dauernde Unterstützungsbedürftigkeit vorliegt. Auf den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit will man wegen des hohen Alters der Veteranen (die ja auch bereits zum mindesten starke Sechziger sind) verzichten. Auch soll die Frage Würdigkeit und der politischen Betätigung der Veteranen völlig ausgeschaltet werden.

All diese zuletzt ausgeführten Dinge sollten sich längst von selbst verstanden haben. Es wäre ja auch ein Skandal ohne gleichen, wenn man Veteranen deshalb dem Hungertode preisgeben wollte, weil sie etwa sozialdemokratisch wählen!

Die Erhöhung der Unterstützung ist aber leider gänzlich unzulänglich geblieben. Von 12 M. 50 Pfennigen monatlich, also vierzig Pfennigen täglich kann kein Mensch satt werden, von Wohnung und Kleidung ganz zu schweigen. Deshalb hatte die sozialdemokratische Partei auch bereits im Jahre 1895 beantragt, die Veteranenunterstützung auf 300 M. pro Jahr festzusetzen. Für hochbetagte, vielfach völlig erwerbsunfähige Veteranen wären 30 M. monatlich auch wahrhaftig kein allzu üppiger Dank des Vaterlandes gewesen!

Namentlich angeht die Forderung von 1250 Millionen neuer Militärausgaben für bloß drei Jahre wäre die von den Sozialdemokraten geforderte Summe wahrhaftig nicht zu hoch gewesen. Aber die besitzende Klasse schätzt die Millionen lieber den Kriegslieferanten als Extraprofite zu, als daß sie zugunsten der Veteranen den Krupp und Konsorten das blühende Geschäft verdürbe!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April 1913.

Neue Niederlagen der Militaristen. — Beschwerden und Wünsche.

Aus dem Reichstage. Die nahe bevorstehende Pfingstvertretung des Reichstages in Verbindung mit dem Abschluß der Statutarationen wirft ihre Schatten voraus. Das zeigt sich zunächst in einer stärkeren Besetzung des Hauses. Da in den letzten Tagen mancherlei Abstimmungen zu erwarten sind, haben die Fraktionen ihre Reserven mobil gemacht, wodurch das Haus in allen seinen Teilen zwar voller aber auch unruhiger ist. Aber nicht nur das Haus ist bewegter als an gewöhnlichen Tagen, auch die Tagesordnung quillt über vor Beratungsgegenständen, die noch vor Loteschluß unter Dach und Fach gebracht werden sollen.

Aller Voraussicht nach wird es aber nicht gelingen, dem Plane bürgerlicher Treiber gemäß die Ferien schon am Sonnabend beginnen zu lassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat jedenfalls keine Veranlassung, einiiger Tage Ferien wegen die Beratungen gewaltsam abzukürzen und ihren Rednern Daumenansdrängen anzulegen.

Am Anfang der Donnerstagsitzung wurden Resse vom Militärretal aufgearbeitet. Auch dieser letzte Tag brachte der Militärverwaltung wieder Niederlagen auf Niederlagen. Eine längere Debatte knüpfte sich an den Beschluß der Budgetkommission, die vollständig überflüssigen Kommandantenstellen von Karlsruhe und Darmstadt zu streichen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte außerdem durch den Genossen Schöpflin noch die Streichung des Kommandanten der sächsischen Festung Königstein. Der Kriegsminister kämpfte mit dem Mute der Verzweiflung um die gefährdeten Positionen, seine militärischen Verbündeten aus den anderen Bundesstaaten eilten ihm zu Hilfe, auch einige bürgerliche Abgeordnete traten für die Beibehaltung der ebenso kostspieligen wie unnützen Versorgungsstellen ein. Doch der Liebe Müß war umsonst. Mit starker Mehrheit lehnte der Reichstag die Kommandantenstellen ab. Soffentlich gewinnt er später noch mehr Mut zum Handeln.

Beim Allgemeinen Pensionsfonds holte sich der sächsische Militärbevollmächtigte noch eine besondere Niederlage; auf eine Beschwerde Erzbergers gab er eine in der Form reichlich — sagen wir höflich: kühl-abweisende und kurze Antwort. Erzberger verbat sich unter dem donnernden Beifalle seiner Fraktion diese Art der Erledigung von Beschwerden. Wir wünschten nur, das Zentrum brächte solche trotzige Entrüstung nicht nur dann auf, wenn es Rücken zu stehen gilt. Wenn es „auf das Ganze geht“, weiß diese Partei leider stets rechtzeitig wieder den Kurs im Kielwasser der Regierungspolitik zu finden.

Von unserer Seite wurden beim Pensionsfonds besonders die Interessen der Kriegs- und Militärintaliden vertreten. Genosse Sachse begründete einen Antrag, wonach die den Kriegs- und Militärintaliden bewilligten Renten nach erfülltem 60. Lebensjahre nicht mehr gekürzt oder entzogen werden dürfen, und der ferner verlangt, daß die Renten der Unteroffiziere und Gemeinen der Lebensmittelerhöhung wegen erhöht werden sollen. Genosse G u e l führte beweiskräftiges Material für die Notwendigkeit gewissermaßen Prüfung der Besuche um Unterstützungen an. Unser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Beim Etat für den Rechnungshof wies Genosse K a u c h auf einige interessante Fälle hin, aus denen zu erkennen war, daß die Regierung bei höheren Beamten nicht sonderlich ängstlich mit der Bewilligung von Zuschüssen ist; er fragte auch, ob die Beamten bei solchen Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln auch ihres Wahlrechts verlustig gehen. Er erhielt auf die neugierige Frage leider keine Antwort.

Beim Etat für das Reichschatzamt entwickelte sich eine längere Debatte, die sich über verschiedene wichtige und interessante Punkte erstreckte. Genosse Stollie kritisierte das volksfeindliche System der Einfuhrzölle. Genosse H o f f m a n n - K a i s e r s l a u t e r n begründete als Gegenzug auf einen Antrag der Nationalliberalen, wonach auch die Auslandsweine gleich den Inlandsweinen versteuert werden sollten, einen Antrag, der die wünschenswerte Gleichheit beider Weinarten durch Aufhebung der Besteuerung von Inlandsweinen herbeiführen will. Genosse E m m e l wandte sich gegen die Eingriffe des Reichschatzamts in die finanzielle Bewegungsfreiheit der Gemeinden.

Die Debatte geht am Freitag weiter.

Abgeordnetenhaus.

Am Donnerstag verabschiedete das Abgeordnetenhaus neben einigen kleinen Vorlagen auch den Gesetzentwurf über innere Kolonisation und Landesverbesserung. Die für diesen Zweck geforderten 25 Millionen wurden unter Ablehnung des bereits erwähnten fortschrittlichen Antrages bewilligt. Dagegen stimmten außer den Polen, die der Befürchtung Ausdruck gaben, daß die Kolonisationsgelder im antipolnischen Sinne verwendet werden könnten, auch die Sozialdemokraten, deren Redner, Genosse L e i n e r t sich zwar für die Mittel zur Verbesserung der Domänen, aber gegen die Mittel zur inneren Kolonisation aussprach, weil das, was hier angestrebt wird, nur dem Namen nach, aber nicht der Tat nach eine innere Kolonisation ist. Mit Nachdruck betonte er, daß diese Art innerer Kolonisation nur dem Großgrundbesitz zugute komme, und daß die Voraussetzung einer wirklich gemeinnützigen inneren Kolonisation die Demokratisierung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen sowie des Landtagswahlrechts und die Befestigung der Privilegien des Großgrundbesitzes sei.

Am Freitag stehen kleinere Vorlagen, Initiativanträge und Petitionen auf der Tagesordnung.

Herrnhaus - Frühling.

Die Listen der in diesen Tagen in den fashionablen Berliner Hotels abgekügelten Fremden weisen verschiedene hochadelige Namen und großartigen Titel mit dem Zusatz „M. d. H.“ auf. Es ist die große Zeit der Erlassen, Ehen und Begehren angebrochen, wo das Herrenhaus den Etat nach noch so gründlicher Debatte nur im ganzen annehmen oder ablehnen kann. Sie werden ihn schon annehmen, können sie doch mit dem homogenen Staatsministerium tollauf zufriednen sein. Besser könnte es für die geborenen und ernannten Gesetzgeber schließlich auch nicht mehr werden, selbst wenn nach der ruhigen „W.“-Redlung Herr Troll zu Solz Herru von Dallowik ersehen sollte!

Heute Donnerstag versammelte man sich übrigens auch schon und das übliche Tun bestand darin, daß man zur Abhilfe gegen die Wohnungsnot in Griesheim bei Frankfurt a. M. der Uebertragung der besonnenen lex Adices zustimmte — nicht ohne daß der Paladin der Heiligkeit des Eigentums, der Herr v. B u c h, seine Bedenken freigelegt hätte. Dann nahm man das Gesetz über die Ausdehnung der Wasserkräfte der oberen Weser zur Elektrizitätsgewinnung an.

Die Erledigung einer Anzahl von Petitionen bot nichts Bemerkenswertes. Es handelte sich dabei nicht um Eigentum, Thron und Altar.

Der Marine-Verständigungskonzern und seine Leiter.

Auf unsere Enthüllungen der lauberen Praktiken des Marine-Verständigungskonzerns in Nr. 88 des „Vorwärts“ (vom 14. April) hat der Leiter des Bureaus dieser Rüstungspatrioten-Vereinigung, Herr Direktor G. G u t h e i l endlich eine Entschuldigung gefunden — vielleicht getrieben von den Interessenten, doch nicht ganz stillzuschweigen. Aber was sollte Herr Gutheil erwidern? Westreiten läßt sich weder, daß der geschilderte Marine-Verständigungskonzern besteht, noch daß er in der Weise operiert, wie wir dargelegt haben; so ist Herr Gutheil denn auf jene faule Entschuldigungsmethode verfallen, wie sie von Schulzungen angewandt wird, die bei einem Abfel- oder Diebstahl ertappt werden. Wie diese sich damit herausreden, daß erstens die Kessel nur l e i n gewesen seien, zweitens gar nicht mal gut geschmeckt hätten und drittens auch andere Jungen schon Kessel geflohen hätten, so entschuldigt auch Herr Gutheil die Ausnugung des Marinefiskus durch die Interessenten seines Bureaus damit, daß andere Gruppen von Großindustriellen sich noch viel höhere Profite bei Marine- und Militärlieferungen zu verschaffen wüßten, ferner sein Konzern in manchen Jahren nur geringe Mengen von Stahlformgüßmaterialien für die Marine geliefert hätte, und drittens zeitweilig schon höhere Preise verlangt worden wären als in den letzten Jahren.

Doch wir wollen unseren Lesern die in ihrer Naivität geradezu köstliche Entschuldigung des Herrn Direktors G. Gutheil nicht vorenthalten. Er erklärt:

„Die Angelegenheit ist in der sozialistischen Presse gänzlich entstellt zur Darstellung gebracht worden. Ich halte es der Marinebehörde gegenüber für meine selbstverständliche Pflicht, dort die erforderliche Aufklärung zu geben. Es handelt sich um eine Vereinbarung, wie sie im wirtschaflichen Leben seit vielen Jahren ganz allgemein üblich und in Gestalt der größeren

Verträge und Syndikate in aller Öffentlichkeit bekannt sind. Ich verweise nur auf das Kohlen Syndikat, den Robeisenverband, das Schiffbau Syndikat und viele andere.

Als ein derartiges Syndikat war auch der frühere Stahl-Formgußverband anzusehen, der inessen seit einigen Jahren nicht mehr besteht, und an dessen Stelle auf einzelnen Gebieten des früher geeinten Gesamtgebietes Einzelverträge, wie die hier berührten, geschlossen. Von einer Ausbeutung des Käufers kann weder in diesem, noch in analogen Fällen auch nur im entferntesten die Rede sein. Der Stahlformguß ist von jeher infolge der zahlreichen Stahlgießereien ein so unstrittenes Gebiet gewesen, daß eine äußerst mäßige Preispolitik eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Verständigung ist. In der Tat liegen denn auch die Preise überall, auch da, wo solche partielle Verständigungen als Hebelmittel des alten Stahlformgußverbandes vorhanden sind, erheblich unter dessen früheren Listenpreisen.

Es ist nicht einleuchtend, inwiefern eine Verständigung über ein relativ so kleines und nebensächliches Gebiet, wie es der Stahlformguß für Schiffbau darstellt, irgendwie anders zu werten sein soll, als etwa das, allgemein als eine segensreiche Einrichtung anerkannte Schiffbau Syndikat.

Uebrigens handelt es sich in vorliegendem Falle, wie oben schon angedeutet, um insgesamt ganz unerhebliche Mengen, deren Jahreswert in keinerlei Verhältnis zu der in der Presse durchgerechneten Beispielszahl steht. In dem durch besonders lebhaften Bedarf an Schiffbaumaterial ausgezeichneten Jahre 1912 betrug der Gesamtumfang nur etwa eine halbe Million Mark.

Das Gerede charakterisiert sich selbst zur Genüge als Verlegenheitsausrede. Wir konstatieren also nur:

1. Die von uns gekennzeichneten Praktiken seines Marine-Verständigungskonzerns vermag Herr Gutheil nicht zu bestreiten.

2. Herr Gutheil bestätigt, daß andere Militär- und Marinelieferanten es noch weit ärger treiben.

Die Vertagung des Reichstages.

Der Seniorenlordent des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstagnachmittag mit den Geschäftsdispositionen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das Plenum mit seinen Arbeiten so weit fertig wird, daß am Sonnabend die Pfingstferien beginnen können. Es ist jedoch fraglich, ob bei der Geschäftsverteilung über den Sonnabend hinaus noch Plenarsitzungen nötig sind. Die Budgetkommission wird bis zum 30. April tagen und die Militärvorlagen beraten. — Die Budgetkommission hatte am Donnerstag eine vertrauliche Sitzung über die Wehrvorlage. Da auch die auswärtige Politik in die Besprechungen gezogen wurde, nahm an der Sitzung auch der Reichskanzler teil.

Wozu wir Bezirkskommandos haben.

Die vorjährige und die neue Wehrvorlage enthalten ganz erhebliche Aufwendungen für die Bezirkskommandos. Da werden Landwehrinspektionen geschaffen, die Zahl der Bezirks-offiziere, der Schreiber usw. wird vermehrt, obwohl die zu leistende Arbeit nicht wesentlich zugenommen hat. Das gilt wenigstens für die rein militärischen Aufgaben der Bezirkskommandos. Aber es ist schon vor Genüge bekannt, daß die Herren Bezirksoffiziere ihre Aufgabe auch darin erblicken, bei Kontrollversammlungen den Werber für die „unpolitischen“ Kriegervereine zu spielen und die Reservisten und Landwehrlente, die ihrem Ruf nicht folgen, mit allerlei Liebeswürdigkeiten zu bedenken. Trotzdem scheinen die Herrschaften aber noch über viel überflüssige Zeit zu verfügen, sie stellen nämlich nicht nur ihre Zeit und Kraft in den Dienst des Jungdeutschlandbundes, sondern auch die der ihnen unterstellten Mannschaften und Schreiber. Folgendes uns zugeflossene Dokument beweist das:

Jungdeutschlandbund.
Vertrauensmann Bezirk
III. Armeekorps.

Berlin-Schöneberg, den 10. März 1913.
General-Pape-Strasse
Landwehrdienstgebäude.

Mit aufrichtiger Dankbarkeit können wir den verehrten Mitgliedern des Jungdeutschlandbundes im Bezirk des III. Armeekorps die Mitteilung machen, daß die gemachten Jahresbeiträge nützliche Verwendung gefunden haben und daß unsere märkische Jugend für die ihr entgegengebrachte selbstlose Liebe empfänglich ist. Begeisterungsfähig für alles Schöne und Gute und darum auch später bereit

zu sterben für König und Vaterland.
Der Jungdeutschlandbund hat in unserer lieben Provinz Brandenburg mächtig Wurzeln geschlagen, denn bereits in 30 Städten und Ortschaften wirken mit einem festen Stamme von beinahe 5000 Jugendlichen im Alter von 14—19 Jahren in selbstloser Aufopferung über 400 deutsche Männer, die mit ihren Jungens Wanderungen unternehmen, dabei die Liebe zu Volk und Vaterland wecken, mit ihnen Kriege- und Sportspiele, Geländeerkundungen, Marsch- und Lauf-, Ab- und Lagerübungen, abhalten, die sie lehren, den Feind zu finden, ihn argwöhnlich zu sehen, zu hören und zu handeln, ihren Mut zu stärken, das Metier der Jagd zu pflegen und deutsche Lieder zu singen, die mit ihnen turnen und schwimmen, ihnen von Deutschlands Feinden erzählen.

Mit vollem Vertrauen auf eine ebenso günstige Weiterentwicklung treten wir am 1. April 1913 in unser zweites Geschäftsjahr ein, hoffend, daß unsere alten Mitglieder uns weiter treu bleiben und uns neue zuführen.

Den Jahresbeitrag für 1913/14 bitten wir unter Benützung der anliegenden Postanweisung gültig zum 1. April 1913 einzahlen zu wollen.

Rassenbericht.

Rassenabschluß vom 18. 12. 1912.

Einnahmen:

Jahresbeiträge der Vereine und Mitglieder . . . 2192,10 M.
Zinsen 29,95

2222,05 M.

Ausgaben:

Unterstützungen an bedürftige Jung- 580,— M.
deutschland-Vereine
Verwaltungs-, insbesondere Druckkosten 216,12)
Porto 40,98)
Reisen zu Propagandazwecken, zum
Halten von Vorträgen u. Besuchen
von Redungen der Vereine . . . 100,65
Sonsrige 18,50

1085,05 M.

Ueberschuß am 1. 1. 1913 1137,—

Summe wie oben: 2222,05 M.

*) Die Bezirkskommandos I—IV Berlin haben in vor-
kommender Weise die kostenlose Vertretung des größten Teiles
der Landwehr usw. übernommen, wodurch die sonst sehr bedeuten-
den Ausgaben für Propagandazwecke, Mitteilungen an die Vere-
ine usw. ausfallen der Kasse vermieden sind. Den Kommandos
sprechen wir hierfür unsern herzlichsten Dank aus.

Haushalter. Barnowik
Oberleutnant. Oberleutnant.

Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß auch die anderen
Bezirkskommandos genau so vorgehen wie die vier Berliner.
Das obenstehende Dokument, das beweist, mit welcher

rassenden Phrasen der Jungdeutschlandbund seine Erziehung zur Kaisererkultur betreibt, ist auch ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß der Reichstag alle neuen Forderungen für die Bezirkskommandos glatt abzulehnen hat.

Konservative Redakteure.

Der Reichsbote veröffentlicht eine Erklärung über die Entlassung seines Chefredakteurs. Persönliche Meinungsverschiedenheiten, heißt es da, zwischen dem Ausschreibenden und dem Verwaltungsausschusse sowie dem Geschäftsführer unseres Verlages, insonderheit die heutige Nichtübereinstimmung in der Form und Art, politische und literarische Fragen zu behandeln, haben uns zur Annahme der Kündigung veranlaßt. Es bleibt wie bisher bei einem lediglich freiwilligen Anschluß an die konservative Partei, soweit freie Ueberzeugung es zuläßt. Darum entspricht die Behauptung einiger Blätter, daß die Schriftleitung des Reichsbotes nunmehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der konservativen Partei eintreten soll, nicht den Tatsachen. Ebenso ist die weitere Behauptung, daß der Rücktritt des Herrn Dr. Kropatschek eine Folge seines Eintretens für die Erbschaftsteuer sei, nicht zutreffend.

Diese Erklärung wird wohl nur unglaublichem Lächeln begegnen. In Wirklichkeit bietet Herr v. Heydebrand alles auf, um über die konservative Presse seine politische Diktatur zu errichten. Deshalb müssen unabhängige Herren wie Dr. Kropatschek das Feld räumen oder werden wie Herr Adam Röder, der von Stuttgart an ein ganz bedeutungsloses konservatives Organ in Hannover geht, in unbedeutende Stellen abgeschoben. Auch unabhängige Mitarbeiter konservativer Zeitungen beginnen die Wirkung des politischen Vorkritzes zu verspüren, der über alle verhängt ist, die mehr sein wollen als die Sprachrohre des konservativen Führers.

Die anhaltische Wahlrechtsvorlage

wurde nach dreitägiger Debatte in zweiter Lesung angenommen. Die Regierungsvorlage ist nach in verschiedenen Punkten ver-
schlechtert worden. Die Zahl der privilegierten Mandate wurde beispielsweise von 27 auf 29 erhöht. Auch die Einkommensgrenze, die die Wähler der ersten Abteilung von den Wählern der zweiten Abteilung scheidet, setzte man auf 3000 M. fest. In der Regierungsvorlage war ein Einkommen von 3000 M. als Grenze vorgesehen. Eine kleine Verbesserung besteht darin, daß in Zukunft alle Reichsangehörigen, die drei Jahre in Anhalt ansässig sind, wählen können. Nach der Regierungsvorlage sollten nur die anhaltischen Staatsbürger das Wahlrecht haben.

Selbstverständlich wurden alle sozialdemokratischen und freisinnigen Verbesserungsanträge abgelehnt. Die Wahlrechtsdebatten trugen einen sehr heftigen Charakter. Am Montag hielt der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Cohn längere Reden. Das paßte der Mehrheit und der Regierung nicht. Der Staatsminister gab bekannt, daß er sich infolge des Verhaltens des Dr. Cohn genötigt sehe, eine Revision in der Geschäftsordnung des Landtages zu beantragen, die solche „Obstruktionsreden“ unmöglich mache; und die konservativ-nationalliberale Mehrheit jubelte dem Minister zu. Den größten Spektakel gab es aber am Dienstag. Der konservative Abgeordnete v. Krosigk warf dem Abgeordneten Dr. Cohn folgende Schimpfworte an den Kopf: „Berseuker, Kommissionschwänger, Bruchschwäger“. Ferner forderte er die Regierung auf, gegen den freisinnigen Abgeordneten Günther, der Lehner im Seminar in Göttingen ist, wegen seiner antimonarchischen Gesinnung ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Der Abg. Günther hat nämlich das „Verbrechen“ begangen, einen Antrag zu unter-
schreiben, der dem Herzog von Anhalt das Recht nehmen will, das Präsidium des Landtages zu ernennen. Die gemeine Denunziation des Junkers v. Krosigk rief bei der Opposition große Entrüstung hervor. Der fortschrittliche Abg. Arlt warf dem ehemaligen Vlodbruder vor, daß er ein Nachkomme jener adeligen Straßenträuber sei, die Fürstenmorde inszeniert hätten.

Regierung und Feuerbestattung in Bayern.

Dem ultramontanen bayerischen Ministerium ist vom Schöffengericht München bestätigt worden, daß es sich eines Rechtsbruchs schuldig gemacht hat. Da nach einer vor einigen Monaten gefällten Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes die Feuerbestattung in Bayern zulässig ist, hat sich die kaiserliche Regierung auf andere Weise zu helfen gesucht. Das Ministerium des Innern erließ nämlich schärfste, oberpolizeiliche Vorschriften, die u. a. bestimmen, daß der Verstorbene seine Verbrennung eigenhändig schriftlich verfügt haben muß. Die eigenhändige Unterschrift auf einem gedruckten Formular, wie es die Feuerbestattungsvereine für ihre Mitglieder verwenden, genügt nicht. Der für das Bestattungswesen in München zuständige Reichsrat Hörburger war nun von der Zentrumpresse beschuldigt worden, er habe sich in zwei Fällen gegen diese Bestimmung ver-
gangen. Um die Sache zum Austrag zu bringen, erstattete Reichsrat Hörburger gegen sich selbst Anzeige. Am 19. April kam der Fall vor dem Schöffengericht München zur Verhandlung. Es er-
launte auf Freisprechung mit der Begründung, die in Frage kommenden Bestimmungen seien gesetzlich unzulässig. — Es wird wohl nicht eine Regierung zu finden sein, der in solcher Weise ein Rechtsbruch nach dem andern nachgewiesen wird.

Der Konflikt in der Befoldungsfrage.

Strasburg, 24. April. In der Zweiten Kammer stand heute u. a. der Entwurf eines Befoldungsgesetzes zur Ver-
ratung. Nach kurzer Debatte gab Staatssekretär Freiherr Jörn v. Pöhlach folgende Erklärung ab:

Die Regierung bedauert, daß die Zweite Kammer sich nicht veranlaßt gefühlt hat, die Beschlässe der Ersten Kammer, soweit sie die Regelung der Gehälter der höheren Beamten betreffen, einer näheren Prüfung zu unterziehen, da die vorgeschlagene Regelung für die Regierung unannehmbar erscheint. Die Regierung muß nach wie vor daran festhalten, daß auch die höheren Beamten entsprechende Berücksichtigung finden, und daß eine Herabsetzung der Gehälter der höchsten Beamten nicht in Betracht kommen kann.

Demgegenüber verbarriere die Zweite Kammer auf ihrem bisherigen Standpunkt und votierte einstimmig für die Befoldungsbildung in der bisher von ihr vertretenen Form.

Eine Justizdebatte im württembergischen Landtage.

Ein heißer Tag war für den württembergischen Justizminister v. Schmidlin der 23. April, an dem in der Zweiten Kammer die Generaldebatte über seinen Etat stattfand. Die Redner der bürgerlichen Parteien begnügten sich zwar in der Hauptsache damit, an Einzelheiten des Etats ihren Biß zu üben, mehr Richterstellen zu verlangen, eine gehobene Verfestigung der Justizbeamten anzustreben, über schleppten Geschäftsgang zu klagen und dergleichen mehr. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Rattutat, zersägte im Gegensatz zu den bürgerlichen Kritikern das innere Wesen der Justiz, wie sie in Württemberg geübt wird. An einer Anzahl Urteile und sonstiger Rechtsbehandlungen und Unterlassungen zeigte er, daß die „Unparteilichkeit“ der Rechtspflege auch in Württemberg ein Schandmal ist, daß vielmehr auch im Schwabenlande Klassenjustiz empörender Art geübt wird. In den schärfsten Worten brandmarkte er insbesondere das ungeheuerliche Urteil gegen den früheren Redakteur

der Göttinger „Freien Volkszeitung“ Dr. Thalheimer wegen Preßbeleidigung, ein Urteil, das zur Entgegnung beweist, daß sich die Richter nicht nur von Rechtsverwägungen leiten lassen. Nur die parteipolitische Haltung des Beurteilten könne die Höhe der Strafe erklären. Mit den Terrorismandäthen der bürgerlichen Parteien räumte unser Referent gründlich auf, um abdam zu zeigen, wie der größte Terrorismus der Unternehmer gegen Arbeiter und auch gegen Berufskollegen, schwarze Listen, Materialsperrung usw. von den bürgerlichen Gerichten liberal gebildet wird. Die bürgerlichen Redner, vor allem der Zentrumsredner suchten den sozialdemokratischen Redner zu widerlegen, seine Anklagen abzuschwächen. Der Erfolg ließ aber sehr zu wünschen übrig. Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

China.

Anleiheintrigen.

London, 21. April. (Fig. Ver.) Seit einiger Zeit betreiben die „Times“ und einige andere Blätter des besagten Schlages eine systematische Propaganda gegen die chinesische Republik. In Berichten von ihren Korrespondenten aus Peking wird die Lage der chinesischen Republik in den schwärzesten Farben gemalt. Das alles hat nur den Zweck, den Kredit Chinas zu untergraben, die Londoner Finanzabzwickler und das chinesische Volk dem Fährnähelubdial in die Falle zu treiben. Der Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph“, der diese Treiberei nicht mitmacht, deckt in einem Telegramm aus Peking vom 20. April die Mander über auf, mit denen die internationale Diplomatie gegen China operiert. Nach seiner Darstellung machte China den fünf Mächten das Anerbieten, den Sir Richard Dane zur Verwaltung der Salzsteuer zu ernennen, wenn dem Lande erlaubt würde, direkt mit den Bankiers der fünf Mächte zu verhandeln. Die Mächte nahmen das Anerbieten nicht an und machten unmaß-
liche Gegenanschläge, nach denen die Kontrolle der chinesischen Finanzen im wesentlichen von den Gesandtschaften ausgeübt werden würde. Diese Lösung schlug China sofort ab und erklärte sich bereit, den alten Sechsmächtevertrag zu unterzeichnen, wenn der Zinsfuß auf 5 Proz. festgesetzt werden würde. Darauf erwiderten nun letzte Woche die Gesandten Englands, Frankreichs und Deutschlands im chinesischen Auswärtigen Amt und forderten, daß folgende Bedingungen sofort angenommen werden würden: Die Finanzleute der fünf Mächte sollten instruiert werden, eine Anleihe von 25 Millionen Pfund zu 5 Proz. zu gewähren, wenn die von den Mächten vorher schon in Vorschlag gebrachten Beiträge für die Salzsteuerverwaltung angenommen würden. Im letzten Augenblick stellte Rußland jedoch eine neue Bedingung. China sollte nämlich von den Provinzen die Zustimmung erhalten, daß in Zukunft der ganze Ertrag der Salzsteuer der neuen Salzsteuerverwaltung ausliefern soll; keiner Provinz soll erlaubt sein, daran zu rühren. Der Korrespondent bemerkt hierzu:

Nach der Ansicht unabhängiger Zuschauer sind keine Worte stark genug, um die ungerechtfertigte Art zu kennzeichnen, in der die Diplomatie gegen eine schwache Nation der öffentlichen Meinung zum Trotz handelt. Es ist allgemein bekannt, daß während man diese Politik in Peking verfolgt, das heißt während man aus politischen Gründen China eine gewisse Anleihe aufzwingen will, das Auswärtige Amt die Bankiers in London benachrichtigt, daß Chinas Lage so gefährlich ist, daß man unmöglich Anleihen abschließen kann; so setzt man die diplomatischen Vertreter in Stand, den Chinesen die Versicherung zu geben, daß niemand außer den Bankiers der fünf Mächte fähig und willens ist, Geld zu leihen.

Der Korrespondent schreibt, daß China durch die Erhöhung seiner Ein- und Ausfuhrzölle ausgezeichnete Sicherheit für internationale Anleihen bieten kann. Er schließt mit den Worten: „Das schlechte Resultat kann noch sein, daß die Salzquellen in Szechuan und die ungeheuren Solenboräte in Ghisi und anderen Küstenprovinzen von russischen, deutschen, französischen und britischen Schil-
wachern sicher behütet werden, um sich die Pflanzstoffe zu sichern, die aus einer ehrlichen Bauernschaft herausgepreßt werden, um die schändliche Vogerindemnität und die durch alle Kunstgriffe auf-
gezwungenen offiziellen Anleihen abzubezahlen.“

Soziales.

Fiskalische Berufsgenossenschaften.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in welchen Berufs-
genossenschaften überhöbene Renten von den Verletzten mit aller Gewalt einzuziehen suchen. Früher konnte man dies in der Praxis nicht. Die Berufsgenossenschaften freuten sich ihres Sieges und schlugen ihre Forderungen einfach nieder, wenn die Verletzten auf Aufforderung den überhöbenden Betrag nicht freiwillig zurückbezahlt haben, wie dies ja auch bei den Krankenkassen heute noch der Fall ist. In letzter Zeit ist aber bei den Berufsgenossenschaften eine andere Praxis eingeführt worden. Man rechnet mit der Tatsache, daß viele qualifizierte Arbeiter heute mehr als 1500 M. pro Jahr verdienen und beschlagnahmt einfach den Lohn, wenn der Verletzte nicht gutwillig die Rente zurückzahlt. Ob nun der Verletzte dadurch seine Arbeitsstelle wieder verliert, durch die Lohnbeschlagnahme dem Arbeitgeber demunziert wird, daß er überhaupt einen Unfall erlitten hatte, ist der Berufsgenossenschaft egal. Sie hat nur das Ziel im Auge, ihre paar Mark wieder zu erhalten.

Das ganze Vorgehen ist entschieden zu beurteilen, zumal man ja weiß, welches Glück die Berufsgenossenschaften in letzter Zeit haben. Die Rechtsprechung an den Oberversicherungsämtern und erst recht am Reichsversicherungsamt hat sich entschieden zugunsten der Berufsgenossenschaften verschleiert. Darunter haben natürlich die armen Verletzten sehr zu leiden und sollten sich die Berufs-
genossenschaften nur ihres Sieges freuen, die paar Mark den Ver-
letzten ruhig lassen. Hat aber jetzt ein Verletzter wirklich am Ober-
versicherungsamt geklagt, die bisherige Rente weiter zugewilligt erhalten, so schreibt ihm die Berufsgenossenschaft schnell, daß sie Refus gegen das Urteil erhoben, daher die Rente nach dem Urteil des Oberversicherungsamtes vom Tage des Termins zu zahlen habe. Dem Verletzten wird sogar der gute Rat gegeben, den Wech-
beitrag der Rente ja recht gut aufzuheben, damit im Falle eines Unterliegens am Reichsversicherungsamt der Berufsgenossenschaft der überhöbende Betrag sofort wieder zurückgezahlt werden könne. Und in der Tat, es gibt Verletzte, welche aus Vorsichtsgründen den Wechbeitrag zurücklegen. Während also die Berufsgenossenschaft die Mehrzahl der Verletzten wochen-, ja monatelang auf Rente warten läßt, ist sie bei der Verhängung des eingeleiteten Rekurses schnell bei der Hand, braucht aber wieder sehr lange Zeit, bis sie endlich die Abrechnung dem Verletzten schickt. Natürlich verbrauchen die meisten Verletzten die ausbezahlte Rente, legen sie also nicht zurück, wie die Berufsgenossenschaft es wünscht. Würde nun das Reichsversicherungsamt schneller arbeiten, in einigen Wochen den Refus erledigen, so wäre die ganze Frage nicht so wichtig. Es ist aber Regel geworden, daß die Refurze jetzt erst in 3 bis 10 Monaten erledigt werden. Eine lange Zeit, in welcher sich der Rentenbeitrag auf 80 bis 100 M. unter Umständen anhäufen kann, der dann als überhöbend bezeichnet wird, wenn die Berufsgenossenschaft ge-
sagt hat. Dem Verletzten ist es rein unmöglich, solche Beträge wieder aufzubringen, er wird gequält, schließlich der Lohn beschlag-
nahmt und bezittet seine Arbeitsstelle. Gegen dies Vorgehen der Berufsgenossenschaften kann nur ein schnelleres Verfahren etwas helfen.

Gewerkchaftliches.

Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 22. April im Reichstagsgebäude in Berlin fand zunächst eine Auseinandersetzung der Parteien über die von den Unternehmern verlangte Weiterführung des Vertrages statt. Begründet wurde das Verlangen damit, daß in weiteren Gebieten eine Verständigung erzielt worden wäre, wenn nicht von den Arbeitern vielfach eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden gestellt wäre, was nach der früheren Erklärung der Unparteiischen zu dem Vertragsmuster unzulässig sei. Durch diese Forderung seien die Unternehmer überhaupt von Angeboten abgehalten worden. Die Unternehmer verlangten eine Erklärung der Unparteiischen, wie ihr Vorschlag über die Arbeitszeit aufzufassen sei. Von den Arbeitervertretern wurde hervorgehoben, daß nach ihrer Auffassung der Meinungsstreit über die Erklärung der Unparteiischen zur Arbeitszeitverkürzung gar keine Veranlassung gebe, den Vertrag noch zu verlängern. Es habe sich durch die Verhandlungen gezeigt, daß die Unternehmer in den in Betracht kommenden Bezirken überhaupt keine Angebote machen wollten; denn nachdem man in einzelnen Fällen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit habe fallen lassen, nur um zu Angeboten zu gelangen, sei dann von den Unternehmern die Erklärung erfolgt, Lohnerhöhung gibt es für die Vertragsdauer bis 1916 nicht. Auch lasse das provozierende Auftreten einiger Unternehmervereine, die mit Entlassungen vorgehen oder Lohnberabredungen aufkündigten, wenn die Arbeiter sich nicht gefügig zeigen, eine Verlängerung des Vertrages nicht zu. Schließlich könne man sich auch aus dem Grunde nicht darauf einlassen, weil dadurch die in einer erheblichen Anzahl erfolgten Einigungen in der Luft hängen und die vereinbarten Lohnerhöhungen nicht zur Auszahlung gelangten. Um hierin möglichst Klarheit zu schaffen, gelangten die Unparteiischen zu nachstehender Erklärung, der unter der ausdrücklichen Bekundung der Arbeitervertreter über die gegenseitige Auffassung zur Verkürzung der Arbeitszeit von beiden Seiten zugestimmt wurde. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Aus dem Wortlaut des § 2, Nr. 2, der Vertragschömos ergibt sich, daß über eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Zustimmung der Arbeitgeber nur unter der Voraussetzung verhandelt werden könne, daß zehnstündige Arbeitszeit besteht, und zugleich besondere schwierige Verhältnisse vorliegen.

Die örtlichen Vereinbarungen über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung treten, soweit sie bis zum 1. Mai getroffen sind, am 2. Mai in Kraft, soweit sie nach dem 1. Mai getroffen sind, erbalten die Vereinbarungen über Lohnerhöhungen zu dem gleichen Zeitpunkt rückwirkende Kraft. Die Vereinbarungen über sofortige Arbeitszeitverkürzung sind mit Beginn der der Vereinbarung folgenden ersten Lohnperiode durchzuführen.

Die bisherigen Verträge werden bis auf weiteres verlängert. Beide Parteien haben ihren vollen Einfluß einzusetzen, daß irgendwelche Zwangsmaßnahmen, insbesondere Streiks und Aussperrungen, unterbleiben bzw. sofort eingestellt werden.

Die örtlichen Verhandlungen, die zurzeit noch im Gange sind oder auf den Wunsch beider Parteien vereinbart werden, sind bis längstens den 30. April zu beendigen. Soweit eine Verständigung nicht erzielt wird, finden unter Leitung von Unparteiischen Sonntag, den 27. April, zentrale Verhandlungen in Berlin nach Bezirken statt.

Die Verhandlungen haben damit ihr Ende erreicht. Die Parteien versuchen, noch die gegenseitigen Differenzpunkte festzustellen und am 27. April und den darauf folgenden Tagen findet die Fortsetzung der Verhandlungen statt, in der die Vorschläge über die strittigen Punkte in den einzelnen Orten noch die Möglichkeit, sich zu einigen, wenn sie wollen. Ueber die letzten Vorschläge, die von den Unparteiischen dann nach dem 27. April gemacht werden, werden dann die Generalversammlungen der Organisationen entscheiden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Von verschiedenen Seiten werden Buher teils nach Frankfurt a. M., teils direkt nach Hanau gesucht. Dabei wird erklärt, daß es sich um die Ausführung größerer Innenputzarbeiten in neuerbauten Kasernen handelt. Bewußt wird aber völlig, daß es sich um Streikbrecherdienste handelt, die die Betroffenen leisten sollen.

Tatsächlich liegen die Dinge dort so, daß die im Kaiserverband organisierten Läufer und Weichbinder, die in Mitteldeutschland die Innenputzarbeit sonst ausführen, von den Unternehmern ausgespart sind und an ihre Stelle jetzt die verlangten hiesigen Innenputzer treten sollen.

Unter solchen Umständen erwarten wir von jedem Kollegen, daß er solche Arbeitsangebote auch im eigenen Interesse ablehnt. Ebenso warnen wir Maurer und Hilfsarbeiter vor Arbeitsangeboten nach Stolp in Pommern, wo unsere Kollegen wegen Erbringung eines Stundenlohnes von 50 Pf. schon 5 Wochen im Kampfe stehen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.

Freiseurgehilfenkonferenz.

Der erste Agitationsbezirk des Verbandes der Freiseurgehilfen hielt dieser Tage im Gewerkschaftshaus zu Berlin seine Jahreskonferenz ab. Die Zweigvereine Berlin, Brandenburg, Burg, Cottbus, Ludenwalde, Magdeburg, Potsdam und Stettin, sowie die Zahlstellen Cöpenick, Charlottenburg, Lichtenberg, Neuföhn und Weihensee, sowie der Hauptverband hatten Vertreter entsandt. Aus dem Bericht der Bezirksleitung, der schriftlich vorlag, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im verfloßenen Jahre von 608 auf 738 gestiegen ist. Die im Verhältnis zur Mitgliederzahl hohe Aufnahmeziffer (20%) zeigt, daß von einem festen Stamm in der Freiseurgehilfenorganisation nicht die Rede sein kann, so daß die Organisation, will sie nur ihre Mitgliederzahl halten, eine Agitationsarbeit leisten muß, die gar nicht im Verhältnis zu ihrer Stärke steht. Trotz dieses erschwerenden Umstandes ist die Zahl der wachsenden Mitglieder gestiegen. Im Jahre 1910 verzeichnete man 406 Vollzahler, 1911 deren 452 und 507 im Jahre 1912. Das weitere Wachstum der Organisation ist aus der Tabelle ersichtlich, daß im 4. Quartal 1912 die Zahl der Vollzahler auf 576 gestiegen war.

Die Berliner Bewegung leidet sehr unter dem Zugung junger unauffälliger Kollegen aus der Provinz, die gar zu leicht Lohnrücker werden, sowie unter der Zerstückelung, die von den kleinen Lokalvereinen betrieben wird; bestehen doch nicht weniger als 12 solcher Vereine am Orte. Unverhältnismäßig schwer fällt es auch unter den Damenfreisuren, sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen der Haarbranche aufzuklären die sonderbarsten Mäuten treibt. In diesen Spezialgebieten die sonderbarsten Mäuten treibt.

In Brandenburg ist die Interessiertheit so groß, daß es im vergangenen Jahre keinen Schritt vorwärts ging. In Burg konnte mit Unterstützung des Gewerkschaftslokals eine Zahlstelle gegründet werden, die dank der solidarischen Betätigung der organisierten Arbeiter ihre Lebensfähigkeit schon erwiesen hat. Von Ludenwalde ist das nämliche zu sagen. Die Zweigvereine Frankfurt a. O., Rathenow und Potsdam

können der fehlenden Kräfte wegen nicht recht vorwärts kommen. Eine Zahlstelle, die zu Anfang des Jahres in Weißwasser bestand, wurde leider nicht gehalten.

Außer Berlin hatten die Zweigvereine Cottbus, Magdeburg und Stettin mit Lohnbewegungen zu tun. Die reaktionären Machenschaften der Künstler in den Zwangs- und freien Innungen und sonstigen Meisterorganisationen, die alle auf die „Dämpfung“ einer Lohnbewegung hinarbeiten, erschweren die Durchführung der Lohnbewegungen außerordentlich. Ehe mit einem gerichtlichen Einspruch gegen die zu Unrecht erfolgten Beschlüsse der Innungen etwas erreicht werden kann, ist das Interesse an einer Lohnbewegung bei den Gehilfen meist abgeklaut.

Wenn man alle diese Umstände berücksichtigt, wenn man weiter bedenkt, daß die zu Gewinnenden meist sehr junge Leute sind, die bei dem Kost- und Logiszwang unter ständiger Beeinflussung ihrer Prinzipale stehen, wenn man weiß, daß die Löhne außerordentlich niedrige sind (es werden teilweise noch 4-5 M. gezahlt), und wenn man daran denkt, daß die unter solchen Verhältnissen lebenden jungen Leute 13-14 Stunden pro Tag im Geschäft stehen müssen, dann wird es einem verständlich erscheinen, daß trotz der umfangreichen Agitationsarbeiten der Erfolg ein so minimaler ist. Den agitatorisch Tätigen wird es unter solchen Umständen beinahe zur Unmöglichkeit, an ihre Kollegen heranzukommen. Es erscheint dann auch begreiflich, wenn die organisierten Freiseurgehilfen immer und immer wieder an das Solidaritätsgefühl ihrer Massenangehörigen appellieren, wenn sie die organisierten Arbeiter immer wieder ermahnen, in den Barbiergehilfen nach der Organisationszugehörigkeit der sie bedienenden Freiseurgehilfen zu fragen und diese Leute über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären.

Das Fazit dieser Freiseurgehilfenkonferenz ist denn auch diesmal wieder: Das Bescheidene kann nur erreicht, kann nur gehalten und verbessert werden durch die unermüdlichste Agitationsarbeit und die fernere Unterstützung durch die organisierten Arbeiter.

Die Gewerkschaftslokale des ganzen Bezirks werden deshalb ermahnt, die Freiseurgehilfen in ihrer Agitationsarbeit zu unterstützen; wegen Ueberlassung von Material sehe man sich eventuell mit dem Verbandsvorstand Berlin N. 113, Bornholmer Straße 89, in Verbindung.

Achtung, Zigarettenmacher! Laut telegraphischer Nachricht ist Streik in Bern. Aller Zugang ist streng fernzuhalten.

Arbeiter, Raucher, laßt nur dort Euren Bedarf an Zigaretten ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben mit Alwin Schulze vorhanden ist. Hebt Solidarität!

Deutsches Reich.

Die Bäckergehilfen der brandenburgischen Provinzstädte stehen vielfach in Lohnbewegungen. In Cottbus und in Eberswalde steht der Ausdruck des Streiks unmittelbar bevor. In der Hauptsache richtet sich der Kampf gegen das Kost- und Logiswesen.

Die Innungen lehnen jede Verhandlung ab. In Cottbus, wo bereits vor Ostern die Forderungen an die Innungen geschickt worden waren, erklärte der Obermeister anfänglich, einer Verhandlung prinzipiell nicht abgeneigt zu sein, als aber das Obergericht beendete war, benachrichtigte er die Organisationsleitung, daß es der Innung gar nicht einfallt, sowohl über die Forderungen selbst als auch mit der Vertretung der Gesellen zu verhandeln. Hier wie auch in Eberswalde wurde die Vermittlung des Einigungsamtes zurückgewiesen.

In Ludenwalde handelt es sich um Durchführung minimaler Verbesserungen des Tarifes. Dort, wo seit drei Jahren das Kost- und Logiswesen tariflich beseitigt ist, fordern die Gesellen eine Lohnzulage von 3 M. Die Innung legt einen Tarif vor, der bei 9 M. Wochenlohn das Kost- und Logiswesen wieder einführen wollte. Selbstverständlich erklärten die Gesellenvertreter übereinstimmend, daß davon gar keine Rede sein könne, nachdem das berichtigte System seit drei Jahren beseitigt sei. Treibe es die Innung zum äußersten, so habe sie damit zu rechnen, daß die Gesellen eventuell auch den 28 stündigen Aufschlag verlangen, was sie zunächst nur in der Voraussetzung unterlösen habe, daß eine Lohnerhöhung erfolge, die den Minimallohn von 20, 21 und 22 M. um 3 M. erhöhe.

In Hennigsdorf bei Berlin finden am 27. April Verhandlungen über eine Neugehaltung des geltenden Tarifes statt. Dort handelt es sich neben der Beseitigung der letzten Reite des Kost- und Logiswesens ebenfalls um eine Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitszeit. Dort besteht bereits seit etwa 9 Jahren ein Tarif mit den Bäckermeistern. Dessenungeachtet gelingt es, auch wieder zu einem Tarif zu kommen.

Zugang nach diesen Orten, besonders aber nach Cottbus und Eberswalde, wo der Streik unmittelbar bevorsteht, ist fernzuhalten.

Der Streik in Oberschlesien.

Das Streikkomitee hat gestern einen Aufruf veröffentlicht, in welchem das noch arbeitende Maschinenpersonal aufgefordert wird, die Arbeit niederzulegen. Die Eisenhütten in Kattowitz beziehen jetzt ihre Kohlen außerhalb Schlesiens und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Auf mehreren Bergwerken arbeiten die Steiger und das untere Beamtenspersonal. Auch beschäftigten die Grubenverwaltungen Knaben im Alter von 14-15 Jahren, was gesetzlich verboten ist. Es kam daher auch schon zu einigen Unfallsfällen. In dem Bezirk Kikolau hat die Polizei einige Versammlungen der Streikenden verboten. Die Polizei handelte hier angeblich auf Befehl des Landratsamtes.

In der **Schörlbrauerei zu Aulm (Westpr.)**, die gegen 100 Personen beschäftigt, hat das Personal am 22. April die Arbeit niedergelegt, weil die Betriebsleitung sich durchaus nicht dazu verstehen wollte, über die eingereichten Forderungen zu unterhandeln. Die kürzeste Arbeitszeit ist dort noch 11 Stunden bei 13stündiger Präsenzzeit, dazu ist noch die ganze Sonntagarbeit gratis zu leisten. Die Löhne betragen bis zu 65 M. monatlich. Die Forderung einer zehnstündigen Arbeitszeit und 20 M. Wochenlohn wird niemand als unberechtigt bezeichnen können, aber die Firma, die viel Export hat, lehnt sogar jede Verhandlung ab. So blieb den Arbeitern nichts übrig, als die Arbeit niederzulegen.

Eine **Lohnbewegung der Sattler in Bremen** hat bei der strengen Organisation in Verbindung mit der günstigen Konjunktur am Orte einen günstigen Verlauf genommen, ohne daß die Arbeiter genötigt waren, zu streiken. Die Mindestlöhne wurden erhöht, eine Lohnzulage von durchschnittlich 10 Proz. durchgeführt und noch sonstige Verbesserungen getroffen. Während die Verhandlungen mit den Unternehmern ziemlich glatt von statten gingen, setzten die Innungsmeister den Forderungen der Arbeiter Widerstand entgegen. Bis auf drei Herren ignorierten sie die Einladungen des Obermeisters, hielten aber vollständig bestochene Geheimnisse ab, in denen sie die Abmachungen der drei Meister mit der Lohnkommission mitteilten und einen schlechteren Vertrag ausarbeiteten. Ihr Vorhaben scheiterte an der Einigkeit der Arbeiter. Um einen Streik zu vermeiden, erklärten die Innungsmeister sich zu Lohnerhöhungen bereit. Diese Lohnbewegung umfaßte alle Branchen des Gewerbes.

Mafregelungen in einer Zichorienfabrik.

In der Zichorienfabrik der Firma Georg Josef Scheuer in Fürtz sind seit dem 11. Februar d. J. die im Fabrikarbeiterverband organisierten entlassen worden, obgleich zu dieser Zeit noch ein Tarifverhältnis mit der Firma bestand. Der Tarifvertrag war von der Organisation am 1. Februar ordnungsgemäß gelündigt worden und lief am 23. Februar ab. Am 8. Februar wurde der Firma ein neuer Vertragsentwurf zugestellt und am 11. desselben Monats erfolgte darauf die Entlassung der Organisierten. Grund zu diesem Vorgehen soll angeblich ein Zusammenstoß zwischen Unorganisierten und Organisierten im Betriebe sein, der sich aber wochenlang vorher ereignete.

Alle Bemühungen der Organisation, die Differenzen durch Verhandlungen aus dem Wege zu räumen, scheiterten. Ein Vermittlungsvorschlag des Herrn Regierungsrats Stroeller und des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Fürtz fand ebensovienig die Zustimmung der Firma wie der Vorschlag, dem Einigungsamt des Gewerbegerichts den Streitfall zur Erledigung zu übertragen. Der Vergleichsvorschlag des Herrn Regierungsrates Stroeller und des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Fürtz ging in der Hauptsache dahin, daß die Organisation auf die Wiedereinstellung des seinerseits an dem Austritt hauptsächlich beteiligten organisierten Arbeiters verzichten sollte; alle anderen Entlassenen sollte die Firma wieder einstellen. Ueber den Abschluß eines neuen Tarifs sollte nach der Wiedereinstellung verhandelt werden. Obgleich die Organisation mit dem Inhalt des Vorschlages nicht völlig einverstanden sein konnte, nahm sie an; die Firma Scheuer dagegen lehnte ihn ab. Nach ihrem ganzen Verhalten will sie die Organisation aus dem Betriebe fernhalten, um die früheren unregelmäßigen Arbeitsverhältnisse wieder einzuführen. — Das Gewerkschaftslokal in Fürtz hat mit Zustimmung der Organisation den Boykott über die Produkte der Firma Scheuer verhängt. Die Firma Georg Josef Scheuer besitzt außer in Fürtz noch Betriebe in Magdeburg und Schönebeck a. Elbe, sie war bisher auch Lieferant verschiedener Konsumvereine. Der Magdeburger Betrieb wurde von der Firma Robert Brandt erworben; hier wird insbesondere die Brandt-Schokolade hergestellt.

Die Klempner und Installateure von Mannheim-Ludwigshafen und Forzheim sind ausständig. In den ersten Orten hatten die Meister den Tarif gelündigt und unzureichende Zuständigkeiten gemacht; in Forzheim boten sie gar bis zu 6 Pf. pro Stunde weniger Tariflohn. Sie begründeten diese Lohnkürzung damit, daß dieser reduzierte Lohn nur für neu eingestellte Gesellen in Frage käme. Wir möchten nur sehen, wie bald die jetzigen Gehilfen durch „neueingestellte“ ersetzt worden wären, wenn die Arbeiter einen solchen Vorschlag akzeptiert hätten. Daß der durch seinen Arbeiterhaß bekannte Unternehmervorstand der Edelmetallindustrie in Forzheim den Klempnermeistern „Schuß und Hilfe“ verspricht, nimmt nicht weiter Wunder. Bei den Malern macht er es ebenso.

In der **Waggeleisenfabrik in Neuenburg bei Forzheim** streiken die Schleifer und Polierer. Dieser Betrieb gehört zu denen, die die allerhöchsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ganz Deutschland aufzuweisen haben. Von obengenannten Orten ist also Zugung von Arbeitern der einschlägigen Berufsstände strengstens fernzuhalten.

Ausland.

In der **Glasmosaifabrik Proloff zu Petersburg** befinden sich die Arbeiter in einer Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten. Die Firma steht mit der deutschen Glasmosaik-Gesellschaft Puhl u. Wagner in Treptow in Verbindung, so daß die Gefahr besteht, daß dort Streikarbeit verlangt wird.

Verfammlungen.

Zentralverband der Schuhmacher. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch ihre Quartals-Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete H. S. Mann. Für die Arbeiter der mechanischen Rinsfabriken ist im Frühjahr eine Tarifbewegung durchgeführt worden, die im wesentlichen von Erfolg begleitet war. Der Referent forderte die Anwesenden auf, in allen den Fällen, wo die festgelegten tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten werden, sich an die Arbeiterausschüsse zu wenden, die mit den in Betracht kommenden Fabrikanten Rücksprache nehmen werden. Sollte daraufhin keine Abhilfe erfolgen, so sollten die Mitglieder sich direkt mit ihrer Organisation in Verbindung setzen, deren Aufgabe es sein wird, die erforderlichen Schritte zu tun, um dem Tarif Geltung zu verschaffen. Des weiteren unterbreitete Redner der Versammlung einen Vorschlag des Ortsverbandes, wonach bei den Firmen S. Goldmann, Köpender Str. 120; S. Mann, Michaelstr. 15; G. S. Mann, Adlershof, die bestehende Sperre aufgehoben ist. Dieser Vorschlag könne nur so eber die Zustimmung der Versammlung finden, als die Sperre ihre Wirkung nicht verfehlt hätte. Auch sollten die Mitglieder mit den letzten Reiten der früheren Unfälle des „Schwinnemachens“ (das Vorausbezahlen von noch nicht abgelieferter Arbeit) nunmehr endgültig brechen, da hieraus sich allerlei Unzuträglichkeiten ergäben. — Den Referent berichtete gab Bendig, Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 22.908,15 M. Der Mitgliederbestand beträgt 2877. — Die Versammlung stimmte nach kurzer Debatte dem Vorschlag des Vorstandes zu, so daß damit die genannten Betriebe nicht mehr gesperrt sind. Der Vorsitzende richtete sodann an die Anwesenden noch die Aufforderung, sich recht zahlreich an der Kreisversammlung zu beteiligen.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

London, 24. April. (B. T. Z.) Das Reutersche Bureau erzählt, daß die Beschlüsse der Vorkonferenz die letzte Antwort der Verbündeten als eine annehmbare Grundlage für die Friedenspräliminarien erkennen ließen, und die kriegsführenden Mächte aufforderten, selbst in Verhandlungen einzutreten. Dies ist den Vorkonferenzen in Konstantinopel und den Vertretern der Mächte in den Balkanstaaten telegraphiert worden. Diese Balkanreise bringen ihre Ueberzeugung und eine gewisse Besorgnis über den Vorschlag der Mächte zum Ausdruck, daß jetzt wieder Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und den Verbündeten begonnen werden sollen. Es wird betont, daß, wenn man diesen Weg einschlägt, vorherzusehen sei, daß Schwierigkeiten und Verzögerungen entstehen würden mit der Möglichkeit einer Erneuerung der Verschiebungsmethoden, die im vergangenen Dezember im St. James Palast zur Anwendung gelangt seien. Man habe gehofft und erwartet, daß die Mächte als Vermittler sich selbst anschlössen würden, Bedingungen zu entwerfen auf Grund der Anschauungen der Kriegführenden und der Mächte, wie sie bereits aus den verschiedenen ausgetauschten Noten bekannt geworden seien, und daß, wenn diese Bedingungen entworfen und von den Kriegführenden genehmigt seien, die letzteren nach dem historischen Beispiel früherer Verträge zur Unterzeichnung aufgefordert würden.

Freie Bahn für das Rüstungskapital.

London, 24. April. (B. T. Z.) Unterhaus. Der Liberale Cowan fragte, ob Premierminister Asquith aufmerksam geworden sei auf die im Deutschen Reichstage aufgestellten Behauptungen, daß gewisse Munitionsfabriken systematisch vertrieben, durch die Presse und auf andere Weise die öffentliche Meinung zugunsten von Rüstungssteigerungen zu beeinflussen, und ferner, ob Asquith zur Sicherung gegen ähnliche Gefahren in England die Verstaatlichung der britischen Waffenfabriken in Erwägung ziehen wolle. Asquith erwiderte, er habe die Zeitungsberichte über die Angelegenheit gelesen. Den zweiten Teil der Frage müsse er verneinen.

Schwere Kesselexplosion an Bord des „Imperator“.

Samburg, 24. April. (B. T. Z.) Eine Engländerfahrt war die erste Fahrt des Riesen dampfers „Imperator“ von der Werft nach dem Riegeplatz in England. Heute Abend fand am Bord des Schiffes eine Explosion im Maschinenraum statt. Acht Seizer wurden verbrüht. Drei von ihnen erlitten so schwere Brandwunden, daß ihr Zustand von Besorgnissen Anlaß gibt. Ueber die Ursachen der Katastrophe ist bisher noch nichts bekannt.

nur in speziellen Angelegenheiten ihre zuverlässigen Vertreter ist, sondern auch darüber hinaus ihre politischen und sozialen Verhältnisse vertritt.

Die Parole der Angestellten sollte daher am 18. Mai lauten: Wir stimmen für die Sozialdemokratie!

Wieder eine Tragödie in einer Gardekavalleriekaserne.

Ein Rekrutenmishandlungsprozess ähnlicher Art, wie er erst vor wenigen Tagen vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps zur Aburteilung gelangte, kam gestern vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps zur Verhandlung. Während es sich bei dem ersten Prozess um Mishandlungen im Regiment Garde du Corps handelte, kamen diesmal solche im III. Garde-Mann-Regiment zur Sprache. Das Opfer der Ausschreitungen, der Garde-Mann Ruffian von der 4. Eskadron des Regiments, hat einen Tod gefunden, der nicht völlig aufgeklärt werden konnte. Einem Nachbarn wurde er von Kameraden vor seinem Bett tot aufgefunden.

Ruffian, der Sohn eines Schlächtermeisters, trat im Jahre 1907 als Freiwilliger bei der 4. Eskadron des III. Garde-Mann-Regiments ein. Es dauerte nicht lange, so erhielten die Eltern von dem Sohn Briefe, in denen er sich über fürchterliche Mishandlungen seitens des Stubendienstes und eines alten Mannes bitter beschwerte. Die Schreiben wurden immer häufiger. Es sei hier ein Auszug aus einem dieser Schreiben wiedergegeben. Ruffian schreibt u. a.:

„Jetzt schlagen sie mich schon alle. Ich werde noch ganz verrückt. Ich weiß gar nicht, wo ich hin soll, und ich weiß nicht, was aus mir geworden ist. Den ganzen Tag weine ich. Ach, mein Gott, hilf mir! Mein Vater, ich bin verloren! Mit der Peitsche schlagen sie mich. Der Galling schlägt mich fürchterlich zu. Liebe Eltern, kann ich Euch noch einmal wiedersehen? Und dann geh ich in den Tod!“

Die Mutter des Rekruten fuhr um Weihnachten nach Potsdam, um die Sache dem Vorgesetzten zu melden. Ihr Sohn hat sie aber inhaftigt, davon abzuweisen. „Mutter“, sagte er, „weim Du es merkst, dann siehst Du mich morgen nicht mehr wieder! Dann gehe ich ins Wasser! Es wird dann nicht besser, sondern viel schlimmer!“ Frau R. tat es denn auch nicht. Dies ging so etwa ein Jahr hindurch. Da erhielt der Vater des jungen Mannes eines Tages die Nachricht von dem Tode seines Sohnes.

Ruffian hatte sich am Abend des 20. Oktober 1910 nüchtern und in guter Stimmung zu Bett gelegt. In der Nacht vernahm er andere Kameraden das Stöhnen eines Menschen, das von starken Schmerzen zeugte. Damit erfolgte das dumpfe Aufschlagen eines Körpers und hierauf war es still. Schnell machte man Licht an und sah Ruffian als Leiche. Der mittlere Körper lag rückwärts über einen Schenkel hinweg und der Kopf und die Beine hingen zur Erde herunter. Ein hinzugerufener Stabsarzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Untersuchung über den Anlaß des Vorganges mußte wieder eingestellt werden. Der alte Vater des V. ist der Ansicht, daß sein Sohn das Opfer der früher an ihm begangenen rohen Mishandlungen geworden ist. In der gestrigen Sitzung gab der Verhandlungsführer der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Fall nicht aufgeklärt sei.

Die Koffschere, die der Rekrut an seine Eltern sandte, waren nicht unbedrückt gewesen. Die Untersuchung ergab, daß er von zwei Leuten in der rohesten Weise mishandelt worden war. So hatte ihn der Mann Engel, ein alter Mann, häufig an der Wand

zwei Minuten lang auf den Kopf stellen lassen.

Die Mishandlung dies nicht aus und kniete zusammen, so schlug und trat E. erbarmungslos auf ihn ein. Außerdem traktierte E. den Rekruten, der etwas geisteskrank war, mit Faustschlägen, Backpfeifen und durch andere rohe Ausschreitungen. Oft schlug er so heftig auf sein Opfer ein, daß es zu Boden stürzte. Auch mit dem Reitstock schlug er ihn.

Der Gefreite Galling stand in den rohen Ausschreitungen um nicht viel nach. Er war Stubendienstler und ließ den V. fast ständig Stubendienst verrichten. Er versetzte ihm Faustschläge ins Gesicht und schlug mit der Reitpeitsche auf ihn ein. Mit den Füßen pflegte er den Rekruten auch vor die Brust und gegen das Schienbein zu treten. Auch hier trat der Reitstock in Tätigkeit. Ferner mußte V. dem Gefreiten die Sachen reinigen, ihm Essen holen usw. Als er ihm einmal in der Kantine etwas geholt hatte, traf ein Offizier auf der Treppe den Rekruten und fragte ihn, für wen er das Essen hole. Er erwiderte, für Galling, worauf ihm der Offizier befahl, das Essen wieder in die Kantine zurückzu-

Der neueste Sezessionskonflikt. Die Jury und der Vorstand der Berliner Sezession wollen gegen den Kunstkritiker und den verantwortlichen Redakteur des „Berliner Tageblatt“ Beleidigungsklage erheben. Zum Zwecke die Unwahrheit der Unterstellung zu beweisen, als ob Herr Gaisler die Jury beeinflusst habe, alle die Künstler, die gegen seine Präsidenschaft gestimmt haben, abzulehnen.

Wie betonten bereits gestern, daß eine Klarstellung durch die Sezession notwendig ist. (Ob es gerade eine Klage sein muß und noch dazu gegen zwei Personen, ist eine andere Frage.) Eine große Anzahl von Mitgliedern der Sezession ist diesmal von der Ausstellungsjury abgelehnt worden, Künstler, die jahrelang in der Sezession ausgestellt haben, unter ihnen besonders eine Anzahl derer, die gegen Gaislers Präsidenschaft gestimmt haben. Genannt werden u. a.: Pottner, der es vorzog, das eine ausgelassene Werk zurückzugeben, Herstein, G. von Finetti, Wischhoff-Culm, beide Doppel, Oppenheimer, Westphal, Reumann.

Daß unter den betroffenen Künstlern große Erregung herrscht, daß sie auf die Idee kommen, man wolle sich an ihnen rächen — ist ja sehr begreiflich. Eine andere Frage ist es allerdings, ob Herr Gaisler Einflüsse auf die Jury ausüben vermag. Obwohl der Jurysvorsitzende, ist in den Augen aller derer, die ihn näher kennen, viel zu unabhängig und stolz, um sich zu dergleichen herzugeben. Er soll nur von dem Wunsch befeuert sein, junge Kräfte in der Sezessionsausstellung sich regen zu lassen, und ohne Rücksicht der Person seines Amtes walten.

Hoffentlich wird die erforderliche Klarheit bald geschaffen. Den zurückgewiesenen Künstlern freilich wird man das Recht zugestehen müssen, irgendwie die zurückgewiesenen Werke der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Daraus, daß sie in der Sezessionsausstellung nicht vernimmt werden, folgt noch nicht, daß die eingereichten Werke minderwertig sind.

Die Pflicht einer Künstlergruppe wie der Sezession, auf Qualität zu halten und dem Wachstum ihre Pforten zu öffnen, bleibt daneben unantastbar bestehen.

Guldendals Kapitulation. Zu der bereits gemeldeten Gründung einer neuen Kinogesellschaft durch den dänischen Verlag Guldendal wird uns geschrieben: Als der Verfasser dieser Zeilen einmal mit einem dänischen Historiker die belebteste Promenadenstraße Kope u. hagen hinunter ging, wurde er plötzlich von seinem Begleiter am Arm gepackt.

„Sehen Sie sich einmal diesen Torweg an! Und dann erschauern Sie bitte in Ehrfurcht!“

„Ich sah mir den Torweg an, aber irgendein Schaur der Ehr-

bringen. Er kam dann ohne Essen zu E. zurück und nun stürzte sich der Letztere über ihn her, schlug ihn zu Boden und trat ihn mit Füßen, so daß der Mishandelte weinen mußte. Auch mit der Reite wurde V. öfter geschlagen. An seinen Armen konnte man blaue Flecke beobachten. Auch auf andere Weise wurde der Rekrut schikaniert. So warf man ihm einmal kurz vor dem Appell die Stiefel in einen Eimer Wasser. Ein andermal belam er vier Tage hintereinander keinen Kaffee.

Als die Klagebriefe des Sohnes nicht aufhören wollten, fuhr der Vater schließlich nach Potsdam und sprach, wie er in der gestrigen Verhandlung als Zeuge bekundete, mit dem Wachmeister Rudolf darüber. Er sagte ihm, sein Sohn werde viel geschlagen und er wolle gern auf eine andere Stufe. Der Wachmeister habe darauf erwidert, das könne nicht sein. Sein Sohn mache nur Plausen. „Meine Dreijährigen sind seine Leute!“ meinte der Wachmeister. Und es geschah nichts. Erst später kam alles zur Kenntnis der Vorgesetzten und der Gerichtsbekörde. Dem Wachmeister wurde vorgeworfen, strafbare Handlungen Untergebener nicht gemeldet zu haben und außerdem wurde ihm zur Last gelegt, sich dadurch einer Annäherung einer Dienstbefugnis schuldig gemacht zu haben, indem er über den Rekruten Ruffian ein halbes Jahr Kasernehaft verhängte. In der gestrigen Verhandlung bekundeten Zeugen, daß es sich sogar um ein Jahr gehandelt habe. Der Schwadronchef erklärte, er habe nichts davon gewußt, daß in der Eskadron mishandelt worden sei, und der Wachmeister habe ihm auch nichts gemeldet. Er wäre sonst zweifellos eingeschritten. Auch von der Verhängung des Kasernehaftes über V. wisse er nichts. Der Mann Engel erhielt für seine rohen Mishandlungen gegenüber dem Ruffian drei Monate und zwei Wochen Gefängnis, während Galling mit sechs Wochen Militärrrest davonkam. Gegen den Wachmeister Rudolf, der bereits aus dem Regiment ausgeschieden ist, war in erster Instanz nur wegen der unterlassenen Meldung auf sechs Wochen gelinden Arrest erkannt worden. Dagegen wurde er wegen Annäherung einer Dienstbefugnis freigesprochen. Das Oberkriegsgericht des III. Armeekorps bestätigte gestern dies Urteil.

Der Prozess hat wieder das typische Bild deutschen Kasernelebens und deutschen Kasernehaft entrollt. Und zahllos sind die Tragödien, die sich täglich hinter den Kasernehaufen abspielen, ohne daß sie durch eine Gerichtsverhandlung an die Öffentlichkeit kommen. Es ist ja doch nur leere Spiegelschere, wenn im Reichstage der Kriegsminister mit toten Zahlen eine Abnahme der Soldatenmishandlungen beweisen will. Nein, die Mishandlungen sind nur peripher und heimlicher geworden; es wird mehr als früher an die „erzieherische“ Weisheit der „alten Leute“ appelliert.

Und immer wieder tritt bei solchen Prozessen, besonders aber, wenn es sich um die Garde handelt, hervor, daß die Offiziere keine Ahnung davon haben, was in der Kaserne vorgeht. Es ist geradezu zum Lachen, wenn im Reichstage und sonst in der Öffentlichkeit die Herren Generale mit ihren Fachkenntnissen über den „inneren Dienst“ imponieren wollen. Wo lernen denn die Herren Offiziere das eigentliche Kaserneleben und all seinen Kleinram, mit dem man aber die Leute bis aufs Blut quälen und zur Verzweiflung bringen kann, kennen? In den paar Wochen, die sie in der Kaserne als Avantagere und dergleichen zubringen, steht ihnen ein Puffer zur Verfügung, sie essen im Kasino, kurz die ganze Miere des Kaserne- und Stalldienstes bleibt ihnen erspart. Haben sie erst den Offiziersdreck angezogen, dann besteht ihr innerer Dienst in der Teilnahme an Appellen, Stuben- und Stallrevisionen, Instruktionssunden und dergleichen. Ist diese Tätigkeit nach Schema F absolviert, dann überlassen sie das Feld wieder den Unteroffizieren und „alten Leuten“. Daher auch die ständige Erklärung der Herren Offiziere vor den Kriegsgerichten, daß sie von Mishandlungen nichts gewußt und nichts gemerkt haben.

Die neue Wehrvorlage wird die Kasernehaft des deutschen Volkes ins Riesenhafte steigern. Wie die Dinge heute liegen, ist damit auch eine Zunahme des Kasernelebens und der Kasernehaft verbunden. Das Wort des Generals Jomini, des berühmten Taktikers unter Bonapartes Heerführern: „Les basses misères de la caserne demandent plus de courage que les périls de la guerre“ („Das kleinliche Kaserneleben erfordert mehr Mut als die Gefahren des Krieges“) trifft ganz besonders für das deutsche Heer zu. Und dieses Kaserneleben und diese Kasernehaft werden so lange anhalten, bis die Wehrheit

furcht wollte sich durchaus nicht einstellen. Es schien mir ein Torweg zu sein, wie Torwege so in all gemeinen sind.

„Hier sind nahezu alle großen skandinavischen Dichter hindurchgegangen“, fuhr mein Begleiter fort. „Die J. R. Jakobsen, Deodmann, Jbsen, Björnson, Die, Stellan haben hier ihre Manuskripte hineingebracht. Sie haben den Eingang zum Verlag Guldendal vor sich.“

Ruf wurde auch mir der Torweg interessant, denn der Verlag Guldendal hat in der Tat die großen skandinavischen Dichter in einer Weise in sich vereinigt, die ihm etwas Ehrwürdiges gibt.

Und nun kommt aus Kopenhagen die Nachricht, daß in dieser festen Burg des Kinowesens eine „Dänische Filmfabrik“ gegründet worden ist, der unter anderen Etatsrat Hegel und Direktor Peter Ransen angehören, die beide zu den leitenden Männern des Verlags Guldendal gehören. Auch der bekannte (und schätzenswerte) dänische Bühnen- und Theaterkritiker Karl Jacobsen ist beteiligt. Das Aktienkapital beträgt eine halbe Million Kronen und der geschäftliche Zweck der Gesellschaft ist: die literarischen Schätze, die in den Räumen des Verlags Guldendal aufgestapelt liegen, in Filme umzuschreiben.

Daß auf diese Weise ein schöner Vaterland verdient werden kann, glauben wir gern. Dem dänischen Kulturnamen aber macht das häßliche Unternehmen wenig Ehre, und mit der früher allerdings vorhandenen Ehrwürdigkeit des Verlags Guldendal ist es vorbei.

Die Dänen haben eine sprichwörtliche Redensart, die eine ungerechte Spitze gegen uns Deutsche enthält. „Was tut der Deutsche nicht ums Geld“, pflegt man zu sagen. In Zukunft wird man in einer für die Dänen sehr peinlichen Weise fragen dürfen: „Was verschlägt einem alten dänischen Verlag die futurale Ehrwürdigkeit, wenn es Geld zusammenzusammensuchen gilt?“

Der Kinowesen hat sich übrigens in Kopenhagen darum so stark entwickelt, weil das wirkliche Theater daneben liegt. Aus demselben Grund haben dort oben immer die Varietés Bühnen eine unerbittlich große Rolle gespielt.

Die Berliner Theaterdirektoren mögen gewarnt sein.

Notizen.

— Im Deutschen Schauspielhaus spielt Harry Walden jetzt das Gegenstück zu seinem Prinzen aus „Al-Heidelberg“ — den „König“ in der französischen Farsche der Drei-

des deutschen Volkes erkennt, daß nur durch die Vertiefung der sozialdemokratischen Milizforderung die Kasernebarbarei endgültig aus der Welt geschafft wird.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kleinstaatliche Rechtsprechung.

Das „Volkblatt“ für Koburg brachte unterm 19. Februar d. J. eine Unfallsnotiz, an welcher die Bemerkung geknüpft war: „Der die Unfallsstelle gerade passierende Herr Medizinalrat Dr. Martinet lehnte die erste ärztliche Hilfe mit dem Bemerkung: „er habe keine Zeit“ ab und fuhr mit seinem Gesährt fort.“ — Durch diesen Satz fühlte sich der Arzt beleidigt und stellte — nicht etwa Privatklage, sondern der Staatsanwalt erhob — im öffentlichen Interesse — Anklage gegen den verantwortlichen Zeichnenden des „Volkblattes“, Genossen Joh. Müller. Das Schöffengericht erkannte unter Ablehnung des beantragten Wahrheitsbeweises auf eine Geldstrafe von 100 M.; da, wie der Vorsitzende, Herr Dr. Seip v. Engelbrecht, ausführte: die Aussage des Arztes zur Beurteilung genüge, selbst wenn der vom Angeklagten angebotene Zeugenbeweis dessen Behauptungen bestätigte. Das Landgericht Meiningen wird zu entscheiden haben, ob diese Begründung stichhaltig ist. — Dem Schöffengericht Koburg ist in der letzten Zeit schon des öfteren widerfahren, daß seine Urteile gegen die Arbeiterbewegung in der Berufungsinstanz eine sehr erhebliche Korrektur erfahren. So wurde am Dienstag durch Zurückziehung der eingeleiteten Revision vor dem Oberlandesgericht Jena ein freisprechendes Urteil des Landgerichts Koburg rechtskräftig, nachdem die erste Instanz zu einer Verurteilung des „Volkblattes“ zu 100 M. Geldstrafe gekommen war.

Jugendbewegung.

Zurechtgewiesene Polizeibeamte.

Wir berichteten vor einigen Wochen über die Vorgänge, die sich in Neulöbn bei der Verhinderung einer Jugendversammlung abspielten, und wir teilten auch mit, in welcher Weise damals sich einige Polizeibeamte Uebergriffe erlaubten. Die Beschwerde gegen das Verhalten der beteiligten Polizeibeamten ist von Erfolg begleitet gewesen, denn der Genosse Rosenfeld, welcher im Namen des Genossen Bied und Schönlanf gegen die Beamten Beschwerde erhoben hatte, hat jetzt von dem Herrn Polizeipräsidenten in Neulöbn einen Bescheid erhalten, aus welchem wir einige allgemein interessante Stellen mitteilen wollen.

Genosse Rosenfeld hatte u. a. zum Gegenstand der Beschwerde gemacht, daß der Polizeileutnant, welcher die Sittierung Schönlanfs anordnete, den Kriminalbeamten anwies, eventuell zum Knebelung zu schreiten. Hierzu sagt der Polizeipräsident:

„Diese Anweisung war nach Lage der Sache nicht erforderlich, ich vermag sie deshalb auch nicht zu billigen und habe deswegen das Weitere beantragt.“

Weiter war Gegenstand der Beschwerde die Unterbringung der sistierten Genossen in den Zellen des Polizeireviere und die besonders lange Zurückbehaltung Bieds auf der Wache. Hierzu bemerkt der Polizeipräsident:

„Daß die Sistierten in den Zellen untergebracht sind, mißbillige ich; es hätte vielmehr für sie ein anderer Raum verfügbar gemacht werden können. Ebenso war es nicht unbedingt erforderlich, den Bied auf der Wache zu behalten, bis über den Verbleib seiner Akten Weisung (vom Polizeipräsidenten) eingetroffen war. Wichtiger war es, Bied nach Feststellung seiner Personalkarte sofort zu entlassen. Auch in dieser Beziehung habe ich das Erforderliche beantragt.“

Angehts dieser, auch von dem Herrn Polizeipräsidenten in Neulöbn als solchen, anerkannten Uebergriffe einiger Polizeibeamten möchten wir besonders auch mit Rücksicht auf die heute abend stattfindenden Berliner Jugendversammlungen das dringende Ersuchen an die Polizei richten, der Arbeiterjugend gegenüber die Befehle zu beachten und Ruhe zu bewahren.

Krach in der Deutschen Turnerschaft.

Der Ausschluß der Deutschen Turnerschaft hat über die Köpfe der Mitglieder den korporativen Anschlag der Deutschen Turnerschaft an den Jungdeutschlandbund beschloßen. Dieser Anschlag hat nun innerhalb der Deutschen Turnerschaft eine starke Protestbewegung hervorgerufen. In Stuttgart nahm am Sonntag ein außerordentlicher Turntag des 11. Kreises der Deutschen Turnerschaft (Würtemberg und Hohenzollern) zu dem Anschlag und dem Jungdeutschlandbund Stellung.

Obgleich alle einflussreichen Führer der Deutschen Turnerschaft aufgeboten worden waren, und selbst die Zentralleitung den Geschäftsführer, Prof. Mühl, entsandt hatte, gelang es nicht, den Widerstand zu brechen. Es kam zu äußerst heftigen Debatten

Männerfirma Gaillet, Hiers u. Krane. Das ausgelassene Stückchen, in dem die Gaillet eines balkanischen Königs in Paris dazu dient, die Stroberlei republikanischer Krößen zu verpöten und die Abenteuer dieses Hengstes mit ihren legitimen und illegitimen Frauen erottisch auszubeuten, hat im Vesting-Theater seinerzeit das Defizit verhindern helfen. Im Schauspielhaus vergrößert man die Bilanzener bedenklich und zieht die Sache zu sehr in die Länge, so daß trotz Waldens sprunghaftem Draufgängerturn und Eise Galafres, humorvoller Mischung von Nalbität und Kofetterie, trotz einiger guten Chören (Paul und vor allem Paulig) das Ganze etwas abgestanden wirkt, wie das ganze Genre es längst ist. Fort — ins Metropol!

— Vorträge. Im Verein für Verbesserung der Frauenkleidung spricht am 28. April, abends 8 Uhr im Märkischen Museum Frau Helene Dible über: Historische Erinnerungen zur Einführung einer deutschen Nationaltracht. Lichtbilder werden den Vortrag illustrieren. Eintritt frei.

— Kunstchronik. Der moderne Bund (Schweiz) zeigt auf der jüngsten Sturm-Ausstellung, Königin-Augustastrasse 61, die Werke seiner Mitglieder: Hans Arp, Wilhelm Unm, Walter Helbig, Hermann Huber, Paul Alex, Oscar Lüthy, Albert Spitzer. Die Ausstellung wird Sonnabend eröffnet.

— Der Verein Naturforschungsparl (Sitz in Stuttgart) verabschiedet seinen neuesten Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß der Verein im dritten Jahre seines Bestehens die Mitgliederzahl von 14 000 erreicht und seinen Park in der Pönerburger Heide auf 10 500 Morgen vergrößert hat.

— Die Blumenstadt in der Genter Welt-Ausstellung. Die Weltausstellung, die am 20. April in Gent eröffnet werden soll, erhält ihr hervorleuchtendes lokales Ehrenziergepräge durch die gleichzeitige Eröffnung des Blumenfestes, den das als „Blumenstadt“ berühmte Gent alle 5 Jahre veranstaltet, um der Welt die unbegrenzten Möglichkeiten seiner Blumenzucht vorzuführen. Die diesjährige Veranstaltung ist besonders reich gehalten. Außer dieser Spezialblumenschau, der „Floralie“, wird die Weltausstellung selbst aber bereichert durch die Leistungsfähigkeit der „Blumenstadt“ ablegen.

— Allerlei vom Kino. In der Denkschrift, die der Deutsche Bühnenverein dem Reichstag eingereicht hat, wird angeführt, daß in den letzten Jahren wegen der Konkurrenz 20 Theater eingegangen und 1600 Menschen brotlos geworden seien.

— Der polnische Dichter Sienkiewicz verlagte die italienische Firma, die seinen Roman Quo vadis verfilmte, auf Bezählung von einer Million Schadenersatz, weil sie den Film ohne seine Erlaubnis ins Ausland verkaufte. — Man sieht, die Sache bringt etwas ein.

in der von der Opposition kräftig gegen die Vergewaltigung der Mitglieder durch den Ausschuss protestiert und das chauvinistische Treiben des Jungdeutschlandbundes abgelehnt wurde. Die Redner konnten sich auf zahlreiche Urteile von Geistlichen, Lehrern und Zeitschriften stützen, in denen der verderbliche Einfluß des militaristischen Geistes und des Kriegsspiels, das im Jungdeutschlandbunde gepflegt wird, gekennzeichnet wurde. Es wurde auch mit der Abweisung eines großen Teils der Mitglieder der Deutschen Turnerschaft gedroht und die Gründung eines besonderen Turnverbandes in Aussicht gestellt. In allen Konzentrationen suchten die Führer der Deutschen Turnerschaft, darunter bezeichnenderweise auch zwei volksparteiliche Politiker, die Opposition zu beschwichtigen. U. a. wurde auch als Lohn für eifrige Mitarbeit im Jungdeutschlandbund das Wohlwollen der staatlichen Behörden in Aussicht gestellt. Prof. Kühl glaubte mit dem Jugendschicksal beruhigen zu können, daß formelle Fehler gemacht worden seien; er erklärte aber kategorisch, der vollzogene Anschluß an den Jungdeutschlandbund werde unter allen Umständen aufrechterhalten. Trotzdem erlitt die Führung eine schwere Niederlage.

Ein von den Führern empfohlener Antrag, auszusprechen, daß der Anschluß so aufzufassen sei, daß der Jungdeutschlandbund der Deutschen Turnerschaft das Recht der Mitarbeit gäbe, nicht aber auch die Pflicht dazu auferlege — wurde mit 200 gegen 276 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen mit 342 gegen 20 Stimmen ein Antrag, der die Beschlusssatzung über die Anerkennung des Ausschlußbeschlusses solange aussetzt, bis der nächste ordentliche Deutsche Turntag beschluß gefaßt hat.

Diese Gährung in der Deutschen Turnerschaft wird hoffentlich dazu beitragen, den Arbeitern, die der Deutschen Turnerschaft noch angehören, die Augen darüber zu öffnen, wohin die Reise geht, und sie zum Anschluß an den Arbeiterturnerbund zu bewegen.

Aus Industrie und Handel.

Ein ehelicher Rüstungstreiber.

Die Verteidigung der Wehrvorlage in dem von uns bereits erwähnten Bericht der Dortmunder Handelskammer hat auch bei Kaufleuten und Industriellen Widerspruch gefunden. In dem „Dortmunder General-Anzeiger“ ist aus diesen Kreisen gegen die Stimmungsmache für Rüstungsausgaben Protest erhoben worden. Im gleichen Organ erhebt nun dagegen ein ehelicher Fabrikant seine Stimme und drückt der Handelskammer seinen Dank für ihr Eintreten für — das Geschäftsinteresse aus; er schreibt:

„Wie in den Vorjahren sind auch dieses Jahr wieder öffentlich Beschwerden erhoben worden, daß in dem Berichte beispielsweise ein wenig für die Wehrvorlage eingetreten wurde. Aber wo leben wir denn und wo soll der Handelskammerbericht Beachtung finden? Witten im Industriebezirk, wo die Geschäfte, die Rüstungen und die Kanonen und was sonst dazu gehört, angefertigt werden, wo die Kohlen für die Kriegsschiffe aus der Erde geholt werden und uns viel Geld einbringen.“

Wir wünschen, alle Rüstungstreiber sprächen so offen die Motive für ihre „gut patriotischen“ Bestrebungen aus.

Ueber den Anteil der Solinger Waffenindustrie an der Wehrvorlage schreibt die rheinische bürgerliche Presse: „Wird die Wehrvorlage der Reichsregierung angenommen, so wird auch die Solinger Waffenindustrie hierdurch weitere Beschäftigung erhalten. Bei einer Vermehrung des Friedensbestandes unseres Heeres um 65 000 Mann entsteht — wenn auch nicht gleich im ersten Jahre — ein Bedarf von annähernd 300 000 neuen Seitengewehren für die Fußtruppen, da außer der ersten

Waffenfabrik ein vierfacher Ersatz in Gewehren und Waffen vorhanden sein muß.“ — Schon jetzt ist nach diesen Berichten die Solinger Waffenindustrie so gut beschäftigt wie selten zuvor. Der Gesamtbedarf der überall schwer rüstenden Heere der ganzen Welt ist groß. Umfangreiche Neuauflagen einzelner Staaten verstärken diese günstige Lage. Recht eilig ist die rumänische Regierung mit einem verhältnismäßig großen Auftrag in Kavallerie- und Artilleriefeldern, der in spätestens vier Wochen ausgeführt sein muß, so daß die hieran beschäftigten Arbeiter Ueberstunden leisten müssen. Neuerdings hat auch die russische Regierung einen bedeutenden Auftrag in blanken Waffen untergebracht und fast auf alle Waffenfabriken verteilt.

Die Rüstungsmilliarden in Frankreich. In der Budgetkommission des französischen Senats wurde nach dem „Börsen-Courier“ erklärt, daß das Budget für das laufende Jahr einen Fehlbetrag von mindestens 200 Millionen aufweist. Für das Budget für 1914 werde das Defizit aller Voraussicht nach mindestens 360 Millionen betragen. Deshalb würden zur Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts 1914 neue Steuern in Höhe von mindestens 300 Millionen und außerdem für die Bedürfnisse der Kriegserhaltung eine Anleihe von einer Milliarde erforderlich sein.

Steigerung der Eisenaufuhr. Durch die politische Situation hat das Wirtschaftsleben mancherlei Hemmungen erfahren. In einzelnen Industrien ist ungewissheit durch den Balkankrieg ein Rückgang in der Beschäftigung eingetreten, andere wieder scheinen völlig unberührt. So weist die deutsche Eisenaufuhr für den Monat März Ziffern auf, die von einer erneuten sprunghaften Aufwärtsentwicklung zeugen. Im Dezember v. J. war die größte Ausfuhr (666 000 Tonnen im Werte von 115 Millionen Mark) erreicht worden. Der Januar hatte einen erheblichen Rückgang, der Februar nur eine geringe Verringerung gebracht. Im März ist aber die Eisenaufuhr um 100 000 Tonnen auf 608 000 Tonnen gestiegen; der Wert erhöhte sich von 105 auf 127 Millionen Mark.

Der Stahlwerksverband urteilt über die gegenwärtige Lage des Eisenmarktes sehr zurückhaltend. In seinem Bericht heißt es: Halbzeug. Nach der Ende Februar erfolgten Freigabe des Verkaufs für das zweite Vierteljahr haben sich die inländischen Verbraucher größtenteils für diesen Zeitraum eingebedeckt, wobei die verkauften Mengen den Bezügen der Vormonate entsprachen. Der Markt war befriedigend. Die günstige Lage in sämtlichen mit dem Schiffbau in Verbindung stehenden Industrien behauptet sich, und die Schiffswerften sind im allgemeinen bis weit in das nächste Jahr hinein gut besetzt. Auch bei den Konstruktionswerkstätten und Maschinenbauanstalten liegt genügend Arbeit für das laufende Jahr vor — alles Umstände, die zu der Erwartung berechtigen, daß die Nachfrage sich allmählich wieder heben wird, zumal auch die alten Abfälle bei vielen Abnehmern zur Reize gehen. — Eisenbahnmateriale. In schwerem Oberbaumaterial wurden von den preussischen Staatsbahnen Nachtragsbestellungen für das Etatsjahr 1913 aufgegeben, so daß der Gesamtbedarf an Schienen, Schwellen und Kleinteilen für das laufende Etatsjahr den des Vorjahres erheblich — um rund 184 000 Tonnen — übertrifft. Mit Klein- und Nebenbahnen wurden in den letzten Monaten ebenfalls beträchtliche Mengen abgegeschlossen. — Stm-eisen. Der Inlandsabsatz ist zufriedenstellend; doch beobachtet der Handel für neue Geschäfte infolge der immer noch unbefriedigenden Lage des Baugeschäfts, namentlich an den größeren Plätzen, weiter Zurückhaltung. Ein stärkeres Hervortreten der Kaufkraft dürfte erst mit einer günstigeren Gestaltung der Geldverhältnisse und einer besseren Auffassung der gesamten politischen Lage zu erwarten sein. Auf dem Auslandsmarkt liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Inlande. Der Absatz befriedigt, doch ist man auch hier in bezug auf neue Käufe zurückhaltend.

Rückgang der Kohlenproduktion. Nach dem Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikats sind die Gesamtförderung und der Absatz des Syndikats im März gegen den Februar d. J. zurückgegangen. Pro Arbeitstag betrug die Kohlenförderung nur 343 gegen 345 Tausend Tonnen, der Absatz nur 284 gegen 288 Tausend Tonnen. Ebenso ging der Verkauf in Köln um 3 Tausend, in Brüssel um 200 Tausend Tonnen pro Arbeitstag zurück. Der Bericht erklärt diesen Rückgang durch die in den Tagen vor und nach dem Osterfest stets bemerkbar werdenden Abschwächungen der Förderleistungen der Becken sowie durch die der vorgeschrittenen Jahreszeit entsprechende Abnahme des Verbrauchs für den Hausbrandbedarf. Daß die Ursachen aber auch in einer Abkühlung der Konjunktur zu suchen sind, beweist die Tatsache, daß das Syndikat die Beteiligungsanteile für den wesentlichen zu industriellen Zwecken verwendeten Koks von 85 auf 80 Proz. herabgesetzt hat. Man rechnet also im Syndikat für die nächste Zeit mit einem weiteren Winterverbrauch.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“. 1. Besuch der Seilseilanlagen des Großschiffahrtsweges Berlin-Tietlin. Uberswalde-Schleusenanlagen-Riederlinow. Abf. Tietliner Fernbahnhof 5.50 vorm. (Sonntagskarte 3. Klasse Uberswalde.)

2. Frohnau-Forschaus Jährlager-Birkenwerder. Abf. Tietliner Vorortbahnhof 6.45 vorm.

3. Bildpark-Fersch-Nischenborf. Abf. Bahnh. Friedrichstraße 6.17 vorm.

4. Erkerhof der Naturwissenschaftlichen Abteilung nach Zintenrug. Abf. Lehrter Bahnhof 7.30 vorm.

5. Rottentour der Photoabteilung nach Potsdam-Werder. Treffpunkt 7.30 vorm. Potsdamer Bahnhof.

6. Rantelhof-Röpenitz. Abf. Schleißer Bahnhof 1.30 nachm. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 27. April: Wanderausflug nach I. Gr.-Benz-N. Benz-Rimand-Lagow-Panewitz-Bachow-Gr. Benz. Abfahrt 7 Uhr Lehrter Hauptbahnhof.

II. Schlamp-Pöhlswerder-Adobus-Gatow-Salcom-Bannsee. Treffpunkt 8-9 Uhr Bahnhof Eichkamp.

Kuherdem veranstaltet der Verein während der Pfingstfeiertage eine dreitägige Wanderausflug nach dem Riesengebirge. 1. Tag. Krummhübel-Schneekeppe-Spindelwäld. 2. Tag. Elbgrund-Badental-Schreibershan-Ranah. 3. Tag. Dirschberg und die Talsperren. — Ferner findet eine Dreitägertour nach Lagow-Königsalbe-Pleizsig-Frankfurt a. O.-Lebus-Rickritin statt. — Parteigenossen und Genossen, welche sich an den Touren beteiligen wollen, werden gebeten, am Mittwoch, den 30. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal 3. Wäldisch, Stalitzer Straße 22, zu erscheinen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 27. April, Wanderungen: I. Fehmitz-Bernow-Panewitz. Abf. Tietliner Bahnhof 5.50 nach Fehmitz. — II. Achleide-Wäld. Steverdorf-Märkische Schweiz-Gr. Klobitzsee-Dahmsdorf. Abf. nach Achleide (Fermung) Schleißer Bahnhof 7.00. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radsport-Club „Solidarität“. (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 27. April. 1. bis 5. Abf. 6 Uhr: Saarmund. 12 Uhr: Romowes (Einger). — 6. bis 11. Abf. 7 und 12 Uhr: Strausberg (Hungriger Wolf). — 6. Abf. 12 Uhr: Jährlager. (Schriftliche Veranstaltung bei Neuenhagen). Start an den bekannten Stellen.

Turnverein „Eiche“, Röpenitz. Am Sonntag, den 27. April, findet auf dem neuen Turnplatz vor dem Elektrizitätswerk das gemeinsame Turnturnen aller Abteilungen statt. Anfang nachmittags 2 1/2 Uhr. — Freunde und Gönner der Turnerei sind herzlich willkommen.

Märkische Spielvereinigung, Bezirk Groß-Berlin. Am Sonntag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, veranstalten die Arbeiterturn- und Sportvereine ein Propaganda-Fußballspiel zweier geübter Mannschaften der Nordseite gegen die Süddeutschen auf dem Turnplatz in Reinickendorf, Thuner und Kallstraße. Der Eintritt zu diesem Spiel beträgt diesmal 25 Pf. für Erwachsene; Schüler, sowie die Jugendmitglieder der angeschlossenen Vereine zahlen 10 Pf. Die Einnahme soll verwendet werden zur Anlegung eines besonderen Sportplatzes, da bekanntlich die bürgerlichen Verbände ihre Plätze für Arbeiterveranstaltungen gesperrt haben. Um rege Unterstützung dieser Veranstaltung durch die sportliebende Arbeiterklasse wird darum gebeten.

H. Weltmann Nachfolger

Stefan Esders

BERLIN C
Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42
Spandauer Strasse 70-71

Anzüge

ein- und zweireihig = Neueste Dessins und Modelle
M. 19.- 25.- 32.- 39.-
M. 45.- 55.- 65.- 75.-

Größtes Spezialhaus für vollständige Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

Jünglings- und Kinder-Anzüge, Damen-Kostüme und Paletots, Röcke, Blusen, Jupons, Morgenröcke, Damen- und Mädchen-Kleider, Schuhe, Hüte, Herren- und Damen-Wäsche, Krawatten, Handschuhe, Stöcke, Schirme

Grosse Auswahl = Billigste Preise






A. Wertheim



G. m. b. H.

Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse
132-137 Alexander-Platz

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/137

Freitag und Sonnabend:

Wurstwaren

Rotwurst Pfd. 55, 85 Pf.
Landleberwurst Pfd. 1.00
Feine Leberwurst Pfund 1.20
Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
Bauernmettwurst Pfund 1.25
Jagdwurst Pfund 1.10
Teewurst Pfund 1.30
Zerveletwurst Pfund 1.30
Salamiwurst Pfund 1.30
Rostschinken on 6-8 Pfund schwer . . . Pfund 1.50

Backobst

Gemischt. Backobst Pfd. 40, 50 Pf.
Kalif. Pflaumen 22, 28, 38, 45 Pf.
Entsteint. Pflaumen Pfd. 50, 58 Pf.
Kaliforn. Birnen Pfd. 38, 48, 58 Pf.
Kaliforn. Aprikosen Pfd. 65, 80 Pf.
Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 42, 52 Pf.
Amerik. Ringäpfel Pfd. 42, 52 Pf.
Bohräpfel Pfund 55 Pf.
Italienische Prünellen Pfd. 80 Pf.
Kirschen sauer, Pfund 60, ohne Steine Pfund 45 Pf.
Kaliforn. Kirschen ohne Steine Pfund 1.40

Kakao u. Schokolade

Deutscher Kakao Pfd. 65 Pf. 1.00
Block-Schokolade . . . Pfund 80 Pf.
Haushalt-Schokolade Pfd. 70, 80 Pf.
Vanille-Schokolade 1.20, 1.30
Ankerbrot Pfund 70 Pf.

Sandtorten

Stück 45 Pf.

Moselwein

Inkl. Flasche $\frac{1}{4}$ Fl. bei 10 Fl.
Wormeldinger 75 Pf. 72 Pf.
1911 Remicher 82 Pf. 80 Pf.
1909 Conzer (Saar) 95 Pf. 92 Pf.
1911 Bullayer 1.15 1.12
1911 Lieserer 1.35 1.32

Bordeauxwein

Inkl. Flasche $\frac{1}{4}$ Fl. bei 10 Fl.
1909 Les Bessannes 90 Pf. 88 Pf.
1907 Castillonais 95 Pf. 93 Pf.
1909 Crü du Marin 1.05 1.02
1906 Beaufils-Blaye 1.15 1.10
1907 Beychevelle 1.30 1.25

Rheinwein

Inkl. Flasche (Rheingau, Mosel, Pfalz) $\frac{1}{4}$ Fl. bei 10 Fl.
1911 Maikammerer 72 Pf. 70 Pf.
1908 Planiger 85 Pf. 83 Pf.
1910 Mettenheimer 95 Pf. 92 Pf.
1907 Jugenheimer 1.15 1.12

Diverse Weine

Inkl. Flasche $\frac{1}{4}$ Fl. bei 10 Fl.
1909 Saint Mathieu (roter Naturwein) 65 Pf. 63 Pf.
1909 Saint Barbara rot 75 Pf. 73 Pf.
Fein. alt. Tarragona 1.00 95 Pf.
Douro-Portwein I 1.55 1.50

Frisches Fleisch

Kalbfleisch

Keule u. Rücken im Ganzen Pfd. 95 Pf.
Kamm u. Bug . Pfund 75, 80 Pf.
Brust Pfd. 80 Pf., Spitze Pfd. 95 Pf.

Schweinefleisch

Schinken im Ganzen . Pfund 80 Pf.
Kotelettes Pfd. 95, Eisbein 60 Pf.
Kamm, Schuft, Föckelkamm Pfund 85 Pf.
Rückenfett Pfd. 65 Pf., 5 Pfund 3.10
Kassel. Rippespeer i. Ganz. Pfund 90 Pf.
Eckstück bis 2 Pfd. Pfund 80 Pf., Mittelstück Pfund 1.00

Ochsenfleisch

Schmorfleisch Pfund 85 Pf., 1.00
Roastbeef Pfd. 1.00, ohne Knochen Pfund 1.40
Brust u. Fehlrippe . Pfund 75 Pf.
Kamm Pfd. 70, Querrippe 65 Pf.

Australisches Hammelfleisch

Keule u. Rücken im Ganzen Pfund 90 Pf.
Kotelettes Stück 15 Pf.
Dicke Rippe Pfund 85 Pf.
Dünnung Pfund 70 Pf.

Fische

soweit vorhanden

Kabeljau o. Kopf in ganz. Fischen Pfund 12 Pf.
Seelachs oh. Kopf in ganz. Fisch Pfund 10 Pf.
Schellfisch Pfund 22 Pf.
Rotzungen Pfund 15 Pf.
Schollen Pfd. 20, Fr. Zander 68 Pf.

Lachs in ganzen Fischen . Pfund 63 Pf.
Lebende Hechte . . Pfund 1.08
Lebende Plötzen . . Pfund 35 Pf.
Leb. Karpfen Schupp. 95 Pf., Spiegel Pfund 1.00
Leb. Krebse Mandel 45 Pf. bis 4.00

Geflügel

Soweit vorhanden

Junge Gänse Pfund 0.95 u. 1.15
Enten 2.15 bis 2.75
Brathühner 1.60 bis 2.65
Suppenhühner . . 1.60 bis 2.65

Masthühner 2.95 u. 3.25
Poulets gefroren 1.60
Frische Eier Mandel 85 Pf.
Frische Trinkeier Mandel 1.10

Theater und Vergnügungen

Freitag, 25. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Der Scrambus.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Kammerspiele. Mein Freund Leddy.
Leßing. Lantziß der Rarr.
Deutsches Schauspielhaus. Al-Helberberg.
Theater des Westens. Wiener Blut.
Berliner. Filmzauber.
Königsgräber Straße. Die 5 Frontkurier.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Lante Simona. Schleier der Pietrette.
Schiller O. Gyges und sein Ring.
Charlottenburg. Klein Dorrit.
Komödienhaus. Hochherzogliche Wohnungen.
Kurfürsten-Oper. Das Farmer-mädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Madame X.
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Montis Operetten. Der Zigeuner-primas.
Lutten. Vor 100 Jahren.
Kofe. Kritik-Punkt.
Herrnfeld. Die Schonzeitjäger.
Liebesprobe.
Casino. Arturs Flitterwochen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Parole Walhalla.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Rollendorfplatz. Extrazug nach Nizza.
Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr: 4. Aufl. der Opernschule d. Sternschen Konfekt.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Neu! „Café Größenwahn“
Burleske von Meyzel.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Berliner Eispalast. Lebende Eis-Skulpturen.
Eternwarte. Invalidentheater. 57-62.
Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: Alt-Heidelberg.
(Carl Heinz) Harry Walden.)

Residenz-Theater. Abends 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Luisen-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Benefiz für Fräulein Clara Bracco:
Vor 100 Jahren.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zaza.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Vor 100 Jahren.
Sonntag, abends 8 Uhr: Zaza.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Kyritz - Piritz.
Poffe u. Gefang in 3 Akten von Bilfen.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr (Schüler-vorstellung): Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig

Passage-Panoptikum
DER SKELETTMENSCH
Das Wunder atavistische Verscheidens. LEBEND!
FUSSKÜNSTLERSARTON
Der armlose PAGANINI
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank.
• Sein letzter Wille.
• Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorber. 11-2 Uhr.
Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Montag, den 5. Mai!
Der urkomische Postenschlager:
Arturs Flitterwochen
u. das glänzende erstklass. Programm.
Sonnabend: O. diese Männer.
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.
Boigt-Theater.
Badstraße 38.
Freitag, den 25. April 1913:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 4 Akten von H. Wührandt
Reifenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Walhalla-Theater.
Reichshallenweg 10/30. Täglich 8 1/2 Uhr
Parole: Walhalla!
Große Aufführungspoffe.
Vorzugsarten haben täglich Gültigkeit.
Theater Königstadt-Casino.
Ede-Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1. Minuten. Sabud. Jannowitzbrücke
Ich komme von Herrn Meyer!
und das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Berliner Humor-Quartett
W. Wutzky Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.
Berantwortlicher Redakteur: Alfred Dieffen, Neuföln. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Freitag, 25. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzo.
Königl. Schauspielhaus. Der Scrambus.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Kammerspiele. Mein Freund Leddy.
Leßing. Lantziß der Rarr.
Deutsches Schauspielhaus. Al-Helberberg.
Theater des Westens. Wiener Blut.
Berliner. Filmzauber.
Königsgräber Straße. Die 5 Frontkurier.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Lante Simona. Schleier der Pietrette.
Schiller O. Gyges und sein Ring.
Charlottenburg. Klein Dorrit.
Komödienhaus. Hochherzogliche Wohnungen.
Kurfürsten-Oper. Das Farmer-mädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Madame X.
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Montis Operetten. Der Zigeuner-primas.
Lutten. Vor 100 Jahren.
Kofe. Kritik-Punkt.
Herrnfeld. Die Schonzeitjäger.
Liebesprobe.
Casino. Arturs Flitterwochen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Parole Walhalla.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Rollendorfplatz. Extrazug nach Nizza.
Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr: 4. Aufl. der Opernschule d. Sternschen Konfekt.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.
Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Neu! „Café Größenwahn“
Burleske von Meyzel.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Berliner Eispalast. Lebende Eis-Skulpturen.
Eternwarte. Invalidentheater. 57-62.
Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: Alt-Heidelberg.
(Carl Heinz) Harry Walden.)

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
(Zum ersten Male):
Zwei Wappen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Theater des Westens.
8 Uhr (Volkstümliche Preise):
Wiener Blut.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Theater am Rollendorfplatz
An allen Tagen der Woche 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr: 4. Aufl. der Opernschule d. Sternschen Konfekt.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu! „Café Größenwahn“
Burleske von Meyzel.
Anfang 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Luisen-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Benefiz für Fräulein Clara Bracco:
Vor 100 Jahren.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zaza.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Vor 100 Jahren.
Sonntag, abends 8 Uhr: Zaza.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Kyritz - Piritz.
Poffe u. Gefang in 3 Akten von Bilfen.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr (Schüler-vorstellung): Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

Dox
Lini
Ausstellung in der Ausstellungshallen am Zoo
Lutten, 12. April - 14. Mai
1913
Geöffnet
10-8
Uhr
Eintritt
50 Pf.
Kinder
20 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Philharmonisches Blasorchester
aus Mailand. Dirig. Maestro Loreto Tesone.
Musik des 1. Garde-Dr.-Regts., Dirig. Oberm. Baanz.
Anfang 8 Uhr. Eintritte 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig

Admiralspalast
Eis-Arena
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Eintritt
50 Pf.
Kinder
20 Pf.

Passage-Panoptikum
DER SKELETTMENSCH
Das Wunder atavistische Verscheidens. LEBEND!
FUSSKÜNSTLERSARTON
Der armlose PAGANINI
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Herrnfeld
Theater
Täglich bis inkl. Mittwoch 30. April
präzise 8 Uhr abends:
Schonzeit-
Jäger.
Liebesprobe.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Ab Donnerstag, den 1. Mai 1913:
Geschlossen.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Fontana.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene geleit v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Dachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Horbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 3 Uhr: Der selige Toupinel.

Herrnfeld
Theater
Täglich bis inkl. Mittwoch 30. April
präzise 8 Uhr abends:

Schonzeit-
Jäger.
Liebesprobe.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Ab Donnerstag, den 1. Mai 1913:
Geschlossen.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Fontana.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene geleit v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Dachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Horbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter
Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: Madame X.
Sonntag 3 Uhr: Der selige Toupinel.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank.
• Sein letzter Wille.
• Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorber. 11-2 Uhr.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Montag, den 5. Mai!
Der urkomische Postenschlager:
Arturs Flitterwochen
u. das glänzende erstklass. Programm.
Sonnabend: O. diese Männer.
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.

Boigt-Theater.
Badstraße 38.
Freitag, den 25. April 1913:
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 4 Akten von H. Wührandt
Reifenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater.
Reichshallenweg 10/30. Täglich 8 1/2 Uhr
Parole: Walhalla!
Große Aufführungspoffe.
Vorzugsarten haben täglich Gültigkeit.

Theater Königstadt-Casino.
Ede-Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1. Minuten. Sabud. Jannowitzbrücke
Ich komme von Herrn Meyer!
und das erstklassige Spezialitäten-Programm.

Berliner Humor-Quartett
W. Wutzky Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Reichstag.

148. Sitzung, Donnerstag, den 24. April 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen.

Zunächst steht noch ein zurückgelegtes Kapitel des Militär-Etats

(Gouverneure, Kommandanten und Flajmajore) auf der Tagesordnung.

Die Kommission beantragt, die Kommandanten von Karlsruhe und Darmstadt vom 30. September an fallen zu lassen; der Kommandant des Truppenübungsplatzes Darmstadt soll vom 1. Oktober ab zugleich Kommandant in Darmstadt sein und in dieser Stelle ein Vorschlagsgeld von 180 M. jährlich erhalten.

Kriegsminister v. Heeringen: Der Antrag der Kommission entspricht nicht den Staatsverträgen, die mit Hessen und Baden bei der Gründung des Reiches geschlossen worden sind. Ich bitte Sie dringend davon Abstand zu nehmen und uns die Möglichkeit zu geben zu freien Vereinbarungen mit den beiden Staaten, so daß die gewünschte Regelung im Jahre 1914 eintreten kann.

Heffischer Bundesoberbefehlshaber Dr. Reißer von Siegelstein und badischer Bundesoberbefehlshaber Ministerialdirektor Dr. Pfeifer berufen sich ebenfalls auf die Militärkonventionen dafür, daß die Kommandantenstellen in Karlsruhe und Darmstadt nicht einfach vom Reichsstaat zu streichen sind.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt weiter die Streichung des Kommandanten von Königstein a. d. Elbe.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Jeder in der Kommission noch hier sind triftige Gründe angegeben worden, daß die von der Kommission gestrichenen Kommandanten notwendig sind. In dem Augenblick, wo so wichtige Militärstellen dem Volke auferlegt werden, müssen alle Stellen, die den Antritt einer Einreise haben, gestrichen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am wird gesagt, es handle sich um Staatsverträge. Bei gutem Willen wäre ihre sehr schnelle Fälligkeit möglich. Aber es liegen gar keine vertraglichen Verpflichtungen vor. Nichts davon ist in den Verträgen stipuliert, daß in Karlsruhe und Darmstadt eine Kommandantur vorhanden sein muß. — Auch unseren Antrag auf Streichung der Stelle in Königstein bitte ich anzunehmen, denn Königstein hat gar keinen militärischen Wert mehr, höchstens antiquierten militärischen Wert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: In bezug auf Königstein beziehe ich mich auf die Gründe, die die Kommission bewegen haben, diesen Kommandanten zu bewilligen.

Abg. Heubach (Z.): Selbst wenn nach dem strengen Wortlaut des Vertrages Baden keinen Anspruch auf den Kommandanten hätte, so sollte man doch solchen Verträgen gegenüber den äußersten Grad von Loyalität zu wahren suchen. Um dem Streben nach Sparsamkeit entgegenzukommen, behalte ich mir aber vor, in der dritten Lesung zu beantragen, daß die Gehälter dieser Kommandanten durch inaktive Offiziere besorgt werden.

Abg. Blauschorn (natl.) schließt sich dem Vordrucker an. Abg. v. Liebert (Sp.) tritt für die Wiederherstellung der in der Kommission gestrichenen Kommandantur in Dresden ein. Dieser Kommandant werde besonders im Mobilmachungsfalle gebraucht.

Abg. Kasse (Soz.): Der Reichstag könnte seine Budgetkommission einfach einladen, wenn er die von ihr geübte geringfügige Sparbarkeit nun wieder beseitigen wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Heubach hat an unsere Loyalität appelliert. Ich beantworte diesen Appell an den Reichstag mit einem Appell an die Regierung, sie möchten doch ein bißchen guten Willen zeigen, ihrerseits zur Sparsamkeit beizutragen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was uns heute wieder geboten wird, ist ein netter Anschauungsunterricht für das Volk. Wir sehen ein paar Gesandte aufmarschieren, um angebliche wichtige Staatsinteressen wahrzunehmen, wo es sich doch nur darum handelt, daß ein großer Apparat seitens der Militärverwaltung aufgehoben wird, um für hohe Offiziere ein paar Einkünfte zu retten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie also dringend, die Beschlüsse der Kommission aufrechtzuerhalten und darüber hinaus unseren Antrag in bezug auf Königstein zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer unweilendlicher Diskussion fällt die Debatte. Der Antrag Schöpflin (Soz.) auf Streichung des Kommandanten von Königstein wird gegen die Stimmen der Konservativen, der Nationalliberalen und einiger Zentrumsgesandten angenommen. Die Streichungsanträge der Kommission werden gegen dieselbe Minderheit angenommen. Damit ist der Militär-Etat erledigt. Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird debattelos bewilligt. Es folgt der

Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reiches. Abg. Rauch (Soz.): In dem Etat sind einige Positionen enthalten, die die Kritik herausfordern. So werden an höhere Beamte des Rechnungshofes Unterstützungen gewährt, trotzdem sie deren nach der Höhe ihres Gehaltes gar nicht bedürfen. Wenn Arbeiter eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, so verlieren sie ihr Wahlrecht. Als Grund für die Gewährung der Unterstützungen wird angeführt, daß die Beamten bei Prüfung der Rechnungen Dienstleister und Gleichbewiesene haben. Haben das etwa die übrigen Beamten nicht getan? Das ist doch einfach ihre Pflicht. Solche Unterstützungen sind nur geeignet, ein elendes Strebertum grobzuzeigen. Solchen Korruptionsfonds sollte man ganz beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch bei den Tagelöhnern wird monatlich das Gutes zu viel getan. So hat ein Beamter, der mit der Prüfung von Rechnungen in Südwestafrika betraut war, 30 M. Tagelöhner erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht recht verständliche Dinge kommen auch bei der Gewährung von Schreibhilfen vor. Wir erwarten, daß diese Dinge sich in Zukunft nicht wiederholen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Etat wird bewilligt.

Etat über den allgemeinen Pensionsfonds. Hierzu verlangt die Kommission in einer Resolution einen Gesetzentwurf, der eine Aufbesserung der Altpensionäre ermöglicht, sowie eine Abänderung der Reichsversicherungsgesetzgebung, durch die die Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt wird.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt einen Gesetzentwurf, durch welchen bestimmt wird, daß die den Kriegs- und Militärintervaliden bewilligten Renten nach erfülltem sechzigsten Lebensjahre nicht mehr gekürzt oder entzogen werden dürfen, und daß die Renten der Militär- und Kriegsinvaliden, der Unteroffiziere und Gemeinen mindestens der erfolgten Teuerung entsprechend erhöht werden.

Abg. Kugel (Soz.):

Den Offizieren und Beamten, die im Dienste krank werden, können wir ihre Pensionen; aber es muß auch für die Unteroffiziere und Mannschaften, die im Dienst und an seinen Folgen erkranken, ausreichend gesorgt werden. Das geschieht keineswegs. Zahlreiche Mitteilungen sind uns zugegangen, die das deutlich beweisen. In einem Falle wurde der Verletzte über die Behandlung, die ihm zuteil wurde, weil man ihn für einen

Simulanten hielt, so erregt, daß er zum Revolver griff und Selbstmord verübte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch derartige Fälle wird Vaterlandsliebe und Patriotismus nicht gehoben und gepflegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch in der 1. Kompanie des 3. Seebataillons ereignete sich ein ähnlicher Fall. Als ein Mann sich krank meldete, wurde er vom Stabsarzt, der nichts an ihm entdecken konnte, in den Dienst zurückgeschickt. Der Oberleutnant erklärte, er wolle den Mann schleifen lassen. Das geschah denn auch in einer Weise, daß der Mann im Dienst bewußlos zusammenstürzte und ins Lazarett geschafft werden mußte, wo er am zweiten Tage gestorben ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Befugnisse um Unterstützungen und um Pensionen müssen gewissenhafter geprüft werden. Das Volk versteht es nicht, daß für Pensionen an junge kranke Offiziere Millionen bezahlt werden, während die Witwen des Volkes mit Bettelgroßen abgefunden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Oberst v. Dammann: Es ist unrichtig, daß in bezug auf die Pensionen die Mannschaften anders behandelt werden als die Offiziere. Es erfolgt in jedem Falle eine gerechte Prüfung, bei der jede Willkür ausgeschlossen ist. Für die Mannschaften wird sogar durchschnittlich mehr ausgegeben als für die Offiziere. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Demu der Pensionsfonds für die Mannschaften ist seit dem Jahre 1900 um 60 Proz. gestiegen, der für die Offiziere nur um 42 Proz.

Abg. Erzberger (Z.) tritt dafür ein, daß dem Luftschiffahrtsgesetz rückwirkende Kraft erteilt werde, und bringt den Fall eines Soldaten zur Sprache, der 1877 während seiner Dienstzeit einen Schlaganfall erlitt, gelähmt blieb und dem dann als er 56 Jahre alt wurde, die bis dahin gewährte Unterstutzung von 180 M. entzogen wurde mit folgender Begründung: „Da Ihr Krankheitszustand unheilbar und derart schwer ist, daß Sie nichts mehr zu Ihrem Lebensunterhalt erwerben können, wird Ihnen die Rente entzogen.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Er wurde auf die Armenpflege verwiesen. Die Militärverwaltung befaßt sich auf den Rechnungshof dabei. Gegen ein so einhergehendes bürokratisches Vorgehen muß der Reichstag energisch Front machen. (Bravo.)

Oberst v. Dammann: Es sind inzwischen Maßnahmen getroffen, daß in solchen Fällen um Unterstutzungswegen weiter geholfen werden kann. Ob dem Luftschiffahrtsgesetz rückwirkende Kraft gegeben werden kann, soll geprüft werden.

Abg. Sachse (Soz.):

Es wäre sehr erfreulich, wenn diese Versprechungen der Militärverwaltung in Erfüllung gingen. Bisher haben sich die Kriegsinvaliden immer zu bescheiden gehabt. Deshalb haben wir unsere Resolution eingebracht. Die Kriegsinvaliden haben auf ihrer Hauptversammlung eine Resolution angenommen, wo der Reichstag um Erfüllung ihrer Wünsche ersucht wird. Die Pensionen der höheren Offiziere sind ganz erheblich erhöht worden, da ist es nur recht und billig, daß man auch die Befugnisse der Kriegs- und Militär-Invaliden erhöht. In der Kommission wurde das von Vertretern des Reichshauptamtes aus finanziellen Bedenken abgelehnt (Hört! hört!) und auch der Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, das sei nur durch gesetzliche Änderung möglich. Reichshauptamt und Heeresverwaltung hätten die Pflicht gehabt, ehe sie die Ausgabe von neuen Milliarden für die Heeresvorlage auf sich nahmen, erst einmal die

alte Ehrenpflicht einzulösen

und für die Kriegs- und Militär-Invaliden besser zu sorgen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein paar besonders frasse Fälle sind vorgekommen, die man nicht für möglich halten sollte. Einem Schuldner aus Reumünster, der Anspruch auf 2800 M. hatte, wurden 2700 M. verweigert, weil sein Anspruch verjährt sei. (Hört! hört!) Seine Petition, ihm das Geld zu zahlen, hat der Reichstag dem Reichsanwalt zur Verdisichtigung überwiesen. Trotzdem hat man ihm dann nur 648 M. nachbezahlt, ihn also immer noch um über 2000 M. geprellt. (Vizepräsident Dove rief diesen Ausdruck.) Der Reichstag hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß das Geld aus Billigkeitgründen zu zahlen sei. Einem anderen Kriegsinvaliden wurde im Alter von 69 Jahren die Alterszulage gekürzt, weil seine Frau einen Flaschenbierhandel betriebe. (Hört! hört!) Im vorigen Jahre erwähnte den Fall des Invaliden Förster aus Essen, dem man nach 35jährigen Bezug, als er 65 Jahre alt war, die Alterszulage und dann auch die Kriegsinvalidentrente entzogen hat. Damals wurde versprochen, daß, wenn der Mann wieder käme, sein erneutes Gesuch einer wohlwollenden Prüfung unterzogen würde. Er hat dies Gesuch im Januar eingereicht, aber bisher keine Antwort erhalten. Um solchen Vorgängen einen Riegel vorzuschieben, bitte ich um Annahme unserer Resolution. Auch die Erhöhung der Rente ist notwendig, damit die Leute jetzt nicht schlechter gestellt sind als früher, als die Lebenshaltung noch billiger war. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Militärbevollmächtigter Generalmajor v. Weißdorf: Auf den vom Abg. Erzberger vorgebrachten Fall eines Stabsapothekers bin ich im vorigen Jahre ausführlich eingegangen und habe daher heute keine Veranlassung, darauf einzugehen.

Abg. Erzberger (Z.): Ich verbitte mir diese Art der Behandlung meiner Beschwerden. Auf dem Kasernenhof mag man sagen, ich habe keine Veranlassung, auf Beschwerden einzugehen, im Reichstage kommt man mit solchen Ausreden nicht durch. (Lebhaftes Bravo! links und im Zentrum, links rechts.) Ich behalte mir vor, in der dritten Lesung darauf einzugehen und werde dabei, ob man die vorgebrachte Beschwerde sachlich prüft. (Lebhafter Beifall.)

Generalmajor v. Weißdorf: Ich habe im vorigen Jahre das ganze Material vorgelegt, anderes Material habe ich nicht.

Abg. Erzberger (Z.): Ich habe heute neues Material beigebracht und kann erwarten, daß dieses untersucht wird. Es sind die Steuergrößen des deutschen Volkes, um die es sich bei diesen Pensionierungen handelt. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt. Die Resolution der Kommission wird angenommen, desgleichen der Antrag Albrecht (Soz.) Es folgt der

Etat des Reichshauptamtes.

Reichshauptsekretär Kühn bittet um Bewilligung des von der Kommission gestrichenen Direktors, da die Arbeit im Reichshauptamt außerordentlich gewachsen sei.

Abg. Stolle (Soz.):

Wenn Reichshauptamt werden auch die Zölle vereinnahmt. Durch unser Zollsystem ist eine Teuerung hervorgerufen, die keineswegs eine vorübergehende, sondern eine dauernde Erhöhung ist. Auch der Reichshauptsekretär und die Verbindeten Regierungen sollten wohl endlich zu dieser Ueberzeugung gelangt sein, aber sie haben den Mut nicht, mit diesem System zu brechen, unter dem nicht nur die Arbeiter, sondern alle Erwerbstätigen ohne Ausnahme leiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch das System der Einfuhrzölle wird die Reichsölle belastet, aber lediglich um den Agrariern zu helfen, sie sind eingeführt zu dem einzigen Zweck, die Preise zu steigern. Ich richte den Appell an den deutschen Reichstag und das deutsche Volk, endlich ein Wirtschaftssystem aufzugeben, durch das das deutsche Getreide dem Ausland entzogen und ins Ausland gebracht wird, wo es teilweise geradezu als Viehfutter verwendet wird. Unsere kleinen Landwirte brauchen billige Futtermittel, und müssen sie aus dem Ausland beziehen, denn ist es ganz unmöglich, daß die deutsche Landwirtschaft die notwendigen Futtermittel selbst herstellt. Aber diese Futtermittel werden ebenfalls durch die Zölle verteuert, und

viele Millionen werden dadurch an das Ausland gegeben. Geben Sie diese Zölle auf, dann beweisen Sie durch die Tat, daß Sie die Freunde der kleinen Landwirte sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die englische Steuerpolitik ist eine ganz andere, der englische Schatzsekretär sagt, wir wollen nicht das Brot, die Kleidung, das Haus unserer erwerbstätigen Bevölkerung besteuern, auch nicht den Handel und Verkehr; die deutsche Steuerpolitik aber besteuert gerade das tägliche Brot und das Fleisch, die deutsche Steuerpolitik basiert auf indirekten Steuern, von denen der englische Schatzsekretär sagt, daß sie die größte Armut am Werkzeuge belastet. Wenn unsere Steuerpolitik nicht andere Wege einschlägt, so wird niemand ein Wohlgefallen an deutschen Reiche haben können. Daher muß immer und immer wieder der Ruf erschallen: Fort mit den indirekten Steuern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Galle (natl.) befürwortet eine Resolution auf Vorlegung eines Gesetzes, durch welches diejenigen Bestimmungen des Zollvertrages von 1867 aufgehoben werden, die ein einseitige Belastung der deutschen Weine zulassen, damit diese nicht schlechter als Auslandsweine behandelt werden. Einer Aufhebung der Otkrois können wir nicht zustimmen. Wir können den Städten diese Einnahmen nicht nehmen, ohne ihnen einen Ersatz dafür zu geben.

Abg. Graf Kanitz (L.) schließt sich dem Vordrucker an und betont die Notwendigkeit der Erhöhung der Weinzölle. — Herrn Stolle möchte ich erwidern, daß die Weizenpreise gerade jetzt so niedrig sind, daß kein Gutsbesitzer dabei auf die Dauer bestehen kann. Ich habe meinen Weizen für 147 M. die Tonne verkauft, andere für 100 M. Herr Jaurès hat aber vor 20 Jahren in Frankreich einen Gegenwurf vorgelegt, wonach der Weizenpreis auf 250 M. pro Tonne ein für allemal festgelegt werden sollte, da er annahm, daß bei geringeren Preisen Landwirte überhaupt nicht bestehen könnten. (Hört! hört! rechts.) Für die Landwirtschaft im Osten ist das System der Einfuhrzölle eine absolute Notwendigkeit. (Bravo! rechts.)

Abg. Gunter (Sp.) warnt vor einer Erhöhung der Weinzölle.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.)

empfiehlt eine Resolution Albrecht auf Aufhebung der einzelstaatlichen und städtischen Besteuerung der Weine. Diesen Weg der Entlastung ziehen wir vor dem Weg der Belastung, den der Antrag v. Galle gehen will. Diesen Antrag müssen wir aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Außerdem ist er gar nicht ausführbar, solange die jetzigen Handelsverträge bestehen. Unser Antrag ist ohne weiteres ausführbar. Hat doch der Reichstag 1909 die städtischen Otkrois auf Lebensmittel bereits aufgehoben. Freilich entgegen der Annahme unseres Antrages den Einzelstaaten und Gemeinden einige Millionen Einnahmen. Aber das ist recht und nicht; wir halten noch immer die direkten Reichssteuern für die besten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichshauptsekretär Kühn: Das Reich kann unmöglich in dieser Weise in die Finanzgebahrung der Einzelstaaten eingreifen. Wir werden aber die Frage mit den Regierungen der Weinbau treibenden Teile des Reiches sorgfältig prüfen.

Abg. Dammann (Z.) befürwortet die Resolution von Galle; die Bevorzugung des ausländischen Weines muß beseitigt werden.

Abg. Dr. Nankenhorn (natl.) schließt sich dem Vordrucker an. Die Landes- und Kommunalsteuern aufzuheben, ist unmöglich, da kein Ersatz zu schaffen ist.

Abg. Emmel (Soz.):

Wir können sehr froh sein, daß wir noch billigen ausländischen Wein hineinbekommen, sonst könnten die kleinen Leute überhaupt keinen Wein mehr trinken. Die Weinpreise durch Einführung neuer Steuern zu erhöhen, ist deshalb höchst unrichtig. Die Parteifreunde des Herrn von Galle haben in Straßburg die Mehrheit in der Gemeinde. Es läge also in ihrer Hand, den städtischen Weinzoll dort zu beseitigen. Übrigens wird das Verhältnis der Erhebungskosten zum Ertrage dieses Otkrois immer ungünstiger. In absehbarer Zeit wird der Otkrois also notwendigerweise fallen müssen. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist für den von uns vorgeschlagenen Weg der beste, weil ja Steuerreformen im Gange sind und hierbei Ertrag geschaffen werden kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu einer anderen Angelegenheit. Am 24. Februar 1912 ist ein Erlass des Reichshauptamtes an die Bundesregierungen ergangen, der so recht preukräftig Geist atmet. Dieser Erlass befähigt sich mit der Finanzwirtschaft der Gemeinden und sucht ihr möglichst Schwierigkeiten zu bereiten. In der Einleitung wird auf das außerordentlich starke Anwachsen der Kommunalanleihen hingewiesen und mitgeteilt, daß die Schulden aller Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern sich auf 5,3 Milliarden Mark belaufen, während die Schulden der Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern 1050 Millionen Mark betragen. Seit 1889 seien die Gemeindeforderungen um 300 Proz. gestiegen, während die deutschen Reichs- und Staatsanleihen nur um 95 Proz. gewachsen seien. Es ist charakteristisch, daß das Reichshauptamt die Reichs- und Staatsanleihen zusammenwirft. Betrachtet man nämlich das Wachstum der Reichsanleihen allein, so kommt man zu einem viel ungünstigeren Verhältnis. Von 1890 bis 1911 haben sich nämlich die Reichsanleihen mehr als verdreifacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich hat also schlechter gewirtschaftet als die Gemeinden, wobei noch zu beachten ist, daß die Gemeinden Geld zur Erfüllung kultureller Aufgaben aufgenommen haben, während die Steigerung der Reichsausgaben ausschließlich dem Aufstellungswahnsinn gedient hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Erlass macht nun weiter darauf aufmerksam, daß die Gemeindeforderungen die Wirtschaftlichkeit des Reichseffektenmarktes vermindern und den Reichs- und Staatsanleihen starke Konkurrenz machen, indem sie die Nachfrage nach Reichs- und Staatspapieren vermindern, sodaß der Kurs weit unter den inneren Wert gefallen ist. Der Rückgang der Kurse der Gemeindepapiere steht deshalb dem Reichshauptamt mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber und es behauptet, daß die Gemeindeforderungen vielfach weiter über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus gewachsen seien, weil sich der bequemere Weg der Anleihe zur Deckung geboten habe. Aber gerade mit dem bequemeren Weg der Anleihe hat das Reich wahrhaftig genügend gesündigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Erlass meint, daß die Gemeindeforderungen vielfach den

Charakter der Zugubefriedigung

angenommen hätten. Ich brauche bloß an den Neubau des Militärkabinetts zu erinnern und da fragt man, wenn man solche Sünden auf dem Gewissen hat vom Luxus der Gemeinden zu sprechen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Gemeinden erfüllen die Kulturbedürfnisse, wenn sie für Krankenhäuser, für Waisenhäuser, für Volksschulen Geld aufnehmen, während das Reich für Militarismus und Marinismus das Geld zum Fenster hinauswirft. Der Erlass bemerkt weiter, daß oft schon vor der Genehmigung mit Bauten aus laienbden Mitteln begonnen wird, und verlangt deshalb, daß möglicht frühzeitig die Aufsichtsbehörde von dem beabsichtigten Anleihebedarf in Kenntnis gesetzt werde, damit diese auch mit dem Kriegsministerium in Verbindung treten könne, um über die Bedürfnisse des Anleihenmarktes zu beraten. Das Kriegsministerium soll also mit darüber entscheiden, was für die Gemeinden notwendig ist. (Lebhaftes Hört! hört!) Dagegen muß im Interesse der Selbstverwaltung der Gemeinden mit allem Nachdruck protestiert werden. Der Erlass betont weiter, daß Straßenbahnen und Elektrizitätswerke nicht von den Gemeinden übernommen werden sollen, man will eben alle Mittel für den Militarismus zur Verfügung haben. Anleihen sollen möglichst nur für verbundene Zwecke genehmigt werden, für nichtverbundene nur mit einem sehr erhöhten Tilgungssatz.

Zum Schluss heißt es dann, es liegt nicht in meiner Absicht, in die Selbstverwaltung der Gemeinden und Einzelstaaten eingzugreifen, als ob nicht der ganze Erlah einen solchen Eingriff darstellte. Unterzeichnet ist er von einem Mann, der ihn heute wohl nicht mehr unterzeichnen würde, weil er inzwischen Gelegenheit hatte, Erfahrungen zu sammeln, die er damals am grünen Tisch noch nicht hätte machen können, nämlich von dem jetzigen Berliner Oberbürgermeister Hermann. Für uns aber kommt es darauf an, gegen den Geist, der im Reichshaus herrscht und der aus diesem Erlah spricht, ganz entschieden Protest zu erheben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schließlich noch eins. Die Erhebung der Zölle und indirekten Steuern durch die Einzelstaaten belastet diese in sehr verschiedener und ungerechter Weise, wegen des ungleichen Maßstabes bei der Rückvergütung der Kosten durch das Reich. Ganz besonders tritt das bei dem Branntweinsteuergesetz zutage. (Erlah-Verhörungen hat in den letzten Jahren 2½ Millionen Mark für diesen Zweck aufwenden müssen. Es ist die höchste Zeit, daß eine Aenderung vorgenommen wird; entweder muß jeder Staat das zurückhalten, was er tatsächlich aufwendet, oder es muß eine Reichszollverwaltung eingerichtet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Kühn bestreitet, daß der Erlah einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden darstelle, das Reichshaus habe den Gemeinden ja gar keine Vorschriften zu machen, es sei aber natürlich befreit, die Grundzüge, nach denen die Finanzgebarung im Reich geführt werde, auch bei den Gemeinden zur Geltung zu bringen. Wegen einer anderweitigen Verteilung der Erhebungskosten ist der Reichsländliche Statthalter bereits ersucht, Vorschläge zu machen.

Der Antrag v. Calker wird angenommen, der Antrag Albrecht abgelehnt.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 13 Uhr.

Schluss 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

174. Sitzung, Donnerstag, den 24. April 1918, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Schorlemer.

Das Gesetz über innere Kolonisation und Landesverbesserung.

Abg. Heinert (Soz.):

Wir erkennen durchaus an, daß die Uebarmachung der Moore ein Kulturwerk ersten Ranges ist, das wir unterstützen und dessen Fortsetzung wir wünschen. Es kann hierdurch sehr wohl eine bessere Fleischversorgung für das Volk ermöglicht werden. Aber gerade dagegen zeigte sich ein stiller Gegensatz in der Kommission! — Man will die zu schaffenden Weideweiler später besteuern und verkaufen und dem hat der Minister zugestimmt. Wir wünschen aber, daß der Staat diese Flächen selbst behält und großräumig Viehzucht darauf betreibt. Den Ansiedlern würde eine kümmerliche Existenz geschaffen — viel wichtiger wäre eine starke Hebung der Fleischversorgung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Bewirtschaftung dieser Flächen wären, wenn es der Staat nicht selbst tun will, die Gemeinden berufen, die dort Anstalten errichten sollten. — Jetzt könnte der Staat die zu kultivierenden Moorflächen insgesamt billig erwerben, wenn erst etliche kultiviert sind, wird ja sofort eine gewaltige Preistreibe einsehen, die jetzt schon in bedenklicher Weise begonnen hat! Da wäre die Enteignung am Plage und im öffentlichen Interesse, denn es handelt sich doch um die Fleischversorgung.

Gegen die Dreimillionenforderung für Rekolonisation auf den Staatsdomänen haben wir Bedenken. 2½ Millionen davon sollen im Osten ausgegeben werden — ein Beweis dafür, daß die dortigen Domänen noch nicht in richtiger Weise ertragsreich gemacht wurden und es ist auch keine Garantie gegeben, daß das nun besser wird. Immerhin, vielleicht geschieht es und deshalb stimmen wir der Forderung doch zu. Wir müssen aber verlangen, daß die landwirtschaftliche Verwaltung auf eine größere Viehhaltung auf den Domänen hinwirkt und uns Nachweisungen darüber vorlegt.

Die geforderten Mittel erscheinen uns also im ganzen zu gering in Anbetracht des guten Zwecks. Wir wissen, daß diese geringen Mittel nicht ausreichen, um der privaten Viehproduktion wirksam Konkurrenz zu machen. Dazu gehört mehr — vor allem die Aufhebung der Futtermittelzölle. Die Moore können erst in vier Jahren Weide sein — wie sollen da diese Maßnahmen der jetzigen Fleischnot steuern? Und dabei will der Minister noch die den Städten gewährten Erleichterungen der Fleischzufuhr jetzt aufheben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die 10 Millionen für innere Kolonisation werden wir stimmen. Diese ist zum Schlagwort aller Parteien geworden — aber jede versteht etwas anderes darunter, je nach der Interessentstellung.

Bei der Frage der Arbeiteransiedlung unterscheiden Sie immer zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern, welche letztere Sie, nach des Ministers Worten auf der Konferenz von 1909, der Landwirtschaft erhalten wollen. Nun ist aber doch der Großgrundbesitz ein Saisongeschäft, das er mit Hilfe der überdies billigeren polnischen Arbeiter führt. (Widerpruch rechts.) Das Moment der Billigkeit der polnischen Arbeiter wurde im Herrenhaus zugegeben.

Die innere Kolonisation hat ein neues Landproletariat geschaffen — sie zu unterstützen wäre etwa so berechtigt, wie die Unterstützung von Industriellen, weil sie Fabriken errichten wollen.

Wir wollen volle Loslösung der Ansiedlung von den Großgrundbesitzerinteressen und halten deshalb nur den Staat für berufen, die innere Kolonisation durchzuführen.

Der Fortschrittsantrag, 100 Millionen zu bewilligen, wäre ein Blankowechsel für die Regierung. Der Minister meint, die 100 Millionen könnten den Großgrundbesitz mobilisieren. Und die 200 Millionen, die Sie gestern für die polnischen Provinzen bewilligt haben?

Der Fortschrittsantrag sieht sehr nach Wahlsache aus! (Sehr wahr!) Wir sehen kein klares Ziel in der inneren Kolonisation, auch die Regierung rückt mit der Sprache nicht heraus, was sie tun will.

Das Ziel kann doch nur sein, möglichst vielen Menschen gutes Einkommen, gute Wohnungen auf dem Lande zu ermöglichen. Das ist bei der heutigen Kleinansiedlung keineswegs der Fall. Dazu gehören das Vorlaufs- und Enteignungsrecht des Staates gegen den Großgrundbesitz.

Die Bestimmung des Ergänzungsteuergesetzes über den 25fachen Betrag des Grundsteuerertrags als Ertragswert und Besteuerungsgrundlage hat natürlich eine Kleinwinklung der Güter eher verbunden — und dann werden die Güter um das 100-, 150fache des Grundsteuerertrages verkauft! Deshalb müßte das Vorlaufsrecht des Staates zu dem zur Ergänzungsteuer veranlagten Ertragswerten festgelegt werden, damit er nicht über Ohr gesungen wird und wirtschaften kann. (Sehr wahr! links.) Aber davon wollen die Großgrundbesitzer natürlich nichts wissen.

Die Ablehnung der Ansiedlung polnischer Bauern durch den Minister zeigt, daß von gleichem Recht für alle keine Rede ist. Diejenigen, die die Reichsfinanzreform bewilligt, die Erbschaftsteuer selbstlos abgelehnt, alle Lasten auf das Volk gewälzt, die Erhöhung der Zivilliste votiert haben — die sollten doch die „besten Deutschen“ sein. Und so werden die Polen, die das alles mitgemacht haben, diese „besten Deutschen“ also, behandelt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man spricht oft davon, daß eine gesunde Mischung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb herbeigeführt werden müsse. Der Minister sagte gestern, so müsse das sein, wie jetzt

schon in Hannover. Nun, da müßten Sie vor allem gegen das ungeheure Ueberwiegen des Großgrundbesitzes im Osten vorgehen, das von der Ansetzungscommission gar nicht beachtet werden kann. 15 000 Großgrundbesitzer haben in den sechs östlichen Provinzen mehr Land im Besitz als 1½ Millionen Landwirte in den vier westlichen Provinzen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 8500 Großgrundbesitzer haben im Osten mehr Fläche im Besitz als 28 Millionen Kleinbauern in ganz Preußen zusammen! (Hört! hört! links.) Schaffen Sie doch die Ihre richtige Mischung! Dann aber können nicht Güter zu hohen Preisen gekauft, sondern es muß das Vorlaufs- und Enteignungsrecht gegen den Großgrundbesitz eingeführt werden. Zur inneren Kolonisation gehört vernünftige Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung und eine gerechte Vertretung des Volkes hier im Landtage! (Sehr richtig! links.) Ihnen aber ist Recht — Recht und der Großgrundbesitz soll nach Ihrem Willen herrschen und am Ruder bleiben, um seine privaten Interessen in allen Dingen durchzusetzen. (Sehr wahr! links.) Oft genug hat das der Großgrundbesitz selbst ausgesprochen, im Herrenhaus und bei der Erbschaftsteuer. Dieses System soll auch in der inneren Kolonisation maßgebend sein und deshalb können wir die 10 Millionen dafür natürlich nicht bewilligen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Roddeberg (L.) spricht für die Vorlage und führt unter dem Widerspruch der Linken aus, daß der Bund der Landwirte und Herr v. Oldenburg-Januschau nicht Gegner der inneren Kolonisation gewesen seien. Die von den Fortschrittlern verlangte Aufstellung des Großgrundbesitzes machen wir nicht mit.

Abg. Dr. Iderhoff (St.) ersucht den Minister um die Erklärung, daß nach Kultivierung der Moore diese je nach der Reife des Landes besiedelt werden sollen.

Landwirtschaftsminister Dr. Herr v. Schorlemer erklärt dies.

Abg. v. Schumann (L.): Die innere Kolonisation soll die Menschenlöhner erhalten, aus der die Kräfte genommen werden zum Erlah derjenigen, die in der Industrie und in den Großstädten verloren gehen. Der Redner polemisiert dann gegen die Fortschrittlern, die von der Landwirtschaft nichts verstanden und die sogar von Professor Sering anerkannten Verdienste des Großgrundbesitzes leugnen.

Das Gesetz wird darauf in zweiter Lesung angenommen.

In der dritten Lesung befreit Abg. v. Saff-Jaworski (Pol.), daß der polnische Acker hege und besäht, daß die Kolonisationsgelder in antipolnischem Sinne verwendet werden würden.

Landwirtschaftsminister Dr. Herr v. Schorlemer: Die Polen sollen nicht aus Bolen und Westpreußen verdrängt werden, sondern diese Provinzen sollen nur dem Deutschtum erhalten bleiben. Der Vortreiber hat gemäßigt gesprochen und die Regierung will auch nicht die letzte Rede des Abg. Korfanth zur Grundlage ihrer Maßnahmen machen. Aber diese Rede war der Abkalt der polnischen Volkseinstimmung. Solche Reden kann sich aber kein Deutsche und kein Deutscher gefallen lassen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das Gesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird das Ausgrabungsgesetz in zweiter Lesung mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Zwei kleine Wasserwerke über die Seesele und die Oder werden verabschiedet.

Freitag 11 Uhr: Rechnungssachen, keine Vorlagen, Anträge und Petitionen.

Schluss 5 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Die Wilmersdorfer Totschlagaffäre,

welche seinerzeit einiges Aufsehen erregt hatte, begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Der seit dem 17. September v. J. in Untersuchungshaft befindliche Architekt Waldemar Geier aus Wilmersdorf hatte sich unter der Anklage, in der Nacht vom 15. September v. J. den Fabrikanten Hermann Heintze auf offener Straße erschossen zu haben, vor den Geschworenen zu verantworten.

Der 31jährige Angeklagte ist der Sohn eines ehemaligen Offiziers, der den deutsch-französischen Feldzug mitgemacht hatte und bei Le Mans schwer verwundet worden war. Diese Verwundung und die Strapazen des Winterfeldzuges hatten zur Folge, daß er sich später dem Alkohol ergab und im Irrenn Hause verblieb. Einem Monat später wurde der jetzige Angeklagte geboren. — In seiner heutigen Vernehmung gab der Angeklagte an, daß er über acht Jahre bei dem Geh. Baurat Werner in Stellung war. Nachdem er diese Stellung aufgegeben hatte, trat er sich mit dem Gedanken, nach Argentinien auszuwandern. Er hatte sich schon ein Uebersiedlungsblatt nach Santa Fé besorgt, mit dem er am 4. Oktober Deutschland verlassen wollte. — Am Abend des 14. September hatte der Angeklagte mit mehreren Freunden und Bekannten eine Zusammenkunft in dem Restaurant von Ruh auf der Ecke der Berliner- und Landhausstraße in Wilmersdorf verabredet, um Abschied zu feiern. Bei dieser Abschiedsfeier ging es ziemlich hoch her, sämtliche Beteiligte sprachen dem Alkohol stark zu. Der Angeklagte allein trank etwa 15 Glas Bier. Es wurden allerlei patriotische Lieder gesungen, u. a. „Deutschland, Deutschland über alles“. Hierbei soll der Angeklagte, der schon vorher über die schlechten Erwerbsverhältnisse in Deutschland gesprochen hatte, statt „über alles“ „unter alles“ gesungen haben. Dies führte zu allgemeinen Auseinandersetzungen, an denen sich auch der Fabrikant Hermann Heintze beteiligte. Als der Angeklagte hierbei zuherle, jeden Nachhaken könne man „drüben“ nicht brauchen, bezog Heintze diese Äußerung auf sich und schlug ohne weiteres dem Angeklagten mit der Faust ins Gesicht, so daß der Aneifer in Trümmer ging und G. durch die Glasscherben Schnittwunden im Gesicht davontrug. Weitere Gewaltthatigkeiten wurden durch das Dazwischentreten des Wirts verhindert, der das Lokal bald darauf schloß. Der Angeklagte brachte seine Bekannten zur Straßendampfschleife. Auf dem Wege dorthin fiel ihm ein, daß er die Keite seines zerbrochenen Aneifers in dem Lokal zurückgelassen habe. Er lief schnell zurück, erfuhr jedoch, daß die Aneiferkeite schon von seiner Ehefrau mitgenommen worden waren. Auf der Straße traf er zufällig wieder mit Heintze und dessen Freunden zusammen. Der Angeklagte behauptet nun, daß er sofort umringt worden sei. Man habe unter Drohungen von ihm verlangt, er solle den Ausdruck „Schulle“ zurücknehmen. Er habe, als die Leute dann auf ihn einschlugen, sich entschuldigt, nachdem ihm auch noch seine Reservewunde geprügelt worden und er infolge seiner starken Kurzsichtigkeit völlig hilflos war. In der dunklen Landhausstraße habe er plötzlich geglaubt, daß seine Verfolger nochmals über ihn herfallen würden, um ihn unter dem Schutze der Dunkelheit zu verprügeln. In diesem Augenblick habe er erst daran gedacht, daß er eine geladene Selbstrevolver bei sich führe. Als er diese hervorholte, habe einer der Leute gerufen: „Der Kerl hat ja einen Revolver!“ Als seine Gegner dann auf ihn zukamen, habe er, da ihm bei seiner Kurzsichtigkeit ein Zielen unmöglich war, aufs Geratewohl mehrere Schüsse abgegeben, sich dabei nach seiner Wohnung zu rückwärts bewegt.

Nach der Darstellung der Anklage soll der Angeklagte, ohne daß für ihn die Gefahr eines Angriffs vorlag, ohne weiteres auf Heintze geschossen haben. Heintze wurde von fünf Kugeln getroffen, von denen drei die Herzgegend trafen, so daß G. sofort tot umkam. — Die Staatsanwaltschaft hatte erst auf Grund des Ergebnisses der Voruntersuchung nur die Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die Geschworenengericht eröffnete jedoch das Verfahren wegen Totschlags. Von der Verteidigung ist auf das Gutachten der Gerichtsärztin Medizinalrat Dr. Hoffmann, Dr. Strauß und Dr. Marx zum Beweise dafür Bezug genommen, daß der erlich beladene Angeklagte durch den starken Alkoholgenuß in einem Zustand geraten war, in welchem selbst eine Ueberschreitung der Nothwehr, d. h. eine in Furcht, Bestürzung oder Schrecken begangene Abwehrthat nach § 53,3 Str.G.B. straflos bleiben müsse.

Berliner Automobilspachen

und deren Helfershelfer standen gestern in einer Anzahl von 12 Personen vor der 12. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lilla. Es handelt sich um eine recht gefährliche Verbrecherkolonne, die mit seltener Kühnheit, erschlagener und modernsten Einbruchswerkzeugen und insbesondere unter Benutzung von Automobilen eine Zeitlang der Schrecken der Detailgeschäfte der inneren Stadt gewesen war. Die Straffasse trägt das Rudrum Süßind und Genossen und richtet sich gegen fünf Einbrecher: den Händler Paul Süßind, Portier Karl Särster, Agent Paul Leonhardt, Konfektionier Ernst Heiler, Arbeiter Robert Hehler, ferner gegen drei Personen, die wegen Beihilfe, und gegen vier Personen, die wegen Hehlerei angeklagt sind.

Der Sitz der Diebesbande, von dem aus sämtliche Straftaten unternommen und geleitet wurden, war das Lokal des Schankwirts Rille, welches der Polizei als Treffpunkt von Verbrechern, den sogenannten „Beddingjungen“, bekannt ist. Hier sollen täglich die Einbruchsmöglichkeiten besprochen, Pläne gefaßt und die verschiedenen Rollen unter den Beteiligten verteilt worden sein. Der Angeklagte Leonhardt, der der spiritus rector der ganzen Gesellschaft gewesen ist, baldwerte tagsüber die Geschäfte aus, die für einen Einbruch in Betracht kamen, und teilte dann seine Erfahrungen dem Süßind mit, der die andern verständigte. Das ausgezeichnete fein gearbeitete Einbruchswerkzeug soll bei Rille gelagert haben, ebenso Segeltuch und Rückfälle zur Verpackung des Diebesguts. Als Chauffeur war der mitangeklagte Max Baumhüt tätig, der in seinem Automobil die fünf Einbrecher regelmäßig nachts zwischen 1 und 3 Uhr von Rille abholte, zum Tator oder in dessen Nähe fuhr und dann von dort wieder nach Hause brachte. Die gefüllten Säcke wurden meist zu Leonhardt geschafft, von wo die Beute nach bestimmter Abrechnung. Es kam auch öfter vor, daß das von Leonhardt ausbalancierte Geschäft aufgegeben wurde, wenn Schröder und Hehler als Fachleute erklärten, daß die in Frage kommenden Schlösser mit dem Handwerkzeug nicht bewältigt werden könnten. Abdann fuhr die Bande mit dem Auto von einem Laden zum andern, bis der richtige gefunden war. Auf ihr Konto fällt der große Einbruchsdiebstahl bei der bekannten Lederfirma Floris Müller in der Leipziger Straße in der Nacht zum 30. September 1912, der Einbruch bei der Deutschen Bureaubedarfsgesellschaft in derselben Nacht, in der Filiale der Firma Krüger u. Oberdor, der Diebstahl in den Geschäftsräumen der Magdeburger Maschinenfabrik Wolf und außerdem noch fünf Einbruchsdiebstähle. Zu der Verhandlung waren 20 Zeugen und mehrere medizinische Sachverständige geladen. Der Verhandlung stellten sich unvorhergesehene Schwierigkeiten entgegen, da der Gerichtsarzt Dr. Marx aus Grund seiner Beobachtungen des Angeklagten Leonhardt während der Untersuchungshaft auf Grund des § 51 der St. P. O. den Antrag stellte, den Leonhardt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Da somit eine Verhandlungsfähigkeit des Leonhardt ausgeschlossen schien und er der Mittelpunkt des ganzen verbrecherischen Treibens war, so daß eine Abweisung seiner Straffache nicht angängig schien, beschloß das Gericht, die Verhandlung zu versetzen und den Angeklagten Leonhardt zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf 6 Wochen einer öffentlichen Anstalt zu überweisen.

Zeugenaussagen als Beleidigungen!

Die Breslauer Rechtsprechung ist um einen typischen Fall weicher. Gelegentlich eines Prozesses gegen eine Prostituierte wegen Mißhandlung gegen die Staatsgewalt sagten mehrere Zeugen unter Eid aus, daß der Schumann bei der Verfassung der Angeklagten sehr erregt gewesen sei. Einer der Zeugen sagte noch hinzu, daß es ihm so schien, als ob der Schumann betrunken gewesen wäre. Diese Aussage kam dem Polizeipräsidenten zu Ohren, der nun nicht etwa gegen den Schumann ein Verfahren einleitete, sondern gegen den Zeugen, der den Schumann für betrunken hielt. Darin sah der Polizeipräsident eine Beleidigung seines Untergebenen und stellte für diesen Straf Antrag. Wie in Breslau üblich, nahm sich der Staatsanwalt der Sache lebhaft an und erhob im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beamtenebeleidigung, mit dem Erfolge, daß der betreffende Zeuge wegen seiner nach bestem Wissen und Gewissen gemachten Zeugenaussage zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Diese neueste Breslauer Rechtsprechung verheißt merzwillig. Auf Grund der Eidesformel darf der Zeuge weder was verweigern noch hinzufügen, ohne sich schweren Strafen auszusetzen. Verschweigt er aber nichts, sondern macht seine Angaben so, wie es der Eid verlangt, dann macht er sich nach dem vorstehenden Urteil auch strafbar. Wie mocht man es nun richtig, ohne sich strafbar zu machen? Diese Art der Breslauer Rechtsprechung geht selbst der freisinnig-nationalliberalen „Breslauer Zeitung“ zu weit, indem sie schreibt:

„Das Urteil erscheint uns bestrebend. Wenn der Zeuge den Eindruck gehabt hätte, daß der Schumann betrunken sei, so mußte er, unfers Erachtens, unter dem Zeugeneide das auch angeben, ganz gleich, ob sein Eindruck richtig gewesen war oder nicht. Es könnte sehr üble Folgen haben, wenn in Zukunft jeder Zeuge sich scheuen müßte, Tatsachen, die er für wahr hält, zu verschweigen, weil sie für einen Beamten beleidigend und geeignet sind, diesen in den Augen der Welt herabzusetzen.“

Die schleunigste Aufhebung liegt im Interesse der Rechtsicherheit

Aus aller Welt.

Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Eine furchtbare Explosion meldet der Telegraph aus Finleyville in Pennsylvania. In der dortigen Cincinnati-Grube entstand Mittwoch abend durch eine Explosion ein Grubenbrand, der etwa 120 Bergarbeiter von der Außenwelt abschchnitt. Das Feuer konnte gegen Mitternacht gelöscht werden. Bisher wurden in der Nähe der Ausgänge 70 Leichen gefunden. Diese Bergleute scheinen der ersten Explosion selbst entronnen, aber nachfolgenden schlagenden Wetterern zum Opfer gefallen zu sein. Es besteht wenig Hoffnung, daß von den in der Grube befindlichen Verunglückten noch welche am Leben sind.

Die verunglückten Bergarbeiter des Werkes sind in ihrer Mehrzahl Slawen. Die Grube wurde stets für eine der gefährlichsten Arbeitsstellen gehalten.

Krieg im Frieden.

Bei einer Mittwoch nachmittag auf dem Kruppwerkungsplatz Reuhammer (Posen) vom Pionierbataillon Kr. 5 in einer Klee-grube abgehaltenen Übung mit Handgranaten ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Trotz aller angewandten Vorsichtsmaßnahmen explodierte beim Wurf einer Granate diese in der Hand des Wizefeldwebels Schmidt und verletzte die in der Klee-grube stehenden Personen, und zwar wurden Leutnant Katterwe getötet und Pionier Kühn lebensgefährlich, Oberleutnant der Reserve Müller, Leutnant Dahmen und Wizefeldwebel Schmidt leicht verletzt.

Die staatsgefährlichen Schüler.

Dank der Aufmerksamkeit der Behörden ist man einer Geheimverbindung auf die Spur gekommen, die die Sicherheit und das Bestehen Deutschlands furchtbar gefährdete. Wie uns ein Privattelegramm aus Polen meldet, wurden vier polnische Priester und Selundaner des Gymnasiums in Rogasen wegen polnischer Geheimbündelei von der Schule verwiesen, die gleiche Strafe wurde fünf anderen polnischen Gymnasialisten angedroht.

Das hätte alles entstehen können, wenn das Komplott nicht zeitig genug aufgedeckt worden wäre.

Schwere Bluttat einer Irrenhänigin.

Am Donnerstagmorgen ereignete sich in Bab Nauheim eine schwere Bluttat. Die Frau des Bediensteten Schmidt legte in plötzlicher Geistesstörung in ihrer Wohnung Feuer an. Dann brachte sie dem einen Stock tiefer wohnenden Hausgenossen Neuling mit einem Messer so schwere Verletzungen bei, daß er bald darauf starb. Frau Neuling, die ihrem Mann zu Hilfe kommen wollte, wurde gleichfalls schwer verletzt. Dann fuhr die Geisteskranke in einer Droschke nach einer Villa in der Frankfurter Straße. Hier drang sie in die Wohnung des Oberbautechnikers Wiehner ein und brachte der dort angestellten Köchin Stieler im Gesicht und in den Armen bei. Frau Wiehner, die ihrem Mädchen zu Hilfe kommen wollte, wurde von der Rasenden ebenfalls verletzt. Der Ruffächer, der vor dem Hause wartete, hörte die Hilferufe. Er eilte in das Haus und es gelang ihm, die Geisteskranke zu entwaffnen. Bald war auch Polizei in Automobilen zur Stelle, die die Frau in sicheres Gewahrsam brachte.

Kleine Notizen.

Schwerer Hängerunfall. Oberleutnant v. Gernersheim und Leutnant Schinnerer stürzten beim Hebungsfuge auf dem Flugplatz Ober-Schleißheim ab. Der Flugapparat zerstückte an einem Baume. Oberleutnant v. Gernersheim erlitt schwere innere Verletzungen und einen Schädelbruch. Sein Zustand gibt zu Bedenken Anlaß. Leutnant Schinnerer trug einen Oberschenkelbruch davon.

Blutige Erledigung geschäftlicher Differenzen. Der Rentner Barschewski, ein früherer Landwirt, gab in Allenstein auf den Güteragenten Strosinsky aus Berlin-Friedenau am Donnerstagmorgen, als Strosinsky sein Hotelzimmer verließ, zwei Revolverkugeln ab und verletzte ihn lebensgefährlich. Den Grund der Tat bilden Differenzen, die bei der Registrierung des Barschewskischen Vermögens entstanden waren.

Einbruch in einen Torpedobootzerstörer. Wie aus Loulon gemeldet wird, erbrach ein Unbekannter die Kabine des Kommandanten des Torpedobootzerstörers „Lansquenett“. Ein Wachposten, der den Einbrecher überraschte, wurde erschossen. Der Räuber flüchtete. Eine Untersuchung ergab, daß keinerlei wichtige Schriftstücke abhanden gekommen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Freitag, den 26. April, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Wochenblatt und eine Seite als Material beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentgelt beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. N. 1. Beerdigung liegt nur dann vor, wenn die Schuld vor dem 31. Dezember 1910 entstanden ist. — **G. B. 25.** Kein. — **Steglich 55.** 1. Aus Ihrer Darstellung ist nicht ersichtlich, ob eine wörtliche Beleidigung vorliegt. 2. Das ist möglich; Ihre Tochter kann jedoch beim Amtsgericht eine einstweilige Verfügung erwirken und den Betrag beschlagnahmen lassen. — **Lichtenberg 2.** Ja. Sie können sich jedoch wiederum an dem Rädertransporteur halten. — **Zwei Wettende.** Welten entscheiden wie nicht. — **N. N. 56.** Wir raten, sich an die Steuer „Arbeiter-Zeitung“ mit der Anfrage zu wenden. — **N. N. 12.** 1. In der Regel ist nur der vereinbarte Affordobien zu zahlen. 2. Soweit ersichtlich, der Auftraggeber. 3. Wenn nicht besondere Umstände vorliegen, nein. 4. Ihre Darstellung reicht nicht aus. Es ist nicht ersichtlich, ob auch dem anderen Gläubiger ein gesetzliches Vorkaufsrecht zusteht oder nicht. — **Auto.** Die Frage läßt sich nur nach näherer Kenntnis des Falles beantworten. Im allgemeinen wird man in dem Ausdruck eine Beleidigung nicht finden können. — **G. B. 16.** Ja. — **N. N. 100.** 1. In der Regel nach Ablauf von zwei Jahren. 2. Für die ganze Zeitdauer. — **Charlottenburg 53.** Adoption ist nicht zulässig, jedoch die Heiligkeitserklärung mit Zustimmung Ihrer Frau. — **G. B. 100.** Zu dem veranlagten Satz kommen noch 12 M. Gemeindefeinsteuern, so daß Sie insgesamt 24,60 M. zu zahlen hätten. Bei drei Kindern, die Ihren Lebensunterhalt nicht erwerben, haben Sie Anspruch auf Ermäßigung um zwei Stufen. Ob eine Reklamation Aussicht auf Erfolg hat oder nicht, läßt sich aus Ihrem Schreiben nicht entnehmen, da Sie die Höhe Ihres Einkommens nicht angeben. — **J. 27.** Nach deutschem Recht in 30 Jahren. Bezüglich der anderen Frage wenden Sie sich an das in Frage kommende deutsche Konsulat. — **G. B. 99.** Ja, sofern der Gläubiger darauf eingeht. — **G. B. 29.** Ihre Darstellung reicht nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. B. 50.** In 30 Jahren. — **N. N. 47.** 1. Ja. 2. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres. Die Frau kann im eigenen Namen und auch namens der Kinder die Eintragsklärung abgeben, sofern die Kinder nicht älter als 14 Jahre sind. — **G. B. 20.** Die Gemeinde Reinickendorf erscheint haftbar. — **Abonnent 84.** Soweit ersichtlich, hat Ihre Frau Anspruch auf ein Viertel des Nachlasses. — **C. S. 122.** Die Quartiergelder betragen 200 Beitragsmarken, wovon mindestens 100 auf Grund der Beitragspflicht geleistet sein müssen. — **N. N. 100.** Derartige Forderungen verjähren erst in dreißig Jahren. — **N. N. 12.** Wiederholen Sie die Anfrage und fügen Sie noch den Mietkontrakt bei. — **G. B. 4.** Erscheint aussichtslos. — **Temper 897.** 1. u. 2. Es genügt, nach erfolgter Verheiratung und Auf-

gabe des Berufs der Steuerbehörde davon Mitteilung zu machen. Von Beginn des darauffolgenden Monats erlischt die Steuerpflicht. 3. Die Nachveranlagung kann nur für die drei Steuerjahre, welche dem laufenden Steuerjahr vorausgegangen sind, erfolgen. 4. Das Oberverwaltungsgericht hat derartige Beiträge für nichtabzugsfähig erklärt. — **M. S. 3.** Amtsgericht Jechden (R. N.). — **W. W. 98.** 1. Kein. 2. Ja. — **N. N. 79.** 1. u. 2. Kein. — **W. S. 24.** Sie müssen Beilegung der Forderung unter Segnung einer Frist. Verstreicht die Frist erfolglos, so können Sie Klage erheben. 2. Das Gericht kann einen Kostenzuschuß anordnen. — **Martinus.** Bis 11 Uhr, sofern im Mietvertrage vorzusehen ist. — **C. G. 70.** Nach Ablauf der genannten Frist hat der Erkrankte Anspruch an die Invalidenversicherungskasse auf Krankenrente. — **C. 112.** Eine solche Beilegung kann verlangt werden. — **Arthur 19.** Dazur ist niemand verpflichtet. — **K. S. 14.** Ihre Tochter ist zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule verpflichtet. — **K. S. 1.** Unteres Gerichten kein. 2. Wenden Sie sich an die Generalkommission der Krankenrenten. — **N. N. 89.** Zur Begleichung der Staatsrenten können Sie verpflichtet, jedoch werden Sie von der Gemeindefeuer befreit. Es genügt die Anmeldung. — **G. B. 101.** Ja. — **M. S. 49.** 1. Ja. 2. Unter Mitwirkung des Vormundschaftsgerichts. 3. Zur Aufhebung ist die Zustimmung sämtlicher Erben erforderlich. — **W. S. 4.** Sie können beim Amtsgericht die Vermittlung der Auseinandersetzung beantragen. Dem Antrage fügen Sie die Erbverurkunde der Mutter bei. — **N. N. 999.** Der Vertrag ist auch dem Administrator gegenüber rechtswirksam. — **G. B. 21.** Eine Klage würde Aussicht auf Erfolg haben, falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können. Nach Lage der Sache reicht dies jedoch kaum möglich, weshalb wir von der Klageerhebung abraten. Die etwaige Klage wäre, falls Ihre frühere Frau noch Königin-Augusta-Straße wohnt, beim Amtsgericht Berlin-Mitte, Neum Friedriehstr. 12/16, anzubringen. — **N. N. 55.** Sofern Sie Ihre Darstellung beweisen können, würde eine Klage auf Rücknahme der Sachen und Rückzahlung des Kaufpreises Erfolg haben. Für eine Veröffentlichung ist die Sache nicht geeignet. — **N. N. 27.** Teilen Sie nur die öffentliche Kaufschreibung eines Bauswertes. Da nach Ihrer Darstellung eine öffentliche Kaufschreibung nicht in Betracht kommt — für das Gegenteil wäre der Verleger beweispflichtig — so sind Sie auch nicht zahlungspflichtig. Im übrigen erscheint Ihre Fallvermutung recht zweifelhaft. — **G. B. 75.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. N. 10.** 1. und 2. In diesem Falle halten wir den Unternehmer zur Fortzahlung des Lohnes bis zur Dauer von 14 Tagen für verpflichtet, jedoch kann er das Krankengeld kürzen. — **N. N. Karlshorst.** Die Verjährungsfrist ist abgelaufen, die übrigen Ausgaben nicht. Wegen einer Zurückweisung der Reklamation ist innerhalb 23 Tagen Verurteilung zulässig, die ebenfalls an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten ist. — **N. S. 75.** 1. Etwa 35 M. monatlich. 2. Ja, sofern dem Manne ein Verschulden, das die Frau zum Getrenntleben berechtigt, nachgewiesen werden kann. — **N. N. 1881.** Steglitz. Sie müssen schon in die Redaktion kommen.



Sunlicht Seife

erhebt sich stets zur stolzen Höhe ihrer einzigen Qualität. Denn ihre Herstellung erfolgt nach bewährtem Verfahren. Diese wichtige Tatsache ist jeder Hausfrau eine Garantie. Man achte daher genau auf die Originalpackung und hüte sich vor den wertlosen Nachahmungen!



Inserem Parteigenossen **Ferdinand Masuch** nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Der Bezirk 322.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Frankfurter Viertel. (Bezirk 381.) Den Mitglieðern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Karl Fürstnow** Köpcke Straße 20 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 2103

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Den Mitglieðern zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Fürstnow** am Dienstag, den 22. April an Herzschlag verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, am dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 5014

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Berlin, 6. **Nachruf.** Hiermit den Mitglieðern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Gustav Schnapp** am 18. April an Magenkrebs verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Ortsverwaltung. 558/1

Dankfagung. Allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Angestellten der Firma Wagners, für die zahlreichen Krankspenden meinen herzlichsten Dank. **Wwe. Simon.** 5366

Verband der Bureauangestellten Ortsgruppe Groß-Berlin. Den Mitglieðern zur gest. Kenntnis, daß unser Kollege **Wilhelm West** Krankenkassenangestellter (Allgem. C.-A.-R. Berlin), plötzlich an Stuttlitz verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Zahlreiche Beteiligung ermahnet **Die Ortsverwaltung.** 4610

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin. Am 22. April starb plötzlich unser Kollege **Wilhelm West** im 52. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen lieben hochachtbaren Kollegen, dessen wir in Ehren gedenken werden. **Die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin. Am Dienstag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet unser Kollegenangestellter **Wilhelm West** im 52. Lebensjahre. 270/8 Der Verstorbene, der seit dem 17. April 1906 in unseren Diensten stand, war ein tüchtiger treuester Pflichterfüller. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. **Der Vorstand.** **Wilhelm Piehl,** Vorsitzender. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. 1. Gruppe. Am 22. April verstarb unser Genosse, der Arbeiter **Wilhelm Glür** im 69. Lebensjahre. 250/6 **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in Eichsdorf statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Paul Jäck** Hofener Str. 16, am 23. April an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. April, nachmittags 8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung ermahnet **Die Ortsverwaltung.** 117/4

Am 23. d. Mts. verstarb nach kurzen, schweren Leiden meine liebe Frau und Mutter meiner Kinder, Tochter, Schwester und Schwägerin **Elisabeth Bueh** geb. **Sachse** an den Folgen einer Operation. Um hilfes Bittet **Max Bueh** und Kinder, Familie **Sachse.** Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Weihensteiner Gemeindefriedhofes, Rüdelsstraße, aus statt. 5386

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Beteiligten besten Dank. **Frau Wwe. Behrend** nebst Kindern. 669

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Freunden, besonders den Vätern der Kolonien Alt-, Neu- und Nord-Westberg, auf der Kolonie Alpenhöhe sowie dem Gefangenen- und Sparverein „Lehrer Heller“ für die schönen Krankspenden meinen herzlichsten Dank. **Wwe. Amanda Guttschmidt** nebst Kindern. Landsberger Chaussee 160. **Dankfagung.** Für die liebevolle Teilnahme und die herrlichen Krankspenden sagen wir allen, insbesondere dem VI. Sozialdemokratischen Wahlverein, hiermit unseren besten Dank. 774 **Ww. Hausadowski,** nebst Kindern, Müllerstraße Nr. 149.

Dankfagung. Allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie den Herren Kollegen, insbesondere der Berliner Hausdianer- und Fordervereingung sage ich für die herzliche Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Otto Hatsdorf** herzlichsten Dank. **Marie Matsdorf.**

Bekanntmachung. Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Berlin-Tegel mit Ausschluß von Pöbensee. Die **Frühjahrs-General-Versammlung** wird anberaumt auf Freitag, den 5. Mai 1913, abends 8 Uhr, nach dem Trauzugsaal (Ruhader: Siegs u. Co.), Berlin-Tegel, Bahnhofstraße 172. **Tagesordnung:** 1. Vorlegung der Jahresrechnung 1912, daran anschließend Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes. 2. Verschiedenes. 270/7 Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen. Die Herren Vertreter werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Berlin-Tegel, den 11. April 1913. **Der Vorstand.** **Dimitz Witt,** Vorsitzender. **Karl Müller,** Schriftführer.

Der JAHN TURNSCHUH erprobt & empfohlen. **USS ORF** Nur gibt es den Jahn Schuh. **Zu haben in den einschl. Geschält.** auch wird Bezugnehmend, nachgew. Alleinstiger Fabrikant: **H. Jacobowski, Nonkölln.**

Santa Lucia Stärkung Rotwein. Flasche 150 u. 2 Mk. Nachahmung bitte zurückweisen. **Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz**

Dankfagung. Für die liebevolle Teilnahme und die herrlichen Krankspenden bei der Beerdigung meines unergötlichen Mannes sage ich allen meinen lieben Verwandten, Bekannten, Kollegen und Kollegen meinen herzlichsten Dank. **Witwe Elise Dräbert.** 578

Vorjährige feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smoking, Fracks a. Soldo 30-70 M. **Versandhaus Germania** 21. Unter den Linden 21. Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Achtung! 6-700 Anzüge sowie Sommerpaletots u. Ulster **Montagarderobe** in feinsten Bekleidungsstoffen gearbeitet, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu äußerst billigen Preisen **Nathan Wand** 129 Salfelder Str. 129. Hochhausstation Rottbuscher Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. **Wdt. II: Neue Garderobe.**

Ziehung schon 8. Mai 1913 in Kiel. **Schleswig-Holsteinische Lotterie** 3261 Gewinne im Gesamtwert von Mark **80000** spez. 49 Pferde und 4 Zuspägen Mark = **63500** 3216 vollwertige Silbergewinne Mark = **16500** 1. Hauptgewinn ein elegantes Viergespann Mark = **10000** Lose 1 Mk. 11 Lose 10 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. extra empfindlich und versendet **General-Gustf. Pfordte, Essen-Ruhr** Dessau sowie in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelawerder**, an der neuen beim **Alten Freund**. **Beertrake**

Engelhardt **Special Hell** Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich **Ein Qualitätsbräu**

Öffentliche politische Versammlungen.

Achtung!

Polen.

Achtung!

**Wähler des 5., 6. und 7. Landtags-Wahlkreises.
Große polnische Volksversammlung**

am Sonntag, den 27. April, nachm. 2 Uhr, in der „Konfordia“, Andreasstraße 64.

Tagesordnung:

1. Die Landtagswahlen und das polnische Volk.

Referent: Redakteur Teofil Blott, Kattowitz.

2. Freie Diskussion.
218/11*

Das Agitationskomitee

P. P. Z. der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Berlins.
Der Einberufer: Albin Ciczak, Gerichtstraße 26.

**Sozialdemokratischer Verein
im 5. Wahlkreis (1. Abteilung).
Wähler-Versammlung!
8. Landtagswahlbezirk.**

Freitag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Unions-Sälen“, Greifswalder Str. 221/223.

Tagesordnung:

„Das Landtagswahlrecht und die liberalen Parteien.“

Referent: Redakteur Hans Weber.

S. U.: Der Abteilungsführer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Linienstr. 83-85.**

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 27. April 1913, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 23:

**Branchen-Versammlung
der
Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundscheifer.**

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Wahl des Branchenvertrages und der Kommissionsmitglieder. 4. Verschiedenes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 27. April 1913, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75:
Branchen-Versammlung

der
Emallierer von Berlin und Umgebung.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Kollegin Martha Maas über: „Das Interesse der Frau am öffentlichen Leben“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag, den 27. April 1913, vormittags 10 Uhr, in den Marine-Festsälen, Brandenburger Ufer 1 (an der Jannowitzbrücke):

**Branchen-Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter
und Arbeiterinnen.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 27. April 1913, nachmittags 3 Uhr:
**Mitglieder-Versammlung
für Grünau und Umgebung**

im Restaurant Falkenberg, Grünau, Richterstr. 9, am Bahnhof.

Tagesordnung:

1. Wie gestalten wir unsere Beitragsammlung in unseren Wohnorten? 2. Diskussion.

— Mitgliedsbuch legitimiert.

Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir das Erscheinen aller Mitglieder.

Die Ortsverwaltung.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der **Möbelfabrik** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Poisterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Frank-engl.-ital.-deutsche Zeitungen
1. sprachl. Fortbild. 2. Lekt. 3. Probe gratis
4. Mühs. 5. Baum-Be-Fonds-III (Schweiz)

Mirza
die Zigeunerin
Treuemann-Larsen-Serie
Erst-Aufführungsrecht
für Berlin nur
Theater des Weddings
Weddingplatz, Lichtspielpalast.

Jugend-Ausschuß Neukölln
Sonntag, den 27. April 1913, in den Bürgersälen, Bergstr. 147:
Frühlingsfeier
für die schulentlassene Jugend
unter gütiger Mitwirkung der Herren
R. Wissell (Festredner), Armin Liebermann (Cello mit Begleitung), Kurt Lietzmann (Lieder zur Laute), Julius Türk (Rezitation), 294/19*
Männergesangsverein „Fichte-Georgina“.
Saalöffnung 5 Uhr. — Rauchen verboten! — Anfang 6 Uhr.
Eintritt für Jugendliche frei. Erwachsene 30 Pf.
Kartenverkauf: Bergmann, Allerstr. 46; Zirkel, Idealpassage, Fuldstr. 56; Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft. — Ausgabe für Jugendliche nur im Jugendheim, Fuldstr. 56, Aufgang 8.



Ich schwöre auf Blendol
das beste flüssige Metallputzmittel
In Glasflaschen zu 10, 15 u. 25 Pfg., in Blechflaschen aller Grössen überall erhältlich. Fabrik Urban & Lomm, Charlottenburg

Kalt abwaschbar!
Unübertroffen für
Sport u. Beruf.
Katalog frei!
Willy Winkelmann & Co.
Berlin A. 14
Dresdener Straße 50/51

ADLER
Dauer
Wäsche

3. Landtagswahlbezirk

Heute Freitag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr:

Wähler-Versammlungen

in den Mittersälen, Ritterstr. 75,
bei **Wilke, Sebastianstr. 39,**
im **Dresdener Garten, Dresdener Str. 45,**
Neue Ressource, Michaelkirchstr. 39.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. 2. Aufstellung der Wahlmänner.

Referenten: **Osk. Jensch, Paul John, Stadtv. Wilhelm Pätz, Karl Melle.**

199/19

Das Wahlkomitee.

Jugendliche Arbeiter u. Arbeiterinnen!
Heute Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr:
**— Fünf große unpolitische —
Jugend-Versammlungen**

in folgenden Lokalen:

Pharus-Säle, Müllerstr. 142,
Ballschmieders Festsäle, Badstr. 16,
Berolina-Festsäle, Schönhäuser Allee 28,
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21,
Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

Referenten sind die Reichstagsabgeordnete:

Dr. Cohn, Dr. Erdmann, Dr. Frank, Karl Giebel und Heinrich Schulz.
Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint massenhaft in den Versammlungen!
Besonders die schulentlassene Jugend ist willkommen!

290/5

Der Einberufer: **Otto Bächner, Richthofenstr. 22.**

Jugend-Ausschuß Neukölln
Sonntag, den 27. April 1913, in den Bürgersälen, Bergstr. 147:
Frühlingsfeier
für die schulentlassene Jugend
unter gütiger Mitwirkung der Herren
R. Wissell (Festredner), Armin Liebermann (Cello mit Begleitung), Kurt Lietzmann (Lieder zur Laute), Julius Türk (Rezitation), 294/19*
Männergesangsverein „Fichte-Georgina“.
Saalöffnung 5 Uhr. — Rauchen verboten! — Anfang 6 Uhr.
Eintritt für Jugendliche frei. Erwachsene 30 Pf.
Kartenverkauf: Bergmann, Allerstr. 46; Zirkel, Idealpassage, Fuldstr. 56; Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft. — Ausgabe für Jugendliche nur im Jugendheim, Fuldstr. 56, Aufgang 8.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.**

Montag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 14/15 (Saal IV):

General-Versammlung.

Anträge hierzu müssen bis zum 9. Mai an das Bureau eingereicht sein.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Die Arbeitslosigkeit in unserer Branche. 2. Unsere Lohnfestsetzung.
3. Beratung der Anträge zur Generalversammlung.

NB. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Besonders müssen die arbeitslosen Kollegen in dieser Versammlung anwesend sein.

Orts-Verwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 27. April.
1. bis 5. Abt.: Saarland. 12 Uhr: Rowaves (Einger).
6. bis 11. Abt.: 7 und 12 Uhr: Strassberg (Dunziger Wolf).
6. Abt.: 12 Uhr: Jüdisdorf: Öffentliche Versammlung bei Piepenhagen.
Starts an den bekannten Stellen.

Die Touren werden von jetzt ab nur unter Sport und Spiel veröffentlicht.

Heute, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
Koppenstraße 29 (früher Keller).

Achtung! Bezirk 21.
Am 27. April, nachm. 2 Uhr, in Jüdisdorf:
Öffentliche Volksversammlung.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.

Fahrrad-Haus „Frisk auf“.

Hilke Brunnenstraße 35.
Reußelstraße 19. 11/2
Kottbuser Damm 22.
Görschwalde, Breiterstr. 31.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Sonntag, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

Stoffe

Neuheiten für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.
Tuch-Agentur, Yorekstr. 75, pt.

Orts-Krankenkasse

der Hutmacher, Hutfournituren- u. Filzwarenverfertiger zu Berlin
Montag, den 5. Mai 1913, abends 7 1/2 Uhr,
im Restaurant „Armin-Gallen“, Kommandantenstr. 58/59, Saal I.
Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Bericht der Revisoren pro 1912 und eventueller Antrag auf Entlassung der Decharge des Vorstandes und des Kassabüchlers.
3. Beschlußfassung über die neue, aufzubauende Kasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.
4. Antrag der Beamten um Bezahlung der vollen Versicherungsbeiträge der Angestellten-Berufstätigen durch die Kasse.
5. Anstellung von zwei Beamten.
6. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter erwünscht.
Als Legitimation dient die Einladung!
Der Vorstand:
G. Danneberg, Vorsitzender,
Alte Jakobstr. 20/21.

Zimmerergewerbe z. Berlin.

Am Sonntag, den 4. Mai 1913, vormittags 10 Uhr,
findet in Schulz-Festsälen, Am Rüdigergraben 2, eine
außerordentl. Generalversammlung

statt.
Tagesordnung:
1. Beratung der Angelegenheit nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.
2. Verschiedenes. 5345

Der Vorstand:
Aug. Brunzel, Vorsitzender,
Gwalb Petermann, Schriftführer.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Ein Unglückstag in Johannisthal.

Johannisthal hatte gestern seinen Unglückstag. Wieder einmal hat der Tod ein Opfer des Fluges gefordert. Bei einem mißglückten Sturzflug verlor der L. S. G. Pilot, der russische Flieger Dunch sein Leben, während die russische Fürstin Schafomskoy bei einem Aufstieg mit ihrem Lehrer Abramowitsch abstürzte und erheblich verletzt wurde. Wir erfahren über die beiden Unfälle folgendes:

Der Todessturz Dunch.

Der 34jährige russische Flieger Elia Dunch, der seit dem 1. April bei der Luftverkehrs-Gesellschaft als Pilot tätig war, wollte gestern morgen mit dem von Ingenieur Schneider konstruierten Eindecker einen Übungsflug machen. Dunch war in Johannisthal als ungewöhnlich kühner Flieger bekannt, dessen Wagemut an Tollkühnheit streifte. Er wollte durchaus, dem Beispiele französischer Flieger folgend, Sturzflüge ausführen, bei denen bekanntlich schon zahlreiche Piloten den Tod gefunden haben. Aus diesem Grunde war ihm von Ingenieur Schneider verboten worden, bei seinen Flügen Passagiere mitzunehmen, er wollte ihn sogar, eben wegen seiner Tollkühnheit, überhaupt nicht mehr starten lassen. Gestern morgen sollte ein Kontrakt der Luftverkehrs-Gesellschaft auf Wunsch des Fliegers an dem Aufstieg teilnehmen, doch startete Dunch, als der Gehilfe nicht kam, gegen 7 1/2 Uhr allein. Nach einem kurzen Fluge erhob er sich wieder und suchte in schnellem Aufstieg Höhen von 1000 bis 1200 Meter auf, in denen er längere Zeit scharfe Kurven beschrieb. Kurz nach 7 Uhr sah man, daß Dunch die Maschine zum Gleitflug einstellte, als er sich über der Ortschaft Adlershof befand. Zu ihrem Schrecken bemerkten die vor der Ballonhalle stehenden Offiziere und Kameraden des Russen, daß der Flieger immer tiefer niederging, bis der Eindecker in einem Winkel von fast 90 Grad herniederstieß. Mit laufendem Motor und Rückenwind kam der sehr stabile und feste Eindecker bis auf 300 Meter Höhe herunter. Das Flugzeug hatte eine so ungeheure Geschwindigkeit, daß die Untenstehenden das Pfeifen des Windes in den Verspannungslinien hören konnten. 300 Meter über dem Boden wollte Dunch den Apparat aufrichten und gab Höhensteuer. Die Flügel vermochten jedoch dem ungeheuren Druck nicht standzuhalten und klappten beide nach hinten. Eine Sekunde schwankte und taumelte der Eindecker, dann schoß die Maschine genau senkrecht auf den Boden, wo beim Aufprall der Benzintank behälter barst, so daß der Inhalt ausströmte. Als die Offiziere und Angestellten der Luftverkehrs-Gesellschaft herausliefen, fanden sie nur noch einen wirren Trümmerhaufen, in dem Dunch, der sich festgeschluckt hatte, in sitzender Stellung tot lag. Der Flieger war buchstäblich zerschmettert worden. Die Flügel des Eindeckers waren dicht am Knump gebrochen, die Spannlabel bis auf eins unversehrt; auch die Deisen und Bolzen waren in Ordnung.

Dunch, der am 16. Dezember 1882 im Kaukasus geboren ist, war früher Mechaniker und wandte sich vor zwei Jahren der Fliegerei zu. Sein Pilotenzeugnis erwarb er auf dem italienischen Flugplatz Bordenone auf einem Meriot-Eindecker. Nach einem Aufenthalt in Frankreich kam er nach Johannisthal, wo er bei den Harlan-Flugwerken in Dienst trat, und auf deren Eindecker bei der letzten Flugwoche im Oktober vorigen Jahres die zweitgrößte Höhe mit 2400 Metern erreichte. Seit dem 1. April dieses Jahres war er bei der Luftverkehrs-Gesellschaft tätig.

Der Absturz der Fürstin Schafomskoy und Abramowitsch.

Schon vor dem Todessturz Dunch hatte sich gegen 6 Uhr morgens ein schwerer Unfall in Johannisthal ereignet. Die russische Fürstin Schafomskoy, die mit Abramowitsch kürzlich aus Ausland zurückgekehrt ist, hatte sich vor einigen Tagen für ein Schauspielen in Koblenz gemeldet und wollte, da sie seit einem halben Jahre nicht mehr geflogen war, noch einige Übungsflüge machen. Sie benutzte gestern morgen einen normalen Wright-Doppeldecker mit 50 PS. A. A. G. Motor und wurde von ihrem ehemaligen Lehrer Abramowitsch begleitet. Nach einem Fluge von zwei Stunden landete die Fürstin ordnungsmäßig und stieg dann noch einmal empor, um einige Kunden zu machen. Als sie die Bahn zum zweitenmal umkreiste, ging dicht vor ihr, etwa 200 Meter von den Kumpferwerken entfernt, eine Taube nieder. Der Doppeldecker bekam die Luftwirbel des landenden Flugzeuges und geriet stark ins Schwanken. Die Fürstin parierte mit der Verwindung, gab aber gleichzeitig zuviel Höhensteuer, so daß der Apparat sich aufbäumte und Fahrt verlor. Abramowitsch, der neben der Fliegerin saß, konnte nicht eingreifen, da die Maschine keine Doppelsteuerung besaß. Der Zweidecker neigte sich schließlich nach der rechten Seite und russische aus sechs bis acht Meter Höhe seitlich ab, wobei er mit der rechten unteren Tragfläche hart auf den Boden aufschlug. Die Maschine drehte sich noch einmal im Kreise und blieb dann stehen. Abramowitsch war bei dem mächtigen Aufprall mit dem Kopf gegen den Kühler des Motors geschleudert worden und von seinem Sitz gestürzt, während die Fürstin sich bis zum letzten Augenblick festgeklammert hatte und dann ebenfalls die Bestimmung verlor. Das Krankenautomobil brachte die beiden Verletzten nach dem Dräger-Krankenhaus, wo die Ärzte bei der Fürstin eine Fraktur und Lungenquetschung feststellten, die jedoch nicht gefährlicher Natur sind. Abramowitsch hat dagegen eine so schwere Gehirnerschütterung davongetragen, daß man für sein Leben fürchtet.

Die Leiche des Fliegers Dunch wurde zuerst in die Unfallstation des Platzes gebracht und dann in das Spritzenhaus geschafft, wo sie aufgebahrt wurde. Die Trümmer des Apparates wurden polizeilich beschlagnahmt. Die Untersuchung durch die Behörde findet heute nachmittag statt.

Partei-Angelegenheiten.

8. Berliner Landtagswahlbezirk. Am Sonntag, den 27. April, früh 8 Uhr, findet von allen Bezirkslokalen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Achtung, 9. Landtagswahlbezirk. Am Sonntag findet von den bekannten Verbreitungsstellen aus Flugblattverbreitung statt. Im Interesse der Wahlagitator ist zahlreiche Beteiligung dringende Pflicht aller Genossen.

12. Landtagswahlbezirk (Moabit). Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt, an der die Genossen sich zahlreich beteiligen müssen.

Johannisthal. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich jetzt im Arbeiterheim, Friedrichstr. 61. Die Bibliotheksstunden finden nicht mehr Sonntags, sondern Sonnabends, abends von 8-10 Uhr, statt. Außerdem ist die Bibliothek 1/2 Stunde vor Beginn der Besessende und Mitgliederversammlungen geöffnet. Die Genossen und Genossinnen wollen sich diese Notiz aufbewahren.

Alt-Genosse. Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr, im „Terrassen-Restaurant“ (Inhaber Rodenbusch), Rudower Straße 54: Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Landtagswahl. Referent ist der Kandidat des Kreises, Gutsbesitzer Adolf Hoyer. 2. Auffstellung der Wahlmänner. — Genossen! Sorgt für Massenbesuch! — Zu dieser Versammlung findet heute Freitag, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr, eine Flugblattverbreitung statt, und zwar für den 1. Bezirk von Rige, Grünauer Straße; 2. Bezirk von Rodenbusch, Rudower Straße; 3. Bezirk von Schäfer, Schirmerstraße.

Banow. Heute, abends 8 1/2 Uhr, treffen sich die Genossen, die sich zur Uebernahme von Schreibearbeit bereit erklärt haben, bei Larsen, Drehtstr. 47/48, zum Empfang des Materials.

Bernau. Sonnabend, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Salzmann, Badstr. 17: Mitgliederversammlung.

Spanbau. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung im „Noten Adler“, Potsdamer Straße 6. Genosse Dr. Karl Liebknecht spricht über „Die geheimen Fäden der Firma Krupp und ihre Enthüllungen im Reichstag“.

Parteiengenossen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Den beabsichtigten Reformen in der Fürsorge-erziehung soll eine neue Erziehungsanstalt dienen. Sie ist für eine sachgemäße landwirtschaftliche Ausbildung der Zöglinge bestimmt und wird auf dem der Stadt gehörenden Gutsvorwerk Strubeshof errichtet. Die schwachbegabtesten Zöglinge und andererseits die schwer zu behandelnden, bei denen eine straffe Zucht nötig scheint, sollen in dieser Anstalt eine besondere Berücksichtigung erfahren. Der Vorentwurf für die Bauten kam aus dem Ausschuss zurück und wurde vom Plenum jetzt debattielos genehmigt. Zugestimmt wurde auch einer vom Ausschuss empfohlenen, auf Verschleimung abzielenden Resolution. Der Stadt tut in der Tat eine endliche Vermehrung ihrer eigenen Erziehungsanstalten dringend not. Möge Strubeshof ein rühmlicher Gegensatz zu der noch unergessenen Schmach von Mietschlin werden!

Für das Krankenhaus Bethanien will der Magistrat eine Beihilfe von 10000 M. gewähren. Die Anstalt ist eine Stiftung, sie kann sich aber aus eigenen Mitteln schwer noch behaupten. Der Antrag auf Beihilfe wird damit begründet, daß sie zum Teil die Krankenhäuser der Stadt entlastet. Bei dieser Vorlage brachte Genosse Bruns zur Sprache, daß aus Bethanien oft von Kranken Klagen über religiöse Unduldsamkeit gekommen sind. Auch der Vorsteher Michels stimmte dem bei. Stadtrat Roßbehauptete, es sei jetzt alle Gewähr dafür gegeben, daß künftig kein Druck mehr auf die Kranken ausgeübt werde. Barten wir's ab! Die Beihilfe wurde bewilligt.

Die Wahl des Staatssekretärs a. D. Dr. Dernburg zum Mitglied des Zweverbandes Groß-Berlin vor dem Obergericht.

Der § 15 des Zweverbandesgesetzes vom 19. Juli 1911, durch das der Zweverband Groß-Berlin geschaffen wurde, bestimmt:

„Die Verbandsversammlung besteht aus dem ersten Bürgermeister der Stadt Berlin als Vorsitzendem und aus 100 erstmalig vom Minister des Innern, später vom Verbandsausschuss auf die Verbandsmitglieder (die beteiligten Städte und Kreise sind gemeint) nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl zu verteilenden Vertretern. Die Einwohnerzahl bemisst sich nach der letzten Personenstandsaufnahme. Jedes Verbandsmitglied muß mindestens einen Vertreter haben. Der Stadt Berlin wird hierbei der erste Bürgermeister nicht als Vertreter angerechnet.“

In § 16 heißt es dann im Absatz 1:

„In den Gemeinden werden die Vertreter durch die Gemeindevertretungen, in den Städten unter Zutritt des Magistrats, in den Landkreisen (Teltow und Niederbarnim) durch die Kreisräte gewählt.“

Der Absatz 2 des § 16 besagt:

„Wählbar sind mit Ausnahme der Beamten des Verbandes alle Angehörigen einer der beteiligten Gemeinden und Landkreise, welche die Wahlbarkeit für den Gemeindevorstand oder die Gemeindevertretung beziehungsweise den Kreisrat besitzen.“

Um die Auslegung dieser letzten Bestimmung in Verbindung mit den vorhergehenden handelte es sich in der bekannten Streitfrage, ob der Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg, der in Kolonie Grunewald, also in einer zum Landkreis Teltow gehörigen Gemeinde wohnt, d. h. innerhalb des Zweverbandesgebietes, von einer der dem Zweverband angehörenden Städte, nämlich Schöneberg, zum Mitglied der Verbandsversammlung gewählt werden dürfte. Die Frage ist, ob seine Wahl nach den zitierten Bestimmungen nur möglich gewesen wäre durch den Kreisrat des Kreises Teltow, weil er in einem der zum Kreise Teltow gehörenden Gemeinden wohnt, oder ob jedes Mitglied des Zweverbandes (Stadt oder Landkreis) jeden Angehörigen einer der beteiligten Gemeinden und Landkreise wählen darf, der die sonstigen Voraussetzungen für die Wahlbarkeit erfüllt. — Die Verbandsversammlung des Zweverbandes hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Bestimmungen so auszulegen seien, daß nur Personen gewählt werden könnten, die zu der wählenden Stadt oder zu dem wählenden Landkreis gehörten. Deshalb war die Wahl Dr. Dernburgs für ungültig erklärt worden.

Auf die Klage des Dr. Dernburg hatte sich das Obergericht am 24. April mit der Sache zu beschäftigen.

Das Gericht erkannte auf Abweisung der Klage des Herrn Dernburg. Gründe: Es sei zuzugeden, daß ein unmittelbarer Anhalt für die Entscheidung weder aus dem Wortlaut, noch aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes sich ableiten lasse. Für die Entscheidung selbst sei zurückzugehen auf die ganze Konstruktion des Zweverbandes-Groß-Berlin, die er durch das Gesetz erhielt und die einen gewissen Schwerpunkt bilde in der Entwicklung der ganzen Zweverbandes-Gesetzgebung in Preußen, welche auf den verschiedensten Gebieten hervorgetreten sei. Durch diese ganze Gesetzgebung ziehe sich als roter Faden, daß es sich um einen korporativen Zusammenschluß der Kommunen handele, die zu vertreten seien in den Verbandsorganen, und daß die Vertretung erfolge durch Angehörige der einzelnen Verbandsgemeinden (der Kommunen). Es werden in jenen Gesetzen vorausgesetzt der Besitz des Gemeinderedes der Kommunen, die vertreten werde. Das gelte auch für den Zweverband Groß-Berlin mit einer Abweichung. Nach allem ergebe sich, daß die Vorbereitung für das Mandat die Zugehörigkeit des Vertretenden zum Mandatgeber sei und nicht das Gemeinderede in Schöneberg besessen habe, so habe er hier nicht gewählt werden können und seine Wahl sei ungültig.

Der Exerzierplatz und die Militärverwaltung.

Im Reichstage kam es am Mittwoch zu einer kleinen Debatte über den Exerzierplatz vor dem Schönhauser Tor,

weil der Militärstützpunkt eine Summe von 147 000 M. zur Errichtung einer Umwehrung des Platzes verlangte. Aus dieser Tatsache scheint die Absicht der Militärverwaltung hervorzugehen, den Platz im Besitz zu behalten. Es dürfte wohl bekannt sein, daß der östliche Teil des Exerzierplatzes von der Stadt Berlin vom Fiskus erworben worden ist, und jetzt, einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, zu einem Spielplatz hergerichtet wird, der auch mit Baumpflanzungen versehen wird. Die westliche Hälfte des Platzes ist noch im Besitze des Fiskus. Die Stadt Berlin hat wiederholt den Versuch gemacht, auch diesen Teil des Platzes vom Militärstützpunkt zu erwerben. Der Fiskus hat aber wiederholt abgelehnt. Er begründete seine ablehnende Haltung, wie das auch im Reichstage Generalleutnant Staabs getan hat, damit, daß der Platz für Übungszwecke für das Alexander-Regiment gebraucht würde. Tatsache ist aber, daß hier nur recht selten militärische Übungen ausgeführt werden. Wir wissen auch aus anderer Quelle, daß andere militärische Leiter durchaus nicht den Wert auf diesen Platz legen, wie der Herr Generalleutnant im Reichstage das getan hat und durchaus nicht so sehr darauf verfechten, den Platz dem Fiskus unter allen Umständen zu erhalten. Ist dies aber der Fall, so hätten die 147 000 M. für Errichtung einer Mauer gespart werden können und der Fiskus hätte sehr wohl der Stadt Berlin den genannten Platz im Interesse einer gesunden Entwicklung der Gegend vor dem Schönhauser Tor übereignen können.

Erweiterung der statistischen Berichterstattung.

Die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin monatlich herausgegebenen Preiszusammenstellungen haben neuerdings eine wesentliche Erweiterung erfahren, indem die Berichterstattung auf breitere Grundlagen gestellt, ferner auch auf eine Reihe weiterer Konsumartikel ausgedehnt worden ist. So werden die Viehpreisnotierungen — die Berliner Viehpreise sind von maßgebender Bedeutung für den Viehhandel — in weiten Bezirken des Landes künftig für jeden Markttag angegeben, während bisher nur die Angaben des Sonnabendmarktes benutzt wurden. Bei der Statistik der Kleinhandelspreise werden außer den höchsten und niedrigsten auch die im Durchschnitt aller Markthallen niedrigsten und höchsten Wochenpreise mitgeteilt. Für den Klein- wie für den Großhandel von Fleisch sind vergleichende, die einzelnen Monate des vorausgegangenen Jahres umfassende Uebersichten angehängt. Dank dem Entgegenkommen der Aeltesten der Kaufmannschaft konnten ferner auch Kleinhandelspreise für Kohlen, Koks und Brennstoffe berücksichtigt werden. Auf Grund der Aufzeichnungen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend sind endlich eine Reihe von Lebensmitteln, wie Fett, Fisch, Fleisch- und Würstwaren, Früchte, Gemüse, Obst, Kolonialwaren usw., neu in die Berichterstattung einbezogen worden. Von einem der nächsten Berichte ab ist ferner auch die Berücksichtigung des Umsatzes und der Preisverhältnisse beim städtischen Oecfish- und Fleischverkauf in Aussicht genommen.

Zur Lage der Angestellten der Städtischen Straßenbahn.

Dieser Tage hatten wir Gelegenheit, die Anlagen der städtischen Straßenbahn zu besichtigen. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß die Anlagen mit ihrem Zubehör in technischer Beziehung jeden Vergleich aushalten können, und daß die Stadt Berlin gut daran getan hat, wenn auch zögernd und spät, eigene Bahnen zu bauen. Die städtischen Bahnen werden vom Publikum stark und gern benutzt und entwickeln sich in glänzender Weise. Nur soweit es sich um die soziale Seite der Sache handelt, werden über die Arbeiterpolitik, die von der Verwaltung betrieben wird, lebhaft Klagen geführt. Aus Kreisen der Angestellten wird uns geschildert:

„Das Personal der Werkstatt und Bahnmesserei beantragte im November 1911 die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Als der Arbeiterausschuss im Februar 1912 wegen Erledigung dieses Antrages erimmerte, wurde er durch den Betriebsleiter Dr. Dietrich kurzerhand aufgelöst. In bezug auf die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit erfolgte später der Beschluß, daß der Antrag für den Etat 1913 zur Erörterung zurückgestellt sei. Die Erörterung führte aber auch diesmal nicht zur Berücksichtigung. Die bürgerlichen Stadtverordneten im Verkehrsausschuss lehnten den Antrag ab, weil bei der Großen Berliner Straßenbahn die neunstündige Arbeitszeit auch noch nicht eingeführt sei. Die Berücksichtigung der Interessen dieser Privatgesellschaft hat einen ziemlich merkwürdigen Beigeschmack. Der naheliegende Vergleich aber mit den Verhältnissen in anderen städtischen Betrieben muß geradezu zur Mißstimmung unter den Beschäftigten aufreizen. Es verdient nämlich im Anhangslohn pro Woche ein Arbeiter bei der Straßenreinigung für fünfständige wöchentliche Arbeitszeit 27,30 Mark, ein Arbeiter bei der Straßenbahn dagegen für 65stündige Arbeitszeit pro Woche 24,60 M. Der Arbeiter der Straßenbahn erhält also dafür, daß er pro Woche neun Stunden, also einen Arbeitstag mehr arbeiten muß, 2,70 M. weniger wie der Straßenreiniger. Im Endlohn beträgt die Differenz immer noch 1,80 M. Daß sich die bürgerlichen Herren Stadtverordneten der Verkehrsdeputation hinter die soziale Rücksichtlosigkeit der Großen Berliner Straßenbahn verbergen, bringt beispielsweise den Arbeitern eine jährliche Mindereinnahme von durchschnittlich 100 M. Obendrein haben dann dieselben noch 468 Stunden mehr pro Jahr zu frondem.“

So langsam und schwerfällig der bürokratische Apparat hier an der Erledigung dieser Frage an sich gearbeitet hat, so schnell und fix kann er in Bewegung gesetzt werden, wenn es gilt, dem Streben der gewerkschaftlichen Organisation einen Riegel vorzuschieben. Auf Anordnung des Betriebsleiters wurde dem Arbeiterausschuss das Ansuchen gestellt, seine Zustimmung dazu zu geben, daß eine gelbe Zeitung im Werke zur Verteilung kommt. Das neugegründete „Offizielle Organ“ der „gelben“ Angestelltenvereinigungen der Hoch- und Untergrundbahn und der elektrischen Straßenbahnen A.-G. sollte nach bekanntem Muster an die Beschäftigten unentgeltlich zur Ausgabe gelangen. Der Arbeiterausschuss und auch eine sehr gut besuchte Versammlung lehnte es natürlich ab, derartige „Geschenke“ entgegenzunehmen. Klaffend war die Anschauung eines unteren Angestellten, daß man den Arbeiterausschuss in der Frage eigentlich gar nicht anzuhören gezwungen sei. Man hätte die Sache einfach durch Anschlag erledigen können. Wir wissen nicht, welcher höhere Beamte dem Mann die Weisheit eingebläut, daß zwangsweise die Beschäftigten zur Annahme solcher Blätter gezwungen werden können. Wir möchten auch wissen, mit welchem Recht die Verwaltung dazu kommt, sich in den Dienst der gelben Organisation und deren Hintermänner zu stellen.“

Mit ein wenig gutem Willen ließen sich die Wünsche der Angestellten erfüllen, ohne daß das finanzielle Ergebnis im allgemeinen allzu sehr leidet. Man braucht es wirklich nicht darauf anzulegen, unter allen Umständen mit großen Ueberschüssen zu paradiereien.

Aus der städtischen Schulverwaltung.

Die Turnvereinigung Berliner Lehrer hat die Schuldeputation um Bewilligung von Mitteln für ein großes Spielfeld, das auf der

großen Treptower Spielwiese am 6. September, dem Tage der Schlacht bei Dännewitz, stattfinden soll, gebeten. Bei diesem Spiel fest sollen sich auch sämtliche Berliner Knaben- und Mädchenvereine beteiligen. Man beschließt Wettkämpfe, Fußball, Karlauf und Schlagball zu veranstalten. Die Schuldeputation hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die erbetenen Mittel zu bewilligen.

Ferner beschloß die Deputation die Stiftung eines Wanderpreises in Gestalt einer Jahrsplakette für die besten turnerischen Leistungen an den Gemeindefschulen beim Magistrat zu bewilligen.

In der Sitzung referierte außerdem Schulsinspektor Dr. Dicksch über die Erfolge des Unterrichtens in den achten Klassen dieser Gemeindefschulen auf Grund der von den Schülern eingegangenen Berichte. Der Unterrichtsbericht hat sich gut bewährt.

Ein Anerbieten der Lehrervereinigung für Stenographie (System Stolze-Schrey), unentgeltliche Volksschülerkurse abzuhalten, nahm die Deputation an.

Entdeckung einer Falschmünzwerkstätte.

Dem Treiben eines Falschmünzwerkstättens ist die Weihenstephaner Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Es war sowohl in Weihenstephan als auch in den angrenzenden Nachbargemeinden und in den nördlichen Stadtteilen Berlins aufgefallen, daß in der letzten Zeit vielfach falsche 5- und Dreimarckstücke auftauchten. Die Falschmünzwerke waren sehr gut nachgemacht und unterschieden sich von den echten Geldstücken eigentlich nur durch einen etwas bläulichen Schimmer. Den Nachforschungen der Polizei ist es nun gelungen, die Falschmünzwerkstätte aufzudecken. Sie befand sich in der Wohnung des Straßenbahnfahrers S. in der Berliner Allee. Ohne daß S. selbst die geringste Ahnung davon hatte, wurde, während er im Dienst war, in seiner Wohnung die Fabrikation falschen Geldes betrieben. Ein gewisser Wilhelm Crisall hatte die Ehefrau dazu zu überreden verstanden, daß in der Wohnung eine Falschmünzwerkstätte geschaffen wurde. Auch gab sich Frau S. dazu her, beim Unterbringen der Falschstücke mitzuwirken. Das meiste Geld wurde in Berliner Kleinen Geschäften bei unerheblichen Einkäufen umgewechselt. Frau S. konnte gestern in einem solchen Falle ertappt und verhaftet werden. Auch die Verhaftung des Haupttäters erfolgte noch gestern. Frau S. erklärte bei ihrer Verhaftung, daß sie sich wegen mangelhafter pekuniärer Verhältnisse zu der Mittäterschaft habe verleiten lassen.

Vom Dache des Militär-Gouvernements abgestürzt.

In der Straße hinter dem Viehhause liegt das Militär-Gouvernement. Auf dem Dach dieses Hauses war gestern ein Soldat mit dem Ausbessern des Daches beschäftigt. Bei dieser Arbeit stürzte gestern mittag der Soldat ab und blieb schwer verletzt liegen. Er wurde sofort von Passanten in das Kasernement getragen, wo er noch schwache Lebenszeichen von sich gab. In das Garnison-Lazarett eingeliefert, starb der junge Mann bald. Nach einer anderen Mitteilung soll der Soldat vom Dache herabgesprungen sein, weil er die Rückberufung in die Front erhalten hätte.

Eine Friedhofssakre, die Kuffchen erregt, wird uns aus der Zwölfsapostel-Gemeinde bekannt. Bei einer Beerdigung auf dem in Schöneberg am Tempelhofer Weg gelegenen Friedhof dieser Gemeinde ist infolge eines Verfehls, das anscheinend der Küster passiert ist, es zu einem peinlichen Austritt zwischen Personen des Leichengefolges und dem mitwirkenden Pastor gekommen.

Eine Frau W. hatte vor einem Jahrzeit auf diesem Friedhof ihren Mann beerdigen lassen und hatte damals neben seinem Grabe sogleich auch für sich selber eine Grabstelle gekauft, weil sie bereinigt an seiner Seite ruhen wollte. Sie verarmte später, aber ihre Grabstelle hütelte sie wie einen reichen Schatz, der einmal ihre Zuflucht sein sollte. Als schließlich auch sie im Alter von 72 Jahren ihre Augen für immer schloß, galt es ihren Angehörigen als selbstverständlich, daß sie nur an der Seite ihres Mannes zur letzten Ruhe gebettet werden könne. In der Küsterei wurde ihnen — wohl im Hinblick auf die bescheidenen Verhältnisse, in denen Frau W. zuletzt gelebt hatte — der Vorschlag gemacht, auf die früher gekaufte Grabstelle zu verzichten und die Leiche an einer anderen Grabstelle bestatten zu lassen, die billiger sei. So könne, sagte man ihnen, ein Teil des damals bezahlten Kaufgeldes jetzt zurück-erstattet werden, und außerdem seien dann auch die sonstigen Gebühren, die noch entstehen würden, erheblich billiger. Der hinterbliebene Sohn lehnte den Vorschlag ab, und die Beerdigung auf der früher für Frau W. vorbehaltenen Grabstelle wurde unter Bezahlung der hierdurch entstehenden Gebühren vereinbart und bestell. Als aber die Beerdigung stattfinden sollte und das Trauergesolge samt einem Pastor die Leiche zu Grabe geleiten wollte, wurde plötzlich bekannt, daß die Gruft nun doch nicht an der vorbehaltenen Stelle bereitet worden sei. Die Nachricht rief bei denen, die von jenen über den Grabstellenaustausch geführten, erfolglos gebliebenen Verhandlungen wußten, begeisterte Erregung hervor. Dem Pastor sagten sie, daß unter diesen Umständen die Beerdigung verschoben werden müsse. Der aber erklärte, das sei unmöglich, die Leiche müsse sofort und in der für sie hergerichteten Gruft beigesetzt werden. Nach einigem Hin und Her blieb den Angehörigen nur übrig, sich dem Willen des Pastors zu fügen, und Frau W. wurde darauf an der unrichtigen Grabstelle beerdigt. Als aber noch an demselben Tage der Küster von dem Vorfall benachrichtigt wurde, daß dieser bestürzt um Entschuldigung des Verfehls und kündigte an, daß schon am nächsten Tage die Leiche wieder ausgegraben und an der richtigen, ihr zukommenden Stelle zur Ruhe gebettet werden solle. Und so geschah es. Am nächsten Vormittag schaukelten Friedhofarbeiter die zugeschüttete Gruft wieder auf, hoben den Sarg heraus und trugen ihn hinüber nach der vorbehaltenen Grabstelle, wo er dann in die bereits hergerichtete neue Gruft hinabgesetzt wurde. Sie besorgten das ohne besondere Höflichkeit in Gegenwart einiger hierzu erschienenen Personen des Trauergesolges, das am Tage vorher an der ersten Beerdigung teilgenommen hatte.

Das vorgekommene Versehen ist schwer begreiflich gerade deshalb, weil vorher ausdrücklich über den Anspruch auf die vorbehaltenene Grabstelle verhandelt worden war. Aber noch wunderlicher erscheint uns die an sich ja sehr erfreuliche Fügigkeit, mit der hier die Wiedererausgrabung einer Leiche angeordnet und ausgeführt worden ist. Wir haben bisher zu wissen geglaubt, daß es sehr umständlicher Verhandlungen bedürfe, die Erlaubnis zu einer Wiedererausgrabung durchzusetzen. In dem vorliegenden Fall hat aber die Sache, wie man sieht, sich sehr viel rascher und einfacher gemacht. Die Kosten der Wiedererausgrabung sind diesmal nicht den Angehörigen aufgebürdet worden.

Die Latenliste der Berliner Partei fällt sich immer mehr. Am Mittwoch ist Genosse Wilhelm West plötzlich durch den Tod den Angehörigen und der Partei entzogen worden. Bis zu seiner Krankheit diente er der Partei als Funktionär. In Genossenschaft war er durch seine Hilfsbereitschaft wohl gelitten. Alle, die ihn kannten, werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichs-felde aus statt.

Im 6. Kreise schloß der betagte Genosse Johann Schumacher die Augen für immer. Schumacher gehörte ein Rechenkünstler der Partei an und wirkte stetig in stiller, eifriger Weise für unsere Sache, für die er große Opfer brachte. Der alte Parteiveteran wird heute nachmittag in der Seestraße zur letzten Ruhe geleitet.

Eine polnische Volksversammlung findet am Sonntag, 27. April, nachmittags 2 Uhr, in der Konforbin-Festhalle, Andreadstr. 64, statt, in welcher Redakteur Genosse Leopold Bloch-Ratowicz (Ober-Schlesien) über das Thema: „Der preussische Landtag und das polnische Volk“ sprechen wird.

In dieser polnischen Rundgebung fordern wir die Genossen auf, ihre polnischen Kollegen und Bekannten zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen.

Verloren gegangen ist am Sonnabend, den 19. d. Mts., nachmittags 1/2 Uhr, einem Arbeiter in der Frankfurter Chaussee ein Schrifttag, der für den Berliner von Wert ist. Der Finder wird gebeten, den Schrifttag bei R. Streifer, Lichterfeld, Wählschiffstr. 56, abzugeben.

Gefunden. In der Versammlung am Sonntag, den 20. April, in der Viktoriabrauerei wurde ein Stod gefunden. Abzuholen bei Gustav Schmidt, Kirchbäckstr. 14.

Aus der Spree gefischt wurde vorgestern mittag am der Schleuseninsel im Tiergarten die Leiche eines ungefähr 18 bis 22 Jahre alten Mädchens, das keinerlei Papiere oder Aufzeichnungen bei sich hatte, aus denen man seine Persönlichkeit feststellen könnte. Die unbekannte Leiche ist 1,57 Meter groß, hat blondes Haar, ein rundes Gesicht, eine hohe Stirn, bogenförmige Augenbrauen, vollstündige Zähne und trug einen graugrünen Mantel, eine weiße Bluse, einen blauen Rock mit großen schwarzen Knöpfen, einen weißen Unterrock mit Stickerien, schwarze, durchbrochene Strümpfe und schwarze Halbhaube. Die Leiche ist E. M. gezeichnet. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Vorort-Nachrichten.

Die Abteilungslisten für die Wahlmännerwahlen

liegen in den einzelnen Stadt- und Landgemeinden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Innerhalb der Auslegungsfrist kann gegen die Richtigkeit derselben mündlich oder schriftlich Einspruch erhoben werden.

Die Listen liegen aus für

Charlottenburg am 25. und 26. April d. J. von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends und zwar: a) für die Urwahlbezirke 1 bis 147 im Statistischen Amt, Pflanzstr. 8a, III. 1. Eingang, Zimmer 40; b) für die Urwahlbezirke 148 bis 212 im Feuerwehrdienstgebäude, Kankestr. 10.

Wilmerdorf. Nur noch heute Freitag, den 25. April, während der Tagesstunden von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags im Wahlbureau, Galtiner Str. 11, 2 Treppen.

Neukölln. Am Sonntag, den 27. April, von 1—5 Uhr nachmittags, am Montag, den 28. April, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, und am Dienstag, den 29. April, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends und zwar 1. in der Turnhalle der Gemeindefschule, Belferstraße 12—13, für die Urwahlbezirke 1—24 und 70—77; 2. in der Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 209—210, für die Urwahlbezirke 25—36, 82—89, 80, 81, 93—95 und 110—113; 3. in der Turnhalle der Realschule, Wobbinstraße 34—41, für die Urwahlbezirke 78, 79, 82—92, 96—109 und 117—126; 4. in der Turnhalle der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Enfer Str. 133/37, für die Urwahlbezirke 114—118 und 127—155; 5. in der Turnhalle der 19. und 20. Gemeindefschule, Stuttgarter Str. 85/88, für die Urwahlbezirke 87—91.

Schöneberg. Sonnabend, den 26. April, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, Sonntag, den 27. April, vormittags von 10—1 Uhr, Montag, den 28. April, nachmittags von 5—8 Uhr im Zimmer 38 des neuen Rathauses in der Freiheit vom Stein-Str. 1, Stadtparkseite.

Lichterfelde. Am Sonntag, den 27. April, von 10 bis 1 Uhr und Montag und Dienstag von 8 bis 8 Uhr im Rathaus, Wäandorfstraße 5 und im Stadthaus, Märkischbühlstraße.

Lichterfelde. Nur noch am 25. und 26. April während der Amtsstunden auf dem hiesigen Rathaus.

Außerdem sind die Listen für den Osten bei Genossen Schiller, Ferdinandstraße 15, für den Westen bei Genossen Fr. Wähndorf, Hällestraße 7, einzusehen.

Friedenau. Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. im Gemeindebureau, Feuerstr. 8, Zimmer 2, von 8 bis 6 Uhr.

Mariensfelde. Am 25. und 26. April im hiesigen Amtsbureau, Kaiserallee 20, Zimmer 1, von 8—8 Uhr.

Pankow. Am 25. und 26. April im Rathaus, Zimmer 24, von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags.

Stralau. Am 28., 29. und 30. April, vormittags von 8 bis abends 8 Uhr im Rathaus Zimmer 5.

Treptow-Steinpark. Bis einschließlich Sonnabend von 9—8 Uhr im Rathaus Zimmer 1 (Weidobureau).

Zehlendorf. Im Gemeindebureau, Rathaus, Zimmer 2, am 25. und 26. April, von 8—1 Uhr.

Oberschneeweide. Am 28., 29. und 30. April, in der Zeit von 8—1 Uhr, im Zimmer 10 des Amtshauses.

Tempelhof. Vom 24. bis 26. April, im Zimmer 8 des Gemeindefhauses, Dorfstr. 42, in der Zeit von 8—3 Uhr.

Trieb-Buckow. Im hiesigen Wahlbureau, Chausseestraße 50 (Einwohnermeldeamt) am 25., 26. April, während der Dienststunden von 8—1 Uhr vormittags und von 2—4 Uhr nachmittags, am Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Die Listen können außerdem von heute abends 7 Uhr ab, beim Genossen Otto Jitz, Berder Str. 28, eingesehen werden.

Sichwalde. Am 25. und 26. April während der Dienststunden im Gemeindebureau, Zimmer 3.

Grünau. Nur noch am 25. und 26. April im Gemeindegeldgebäude, Zimmer 2, von 8—3 Uhr.

Pantow. Am 28., 29. und 30. April in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Rathaus, Sitzungssaal, 1. Stod.

Bernew. Am 28., 29. und 30. April im Rathaus.

Reinickendorf. Von Montag, den 28. bis Mittwoch, den 30. April im Rathaus, Hauptstr. 38, täglich von 9 bis 3 Uhr.

Schmargendorf. Am 25. und 26. April von 8 1/2 Uhr morgens bis 7 Uhr abends im hiesigen Rathaus, Zimmer 8.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit kleineren Vorlagen, darunter der Vorlage des Magistrats betr. Aufhebung des Wochenmarktes auf dem Wittenbergplatz. Die vom Magistrat beantragte Aufhebung des Wochenmarktes hat große Unruhe hervorgerufen, nicht nur in den Reihen der zahllosen kleinen Händler, deren Existenz dadurch gefährdet würde, sondern auch bei dem laufenden Publikum, und die dagegen einsetzende Agitation ist nicht ohne Erfolg geblieben. Denn der mit der Vorberatung betraute Ausschuss beantragte, unter Ablehnung der Vorlage, an den Magistrat des Ersuchen zu richten, den Wochenmarkt auf dem Wittenbergplatz so lange bestehen zu lassen, bis in der Nähe ein anderer geeigneter Platz zur Abhaltung des Marktes gefunden ist. D diesem Antrag schloß sich die Mehrheit der Versammlung gegen den Widerspruch des Magistrats, der die Befreiung des Marktes aus verkehrstechnischen Gründen forbert, an. Mit der Mehrheit stimmten auch die Sozialdemokraten, deren Redner, Genosse Schöel, nachdrücklich hervorhob, daß das Wohl großer Bevölkerungsschichten wichtiger sei, als das Interesse weniger Hausbesitzer, die die Läden in der Tauentzienstraße besetzt vermieten wollen.

Von weittragender Bedeutung ist die von der Versammlung beschlossene Regelung der Versicherung der städtischen Angestellten. Hiernach soll den seit 10 Jahren und länger bei der Stadt beschäftigten Privatdienstverpflichteten behufs Befreiung von der Versicherungspflicht die vertragliche Zustimmung einer Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente aus städtischen Mitteln gewährt und gewisse Garantien gegen eine Kündigung geschaffen werden. Für die übrigen, den Versicherungs-

gesetz für Angestellte unterliegenden städtischen Privatdienstverpflichteten werden, solange nicht durch Revision des Normalbefoldungsplanes eine anderweitige Regelung eintritt, die Beiträge zur Angestelltenversicherung in voller Höhe auf die Stadtgemeinde übernommen. Nach Zurücklegung einer zehnjährigen Beschäftigungszeit bei der Stadtgemeinde und nach Zurücklegung von 120 Beitragsmonaten sollen auch diese Angestellten die gleichen Vergünstigungen wie die anderen erfahren. Diese Beschlüsse gelten auch für die städtischen Schwestern, sie finden auf die inzwischen aus dem städtischen Dienst ausgeschiedenen Privatdienstverpflichteten keine Anwendung. Weiter wird der Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, welche Privatdienstverpflichteten, insbesondere technische Angestellte, bei der nächsten Revision des Normalbefoldungsplanes in ein Beamtenverhältnis übergeführt werden können.

Zu lebhaften Debatten, auf die wir wegen ihrer sozialpolitischen Bedeutung noch zurückkommen werden, gab die Beratung des sozialdemokratischen Antrages Veranlassung, durch den der Magistrat ersucht wird, erneut mit den in Betracht kommenden Arbeiterverbänden über den Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages (Tarifvertrag) für die städtischen Arbeiter und Angestellten in Verhandlung zu treten. Für heute sei nur kurz erwähnt, daß nachdem Genosse Webert den Antrag eingehend begründet hatte, der Bürgermeister Dr. Meier erklärte, daß der Magistrat zu dieser Frage bisher noch keine Stellung genommen habe. Namens der Liberalen machte Stadtdr. Meier allerdings Bedenken gegen den Antrag geltend, empfahl aber schließlich doch seine Ueberweisung an einen Ausschuss. Mit Rücksicht darauf, daß auch die Unpolitischen sich für Ausschussberatung ausgesprochen, konnte sich Genosse Jietzsch in seinem Schlusswort mit der Zurückweisung einiger Argumente der Gegner und einer Vorlegung des Unterschiedes zwischen Privatbetrieben und städtischen Betrieben begnügen. Dem Ausschuss, an den der Antrag überwiesen wurde, gehören auch drei unserer Genossen an.

Angenommen wurde ferner nach Empfehlung durch Genossen Klid die Vorlage betr. Unterführung der Wandscheidestraße unter dem Bahnhof Charlottenburg. Die Vorlage betr. den Bau der Neuen Kanistraßenbrücke ging an einen besonderen Ausschuss, ebenso die Vorlage betr. Erbauung eines Krankenpavillons in Westend, nachdem Genosse Vogel in der Debatte sich energisch gegen Krankenzimmer für Patienten der zweiten Klasse grundsätzlich ausgesprochen hatte. In später Stunde genehmigte die Versammlung schließlich noch die Magistratsvorlage betr. Herrichtung von Schulräumen in der Spreestraße. Genosse Borchardt nahm hierbei Veranlassung, auf die Notwendigkeit eines schnelleren Tempos in den Schulbauten hinzuweisen.

Noch ein sozialdemokratischer Kreisabgeordneter.

Bei der am Donnerstag im Kreisgebäude stattgehabten Wahl von zwei Kreisabgeordneten unter Leitung des Landrats Dr. Pusch wurden von 46 abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgange Genosse Gustav Milbradt-Rosenthal mit 25 Stimmen und im zweiten Wahlgange der Gemeindevorsteher Dr. Kruse-Rosenthal ebenfalls mit 25 Stimmen gewählt. Die Wahlmänner von Alt-Landsberg-Liebenwalde hatten im ersten Wahlgange vollzählig für Dr. Kruse, im zweiten Wahlgange jedoch für ihren Kandidaten Bürgermeister Dr. Albert-Liebenwalde gestimmt; er blieb jedoch mit 21 Stimmen in der Minderheit. — Dem Wahlbureau gehörte Genosse Hecht und Malermeister George-Rosenthal an.

Neukölln.

Eine Vermittlungspartie im Plänterwald veranstaltet der hiesige Wahlverein am Sonntag, den 27. April, Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr am Rathaus. Am Samstag, den 4. Mai, findet eine Familienpartie nach den Müggelbergen statt. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Rathaus. In den Sommerferien soll eine Zweitagespartie nach der Märkischen Schweiz veranstaltet werden. Das Nähere wird noch bekanntgegeben.

In Anbetracht der Tatsache, daß der Mangel an geeigneten Spiel- und Erholungspätzen namentlich in Neukölln von den Kindern in der gegenwärtigen Jahreszeit besonders empfunden wird, wird die Arbeiterkassette ersucht, sich recht zahlreich an der Veranstaltung zu beteiligen.

Wilmerdorf.

Die Delegiertenwahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse finden heute abend von 5 bis 7 1/2 Uhr im Kassenlokale, Kaiser-Kllee 178a, statt.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß eine rege Beteiligung bringen notwendig ist. Die Gewerchafis-Unterkommission.

Orie.

Zu den heute Freitagnachmittag stattfindenden Gemeindevorwahlen

nahm eine Gemeindevorwahlenversammlung Stellung, in der zunächst Gen. Wenzel ein instruktives Referat über Gemeindepolitik hielt. Nachdem erstattete Gen. Prenzlow Bericht aus der Gemeindevorwahlenversammlung. U. a. rügte der Redner die Arbeitervollität der bürgerlichen Gemeindevorwahlen ins rechte Licht. Zum Schluß ersuchte Prenzlow die Gemeindevorwahlen, bei der heutigen Wahl auf dem Posten zu sein und daran zu denken, daß jeder sozialdemokratische Vertreter in der Gemeindevorwahlenversammlung für die Arbeiterklasse eine Stärkung bedeute, indem durch ihn die Interessen der Allgemeinheit noch besser gewahrt werden könnten, wie es bis jetzt möglich gewesen.

Hierauf wurden einstimmig die beiden Kandidaten aufgestellt, und zwar für den 1. Bezirk (nördlich des Kanals) Gewerchafis-angestellter Franz Guttschmid; für den 2. Bezirk (nördlich des Kanals) Schlosser Georg Schröder.

Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden nochmals, heute ihre Pflicht zu tun und möglichst frühzeitig zur Wahl zu erscheinen.

Lichterfelde.

Aus der Gemeindevorwahlen. Genehmigt wurde nach wiederholter Korrektur durch den Landrat eine Polizeiverordnung über den Zutritt jugendlicher Personen zu öffentlichen Kanalarbeiten. Gemeindevorwahlen Schirmer lehnte dieselbe mit Recht ab. Von besonderer Bedeutung war die Vereinbarung mit dem Kreis wegen Durchführung des 10 Minuten-Verkehrs auf der Straßenbahn Linie Händelplatz—Süd an neun Stunden des Tages. Der bisherige Einzelbetrieb im Mittelteil der Linie unter Ausschaltung des als Verkehrs-zentrum geltenden Händelplatzes hat sich als durchaus berechtigt herausgestellt. Für die infolge des erweiterten Betriebes erforderlichen höheren Aufwendungen verlangt der Kreis eine einmalige Abfindungssumme von 25 000 M. Aus der Mitte der Gemeindevorwahlen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein durchgehender 15 Minuten-Verkehr — also nicht nur für neun Stunden — anzustreben sei. Gemeindevorwahlen Frau, vom Jungfernstien, betreibt Bezirks-politik, indem er den Osten gegen den Westen auszuspielen und die Ausgabe von 25 000 M. für die Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse als nicht notwendig hinzustellen versuchte. Dagegen erscheint seine Auffassung, daß auch für die Linie Wohnhof Steglitz—Lichterfelde-Ost die Verhältnisse ebenfalls zur Einführung des 15 Minuten-Verkehrs drängen, durchaus zutreffend. Der laufende Dritte bei Verbesserung des Verkehrs der Partriedhoflinie ist die Terringeseellschaft Lichterfelde, deren Terrains dadurch an Wert natürlich bedeutend gewonnen, was sie ja selbst zugibt. Der Gemeindevorwahlen hatte sich aus diesem Grunde an die Gesellschaft gewendet wegen Leistung eines Zuschusses

zu der an den Kreis zu zahlenden Summe; sie hat aber Kritik abgelehnt. Gegen drei Stimmen wurde die Vorlage des Gemeindevorstandes angenommen. Ebenso soll auf der Linie Lichterfelde-Stahnsdorf, auf der jetzt nur alle 40 Minuten die Wagen verkehren, der 20 Minutenverkehr durchgeführt werden. Der bisherige Zustand bedeutete auf dieser Linie eigentlich schon mehr ein Verkehrshindernis, das besonders auch für das benachbarte Teltow auf die Dauer unerträglich wurde. Die einmaligen Kosten des erweiterten Betriebes stellen sich auf 12.000 M., von denen Teltow 8000 M. übernimmt. Eine längere Debatte entstand bei der Frage der Pflasterung der Sternstraße. Gemeindevorsteher Siebenbürger trat mit derselben Wärme für Befestigung der dortigen prächtigen Allee-Bäume ein, mit der andere Leute die Erhaltung derselben zu verteidigen pflegen. Aus seinen Ausführungen lang ganz unverständlich der persönliche Wunsch nach Abholung der „unangenehmen“ Alleen durch, weil sie ihn angeblich vor seinem Besitztum genieren. Auch vor der öffentlichen Meinung will er nicht zurückweichen und er sagte das in einem Tone, der lebhaft an die Insassen des preussischen Herrenhauses erinnert, obwohl er vorläufig nur konservativer Reichstagsabgeordneter ist. Die „öffentliche Meinung“ würde die Abholung der schönen Baumallee der Sternstraße als einen Frevel an der Natur bezeichnen; es ist schon genug „geholt“ worden in Lichterfelde und so weit wir informiert sind, sollen auch die Bäume in der verlängerten Wilhelmstraße mit der Art Bekanntheit machen. Auch hiergegen muß härtester Protest erhoben werden. Es ist erfreulich, daß Herr Siebenbürger mit seiner Anregung kein Glück hatte. Der Vertrag wegen Verpachtung des Rathstellers wird mit der Löwenbrauerei erneuert, jedoch mit der Abänderung, daß halbjährige Kündigung erfolgen kann, um den so notwendigen Rathausneubau nicht weiter hinauszuziehen zu müssen.

Treptow-Baumschulweg.

Ueber „die Landtagswahl im Jubiläumjahr“ sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Ebert in einer gutbesuchten Landtagswählerversammlung in Ludwigs Parkrestaurant. Redner betonte, daß der preussische Landtag eigentlich nur ein Interessenparlament für den Geldjad und den Junker sei, in welches der letztere eigentlich nur seine konservativen Parteisekretäre, die Landräte, hineinsetze. Durch recht drastische Beispiele zeigte der Referent den Versammelten, daß wer über viel Geld verfügt, in Preußen einhundert, wenn nicht gar tausendfaches Wahlrecht haben kann. Dagegen haben die Millionen Arbeitslöhne nur das Recht den Mund zu halten und Steuern zu zahlen. Nachdem Ebert noch die von den Besitzenden geübte Steuerhinterziehung einer scharfen Kritik unterzogen, forderte er die Versammelten auf, an der Befestigung dieser Zustände mit tätig zu sein. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall belohnt. Hieraus abgeleitete die Versammlung die zur Aufstellung vorgelegenen Wahlmänner. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Die Wählerversammlung am Dienstagabend in Baumschulweg erfreute sich eines guten Besuches. Genosse Dr. Dreifeld zog in seinem fast zweistündigen Referat treffende Vergleiche zwischen den preussischen Junktoren von 1806/18 und denen von heute. Er ließ seine Worte anklingen in die Aufforderung, die kommende Landtagswahl zur Klärung der Massen auszunutzen. Die sodann folgende Aufstellung der Wahlmänner für die acht Wahlbezirke des Ortsteiles ergab keinen Widerspruch gegen die Vorschläge des Wahlvereinsvorstandes.

Grünau.

An Stelle des verstorbenen Schiffs Stadelhof wurde der Rentier Duednow zum Gemeindevorsteher und als Mitglied in den Ausschuss des Wasserwerkvereins und des Kanalisationsverbandes Herr Berke gewählt.

Weißensee.

Das von der Gemeinde erbaute Ledigenheim soll am 1. Oktober bestimmt eröffnet werden. Es enthält im ganzen 44 Zimmer, davon drei mit je zwei Betten. Die erste Etage ist für Frauen bestimmt, die zweite und dritte für die Männer. Die Preise für die Einzelzimmer betragen einschließlich Frühstück (Kaffee oder Kakao und zwei Brötchen), Heizung, Beleuchtung, Reinigung und Wäsche (Wettwäsche und Handtücher) pro Monat: in der dritten Etage nach vorn 14 M., nach hinten 13 M., mit zwei Betten je 12 M.; in der zweiten und ersten Etage nach vorn 15 M., nach hinten 14 M. und mit zwei Betten je 14 M.

Im Parterregehoß befinden sich die Aufenthaltsräume für Frauen und Männer getrennt. Auch ist die Unterbringung der öffentlichen Speiseanstalt in dem Gebäude vorgesehen. Im Kellergehoß ist unter anderem für ausreichende Badegelegenheit gesorgt.

Petershagen bei Fredersdorf.

Die Gemeindevertretung befaßte sich zunächst mit der Prüfung der Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1912/13. Die Einnahmen betragen 20.600,00 M., die Ausgaben 18.958,89 M. Der im Vorjahre abgeänderte Bebauungsplan soll jetzt eine nochmalige Abänderung erfahren, und zwar dahin, daß im wesentlichen der vor der letzten Abänderung bestehende Zustand wiederhergestellt wird. Die Sache wurde vorläufig zurückgestellt. Die Zeichnung des von der Gemeindevertretung beschlossenen Baues einer Reichenhalle ist vom Kreisbauamt nicht genehmigt worden. Der Bauunternehmer und Gemeindevorsteher B. Lindholz hatte, ohne daß er einen Auftrag hierzu hatte, beim Kreisbauamt eine dem Geschmack des Kreisbauamts entsprechende neue Bauzeichnung für 100 M. bestellt. Die Zeichnung verursachte bei allen Gemeindevorstellern Kopfschütteln. Natürlich wurde dieselbe nicht akzeptiert, die Vertretung beschloß vielmehr, darauf zu dringen, daß die alte Zeichnung genehmigt wird.

Bernau.

Ueber das Thema: „Wahlkampf—Wahlrechtskampf“ sprach am Dienstag Genosse Stadthagen in einer gut besuchten Wählerversammlung. Redner versuchte das bestehende Wahlrecht, das wohl dem Volk, aber nicht der großen Masse der preussischen Bevölkerung Rechnung trägt, und forderte die Anwesenden auf, den sozialdemokratischen Kandidaten Hojer, Braun und Haenisch zum Siege zu verhelfen. Lebhafter Beifall folgte den Worten des Referenten. Der Vorsitzende erwähnte die Versammelten, am Tage der Wahl für die sozialdemokratischen Wahlmänner zu stimmen und sich der politischen Organisation anzuschließen. Gleichzeitig machte er bekannt, daß die geplante Wählerversammlung früh 8 Uhr verboten worden, dagegen der Freitag mittags 1 Uhr genehmigt sei. Mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Friedrichstraße 87.

Ober-Schöneweide. Heute nachmittags 5 Uhr in der Schulaula, Reichstraße 13.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soden das 30. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Freitag 1913. Von Heinrich Schulz. — Militarismus und Volkswirtschaft. Von Gustav Schlein. — Die Internationalität der Arbeiterbewegung in den dreißiger Jahren. Von A. Bumpland. — Ein veredelndes Bergpleier. Von Hil. Osteroth (Waldenburg, Schlesen). — Weiteres zur Frage der Umstellung von Landarbeitern. Von Dr. Wilhelm Grunmach.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Krieg — mobil 19...! Bon... 2 M., geb. 8 M. Baum, Berlin W. 30.

Die preussische Verfassung, ihre Geschichte und ihr Wesen. Von A. Reyer. 80 Pf. Verlagshandlung (Dörnte u. Mey), Hannover.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter (S. 29). Hamburg. (Filiale Baumschulweg): Am Sonntag, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale von Bohn, Baumschulweg 67.

Marktpreise von Berlin am 23. April 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,58 bis 20,70, mittel 20,34—20,46, geringe 20,10—20,22 Roggen, gute Sorte 16,28—16,30, mittel 16,24—16,26, geringe 16,20—16,22 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,60—19,80, mittel 15,70—17,50 (frei Bogen und ab Bahn). Mais (mitgel), gute Sorte 15,10—15,20. Weizen (runder), gute Sorte 15,60—15,70. Weizen (abgerollt) 4,30—4,35. Heu 5,90—6,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bratenfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,30—3,00. 60 Stück Eier 2,80—4,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,30—2,40. Hase 1,60—3,30. Ferkel 1,40—3,60. Schaf 1,40—2,60. Barfische 1,00—2,40. Schleie 1,50—3,30. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Kirsche 1,60—45,00.

Witterungsübersicht vom 24. April 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Swinemünde	757	SW	3	10	Laboranda	765	D	3	8
Hamburg	758	SW	3	9	Petersburg	767	SD	1	9
Berlin	758	SW	3	9	Wien	754	S	4	8
Kranz, a. M.	759	SD	1	8	Berlin	755	S	1	8
Brünnchen	759	D	3	9	Paris	756	SD	1	10
Wien	760	D	1	10					

Wetterprognose für Freitag, den 25. April 1913.

Zunächst mäßig heiter, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung mit etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 23. 4.		am 22. 4.		Wasserstand	am 23. 4.		am 22. 4.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Remel, Mühl	476	+4	476	+4	Saatz, Großitz	140	-6	140	-6
Bregel, Jüterburg	195	+48	195	+48	Habel, Spandau	66	+3	66	+3
Reichel, Thora	182	+9	182	+9	Kalbenow	68	0	68	0
Ober, Ratibor	246	-40	246	-40	Spree, Spremberg	94	+18	94	+18
Proffen	121	+11	121	+11	Reesow	80	0	80	0
Frankfurt	113	+2	113	+2	Beser, Rinden	204	-20	204	-20
Wartde, Schrumm	102	+16	102	+16	Rinden	292	+3	292	+3
Landsberg	44	+2	44	+2	Rhein, Maximiliansau	486	-4	486	-4
Rege, Borsdamm	80	0	80	0	Raub	262	+17	262	+17
Eibe, Lettenitz	42	+3	42	+3	Rin	323	+10	323	+10
Dresden	-87	-19	-87	-19	Redar, Heilbrom	105	-10	105	-10
Barby	161	+3	161	+3	Rain, Qunau	164	-5	164	-5
Magdeburg	128	-5	128	-5	Rosel, Arier	178	-56	178	-56

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Mit der preussischen Weichsel ist Beschleunigung des Eisganges zu erwarten, aber nicht bis zu gefährlicher Höhe.

Millionen Deutsche tragen

CONDOR-Schuhe

Fabrik:

CONRAD TACK & Co.

Akt.-Ges., Burg b. Magdeburg.

129 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin und Umgegend:

C. Spittelmarkt 15 (im Teilhaus)	O. Frankfurter Allee 125	SO. Oranienstraße 32
C. Rosenhale 3tr. 14	N. Friedrichstraße 127	SO. Wrangelstraße 49
W. Potsdamer Str. 30	N. Mühlentor 3	SW. Friedrichstr. 245-241
W. Schillstraße 18	N. Drummstraße nur 37	Neukölln: Bergstr. 30-31
NW. Turmstraße 41	N. Dantsiger Straße 1	Charlottenburg, nur Wilmerdorfer Str. 123-123
NW. Wilmaner Str. 22	N. Reinickendorfer 51-51	Potsdam: Brandenburger Straße 54
NW. Deußelstraße 29	SO. Oranienstraße 2a	

Saison-Katalog B. T. portofrei umsonst.



ADELE

echt Chevreau Derby, Lockk. 8.75
braun Chevreau mit u. ohne Lockkappen in verschied. Modelformen 7.50 8.50 10.50



GÜNTHER

braun echt Chevreau 8.50



BROCTON

Fein Chevreau oder Boxkalf, Derbyschnitt 10.50



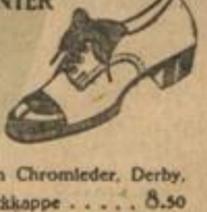
PRISKA

in Chromleder Derby, Lockk. 7.00
dieselben in eleganter breiter Form, extra preiswert: 7.50
ohne Derbyschnitt 6.75



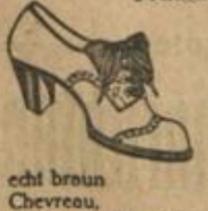
DORA

Schwarz Chromleder Derby, Lockkappe 5.90



GÜNTER

fein Chromleder, Derby, Lockkappe 8.50
echt Chevreau, Derby, Lockk. „Brocton“ 10.50



PRISKA

echt braun Chevreau, Derby, Flügelkappe 7.50



NORA

Lock schwarz-weiß gestreift, Stoffsohle 8.90



MIGNON

fein Chromleder 7.90
braun Chevreau 8.75
Lock 8.90



Letzte Neuheit!

5 Spangenschuh
Fein Chromleder 8.50
Braun Chevreau 10.50



MARKE CONDOR

W. BÜXENSTEIN

Rechnungsabschluss der Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend zu Adlershof für das Rechnungsjahr 1912.
I. Kassenrechnung.

a) Einnahmen. M.	b) Ausgaben. M.
1. Kassenbestand für den Anfang d. Rechnungsjahres (auschl. Reservefonds) 30243,94	1. Für ärztliche Behandlung 47536,85
2. Zinsen von Kapitalien und sonstigen belegten Geldern sowie Erträge von sonst. Vermögenswerten 6872,95	2. Für Arznei und sonstige Heilmittel 51296,71
3. Eintrittsgelder 6012,60	3. Krankengelder: a) an Mitglieder 139615,82
4. Gesamtbeiträge 373602,19	b) an Angehörige der Mitglieder nach § 7 Absatz 2 des Gesetzes 6632,65
5. Erschließungen für gewöhnliche Krankenunterstützung 5367,71	4. Unterstützung an Schülerinnen 8192,60
6. Erschließungen von Berufsgenossensch. Unternehmen, Versicherungsanstalten für gewöhnliche Krankenfürsorge, Unfallrenten, Zuschüsse zum Krankengeld 4006,24	5. Sterbegelder 6214,80
7. Aus verkauften Wertpapieren u. zurückge. Kapitalien, Sparkassen od. Bankeinlagen, Entnahmen aus dem Reservefonds 707,18	6. Kur- u. Verpflegungskosten an Krankenanstalten 51025,90
8. Durchlaufende Posten 2065,61	7. Erschließungen für gewöhnliche Krankenunterstützung 5533,38
9. Sonstige Einnahmen 2065,61	8. Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder 634,99
10. Summe d. Einnahmen (Spalten 1-9) 428878,23	9. Für Kapitalanlagen, Einlagen bei Sparkassen oder Banken, Zuführungen zum Reservefonds 55494,85
	10. Durchlaufende Posten 708,35
	11. Verwaltungsausgaben: a) persönliche 20614,39
	b) sächliche 9146,67
	12. Sonstige Ausgaben 2585,17
	13. Summe der Ausgaben (Spalten 1-12) 408172,53

c) Abschluß.
Summe der Einnahmen (Spalten a 10) 428878,23
Summe der Ausgaben (Spalten b 13) 408172,53
Er gibt für den Schluß d. Rechnungsjahres einen Kassenbestand von 20705,80

II. Vermögensausweis f. d. Schluß d. Rechnungsjahres 1912
Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:
a) der Bestand für den Schluß des Rechnungsjahres 1912 20705,80
b) Sparkassenbücher 260782,06
Summe 281487,86
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Ueberschuß 235531,15
Er gibt gegen das Vorjahr an Ueberschuß mehr 45956,71
Zum Reservefonds gehören nach den festgesetzten Ueberschüssen 260782,06
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Reservefonds 206287,21
Er gibt gegen das Vorjahr an Reservefonds mehr 55494,85
Als Reservefonds verbleiben der Kasse 20705,80
Adlershof, den 24. April 1913.
Max Knappe, Vorsitzender.

Dichte Dächer — Farbige Dächer — Neue Dächer
dauerhaft — billig — bei Verwendung unserer **Dachpax-Fabrikate!**
Dachpax schwarz zur Reparatur und Anstrich — nicht tropfend!
Pixapax weiß, rot, grün usw. Pixapax unübertroffen! Farbige
Carbolineum zur Holzimprägnierung! Farbe für alle Zwecke.
Preise, Muster kostenlos.
Dachpax-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 38.



LÖWENBIERE
SIND AUF DER HÖHE
Jahresumsatz:
1902/3 ca. 43 660 hl.
1911/12 ca. 300 000 hl.
Export nach allen Weltteilen.
Löwen-Versand
in Kannen, Siphons, Flaschen überall käuflich oder Fernspr. Nord. 10 370 — 10 372.
Löwen-Brauerei A.-G., Berlin N.

Wasche mit **Henkel's Bleich-Soda.**



Vera Gold
Qualitäts **3 S** Cigarette
Josef

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann** der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma **Kohnen & Jöring, Berlin 40.** **Arbeitskleidung — Berufskleidung.**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landwehrer Allee 158 — Neukölln: Bergstr. 66.
Werde billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Mäherart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Nicht zu verwechseln mit einem Kredit-Hausel

Das **Möbel-Magazin**
Otto Piehl
Berlin N, Brunnenstr. 120
gewährt Jedem **Teilzahlung ohne Preisaufschlag.**

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
schon von **230** Mark an.
ca. 60 Musterzimmer ausgestellt
ca. 600 m Ausstellungsraum!!

Kompl. Küchen
von 48—180 Mark

Wohnzimmer 235-625 M.
Schlafzimmer 295-800 M.
Speisezimmer 315-900 M.

Garnituren in 6 verschiedenen Ausführungen
110—315 M.

Da keine Lagerware, leiste ich für jedes Stück weitgehende Garantief.

GLOGAU

Auf Abzahlung

Moderne **Jackett-Anzüge**
in allen Farben
Blusen, Kostüme
Kostümröcke
Anzahlung **5**

Die neuesten Frühjahrs-Herren- u. Damen-**Paletots**
saubere Konfektion
Schicke Kleider
Anzahlung **8**



Auf Abzahlung
Möbel Möbel

1 Zimmer	Mark 138	Anzahlung	12
1 Zimmer	Mark 187	Mark	16
2 Zimmer	Mark 389	Anzahlung	35
2 Zimmer	Mark 537	Mark	45
3 Zimmer	Mark 772	Anzahlung	60
3 Zimmer	Mark 772	Mark	60

Einzelne Möbel
Anzahlung von Mark 3 an

Komplette Wohnungseinrichtungen
von Mark 400 bis Mark 5000

ALTE JACOBSTR. 73
Alte Jakobstr. 73
I., II., III., IV. Etage.
Ecke Dresdener Straße.

Stadtverordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 24. April 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage wegen Deckung der Mehrkosten für die Mittagsprüfung bedürftiger Gemeindefunkler sind von der sozialdemokratischen Fraktion Dr. Bernstein, Ranasse, Dr. Rosenfeld, Schneider, Volkstorf deputiert.

Den Beitritt der Stadt Berlin zum Schutzverbande für die Grunewaldseen mit einem Jahresbeitrag von 30 M. und einer einmaligen Zuwendung von 5000 M. hat der niedergelegte Sonderauschuss einstimmig gutgeheißen.

Ohne Diskussion beschließt die Versammlung in gleichem Sinne. Auch der Vorentwurf für den Neubau einer landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt in Struveshof (Vorschlag 1 1/2 Million Mark) zur Durchführung von Reformen auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung ist in der Ausschussberatung einstimmig zur Annahme empfohlen worden. Der Ausschuss beantragt, die erste Rate von 100 000 M. zu bewilligen, außerdem aber den Magistrat im Interesse einer schnelleren Förderung der recht dringlichen Aufgabe der Reform der Fürsorgeerziehung um möglichst baldige Vorlegung des speziellen Projekts zu ersuchen.

Referent ist der Stadtv. Möbier (A. L.): Von den etwa 200 Zöglingen sollen 120 landwirtschaftlich ausgebildet werden; außerdem sollen für 60 Schwaabegabte und für etwa 20-30 schwer zu behandelnde, renitente Zöglinge entsprechende besondere Veranstaltungen für die Erziehung getroffen werden.

Stadtv. Staps (A. L.) bittet, der Versammlung öfter Gelegenheit zu geben, die städtischen Bauten in der Umgebung Berlins behufs besserer Information kennen zu lernen.

Oberbürgermeister Vermuth sagt Verächtlichung dieses Bundes zu.

Die Auszubehträge werden angenommen. Nach erneuter Beratung ist der Ausschuss für die Vorlage wegen Verlängerung der Hedemannstraße von der Wilhelmstr. Friedrichstraße zu dem Vorschlag gelangt, dem Unternehmer Parthenow 537 000 M. aus städtischen Mitteln auf erste Hypothek zu gewähren. Außerdem sollen 255 000 M. gegen Auflassung des Straßengrundes von Friedrichstraße 229 und Wilhelmstraße 19 und grundbuchliche Sicherstellung des übrigen Straßengrundes an den Unternehmer gezahlt werden.

Nachdem der Referent Stadtv. Jolitz (A. L.) dargelegt hat, daß bei einer derartigen Regelung die Stadt keinerlei Gefahr laufen werde, nimmt die Versammlung ohne Debatte die Ausschussvorschlüsse an.

Die elektrische Beleuchtung des Viktoriaplatzes soll von jetzt an nicht nur von Mai-September, sondern während des ganzen Jahres, und nicht nur bis 11 1/2 Uhr abends, sondern mit der Hälfte der Lampen bis Tagesanbruch erfolgen. Die Versammlung stimmt zu.

Von der ab 1. April in Wirksamkeit gesetzten Erhöhung der Tagelöhner für die nichtständigen Bureauhilfen von 3,90 auf 4,20 M. gibt der Magistrat der Versammlung Kenntnis.

Die Vorlage wegen Verbreiterung der Reuen Promenade, der Straße An der Spanbau Brücke und der Straße Am Zwirngraben, sowie wegen Anbaus einer Straßensfläche von 652 Quadratmeter geht auf Antrag Vrh (A. L.) an einen Ausschuss.

An das Zentral-Diakonissenhaus Bethanien, das mit ernstlichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, soll eine städtische Beihilfe von 10 000 M. gezahlt werden. Die Verwaltung des Hauses hatte um einen laufenden städtischen Zuschuß gebeten.

Stadtv. Bruns (Sog.): Wir werden der Vorlage zustimmen. Ueber die ärztliche Versorgung und Verpflegung der Kranken dort haben wir nur Gutes gehört. Dagegen sind namentlich früher häufig Beschwerden laut geworden über religiöse Unzulässigkeit und Beeinträchtigung. Ich ziehe deshalb an den Magistrat das Ersuchen, daß in Zukunft diese Beeinträchtigung bei den Kranken, die ihrer nicht bedürfen, unterbleibt.

Vorsteher Nischelet: Diese Bemerkung war wohl nicht ganz zeitgemäß. Es ist in der Zwischenzeit Wandel in der Richtung dieser Wünsche eingetreten, die wir gewiß alle für berechtigt halten.

Stadtv. Hoffe: Es ist uns eine detaillierte Darstellung der seelsorgerischen Einrichtungen zugegangen, welche uns jede Gewähr gibt, daß von einem Druck oder Zwang auf die Kranken in religiöser Beziehung gar keine Rede sein kann.

Der Betrag wird bewilligt.

Den Betrag, wodurch die Stadt Berlin das Abholen und die Befestigung der Tierkadaver aus Charlottenburg übernimmt, bemängelt Stadtv. Gahn (A. L.) in verschiedenen Einzelheiten, speziell bezüglich einer unberechtigten Begünstigung Charlottenburgs im Gebührentarif. Da der Magistrats-Dezernent nicht anwesend ist, beantragt Redner Abschaffung des Gegenstandes von der Tagesordnung.

Vorsteher Nischelet gibt ebenfalls sein Mißfallen über das Fehlen des Dezernenten zu erkennen.

Der Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/7 Uhr.

Die Landtags-Wahlbewegung.

für den ersten Berliner Landtagswahlbezirk

Am Mittwoch im „Café Gärtner“ im Hansviertel eine öffentliche Wahlerversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung trugen Sänger das Lied: „Empor zum Licht! vor. Empor zum Licht! das war auch der Ruf, der aus den Worten des sozialdemokratischen Landtagskandidaten des Bezirks, des Genossen Hugo Boehl, hervorging, der das erste Referat hielt, weil der als Referent angelegte Reichstagsabgeordnete Oskar Cohn wegen einer wichtigen Sitzung erst später erscheinen konnte. Der Redner übte unter der Zustimmung der Versammelten scharfe Kritik an dem elenden Dreiklassenwahlrecht. Die „Selbsttaten“ des Abgeordneten Ruggan, des jetzigen Vertreters des ersten Landtagswahlbezirks, rückte er in das rechte Licht. Er ermahnte schließlich die Versammelten zu regster Agitation für zahlreiche Wahlbeteiligung im Sinne der Sozialdemokratie auch im ersten Wahlbezirk, trotz der hier überwiegenden Plutokratie, die die Eroderung des Landtagsmandats dieses Bezirks durch die Sozialdemokratie als ausgeschlossen erscheinen lasse. Durch diesen Hinweis dürfe sich niemand abhalten lassen, denn es sei durchaus notwendig, daß hinter den Sozialdemokraten, die ins Dreiklassenparlament hineinkämen, insgesamt eine große Wählermasse stehe. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Oskar Cohn hielt hierauf sein Referat, indem er eingehend die preussischen Verhältnisse in ihren verschiedensten Beziehungen beleuchtete und unter anderem darlegte, wie laue Freunde von Volk und wie laue Feinde des Vaterlands die Liberalen in ihren Taten seien. Unter großem Beifall schloß er mit einer Anfeuerung zum Kampf.

Herr Dr. Ruggan, der schriftlich eingeladen war, war weder erschienen noch hatte er sich irgendwie schriftlich geäußert.

An der Diskussion beteiligte sich ein Anhänger der national-liberalen Partei, Dr. Simon, der einige alte Kamellen aus dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie der Versammlung zum Besten gab und einige Fragen an den Kandidaten richtete. Er bot so dem

Genossen Boehl Gelegenheit, in seiner ausführlichen Erweiterung noch weiter aufklärend im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, was ihm den Dank der Versammelten eintrug. Genosse Oskar Cohn beendete noch im Schlußwort die Antwort unter lebhafter Zustimmung der Versammlung.

Auch im

neunten Landtagswahlbezirk

veranstalteten unsere Parteigenossen am Mittwoch wieder eine Versammlung in dem neuen, sehr geräumigen Kilsaal (Schönhauser Allee), der die sehr zahlreich erschienenen Besucher kaum zu fassen vermochte. Genosse Ströbel sprach zu seinen Wählern. Unter lebhaftem Beifall der Zuhörer zeigte er im Hinblick auf die politische Situation im Reich, sowie an der Hand einiger Spezialgebiete der preussischen Verwaltung, wie notwendig es ist, daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Abgeordnetenhaus vermehrt werde, weil sie allein entschlossen sind, dem vorkommenden Junkerregiment ein Ende zu machen. Wie das Ausreten des freisinnigen Abgeordneten Lippmann im Junkerparlament neulich gezeigt hat, sind die Freisinnigen nicht willens, einen ersten Kampf für die Verbesserung des Wahlrechts zu führen. Wir müssen deshalb die Freisinnigen, mit denen wir es ja in Berlin hauptsächlich zu tun haben, in noch größerer Zahl zur Strecke bringen, als es bei den vorigen Wahlen geschehen ist. Der neunte Wahlbezirk ist uns ja sicher. Aber wir müssen auch in den anderen Bezirken, die sich noch in den Händen des Freisinnigen befinden, alles daransetzen, um die Mandate diesen unzuverlässigen „Volkserntern“ zu entreißen und in der Hauptstadt des Reiches und Preußens einen glänzenden Wahlsieg zu erringen.

Die Haltung der Versammlung ließ erkennen, daß unsere Parteigenossen entschlossen sind, den Wahlkampf in diesem Sinne zu führen und dem Freisinn eine empfindliche Niederlage zu bereiten. — Ohne Einwendungen wurden die vorgeschlagenen Wahlmännerkandidaten aufgestellt.

Zweiter Landtagswahlbezirk.

„Ich bin ein Preuße!“ Mit was für Gefühl und Stolz wir Dreiklassenwahlrechtelassen diesen Satz andrücken dürfen, legte Genosse Dr. Breitscheid in der Bodrauerstr. in einer ebenso rhetorisch als auch inhaltlich großartigen Rede dar. Auf die vergangenen und neueren preussischen Geschichte eingehend, konnte Breitscheid ein vernichtendes Urteil über unsere „Jugendreichen“ Institutionen fällen. Unter die kritische Lupe nahm er das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu einer vernünftigen Wahlrechtsreform. Jenfalls der westlichen Grenze sehen wir das belagerte Proletariat in einem schweren Kampfe für ein freies Wahlrecht stehen, und wir müssen daran denken, für Preußen Lehren hieraus zu ziehen. Und an dieser Prüfung soll uns das Gehäl der bürgerlichen Parteien nicht hindern. Wie einst unsere Väter für ihre Rechte gekämpft, so heißt es auch für uns den gewaltigen Wahlrechtskampf mit der ganzen Persönlichkeit auszusuchen, und „ein Pfui über den Boden hinter dem Ofen!“ (Anhaltender stürmischer Beifall.) Die stark besuchte Versammlung ging mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Im Laufe der vergangenen Woche fand die Aufstellung der Wahlmänner auch in 6 Versammlungen des

zweiten Landtagswahlbezirks

Am Dienstag, den 16. April, sprach in Runkes Festsaal Genosse Sassen vor einer überfüllten Versammlung. In den Kölliner Festsaal referierte Genosse Boehl, Genosse Weber im Voigt-Theater, Bobitzstr. In wirtungsvoller Weise entlegten sich die Referenten ihrer Aufgabe unter hartem Beifall, indem dieselben auf die Bedeutung der kommenden Landtagswahlen hinwies und gleichzeitig scharfe Kritik an dem Verhalten der Wahlrechtsfeinde übten. Die Aufstellung der vorgeschlagenen Wahlmänner erfolgte einstimmig. In allen Versammlungen hielt der Kandidat des Kreises, Abg. Dr. Karl Liebknecht, eine kurz gehaltene zündende Ansprache.

Genosse Dr. Liebknecht referierte dann am Mittwoch, den 16. d. M., in den Kölliner Festsaal vor einer überfüllten Versammlung. Redner unterzog das Verhalten des jetzigen Landtages einer scharfen Kritik. Unter brausendem Beifall schloß Redner, indem er auf den kommenden Wahlkampf hinwies.

Auch hier wurde die Aufstellung der vorgeschlagenen Wahlmänner einstimmig gutgeheißen.

In den Pharus-Sälen sprach am Donnerstag, den 17. d. M., Genosse Hegge über die Bedeutung der Landtagswahlen; ebenso Genosse Weise bei Sachon, Müllerstr. Beide vor überfüllten Versammlungen. Auch hier verstanden es die Redner, die Zuhörer zu fesseln, und erzielten lebhaften Beifall. Die Wahlmänneraufstellung ging ebenfalls glatt vonstatten. Ebenso hielt Genosse Liebknecht in beiden Versammlungen wirkungsvolle Ansprachen.

Anschließend an diese Versammlungen waren die Frauen des ersten Landtagswahlbezirks zu einer Versammlung eingeladen, welche am Dienstag, den 22. d. M., in den Pharus-Sälen stattfand und sich zu einer wirkungsvollen Demonstration gestaltete. Genosse Liebknecht sprach vor 1600 Frauen über die Bedeutung der Landtagswahlen für die Frauen. Unter lebhaftem Beifall erwiderte Redner, indem er auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen bei den Wahlarbeiten hinwies. Nach einem anfeuernden Schlußwort seitens der Leiterin Genossin Luntz wurden die Versammlung geschlossen. Eigentümlich berührte in dieser Versammlung das Verhalten des Kriminalbeamten Dentlow. D. vermehrte die Anmeldung, da er die Versammlung als politische betrachte. Nachdem ihm seitens des Obmannes erklärt wurde, daß auch für diese Versammlung die gleichen Bestimmungen gelten wie für alle übrigen Wahlversammlungen, zog er von dannen. Sollte den Untergebenen der Polizei der § 4 des Reichsvereinsgesetzes unbekannt sein?

5. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivildienstler Deutschlands.

Dreslau, 22. April 1913.

Der Verbandstag tagt als erster in den Räumern des neuen herrlichen Dreslauer Gewerkschaftshaus; derselbe ist besetzt von 27 Delegierten, 2 Vorstandsmitgliedern und dem Vorsitzenden des Ausschusses; die Generalkommission läßt sich durch Genossen Sabath-Berlin vertreten.

Vorstandsbericht

erstattet Fauth-Berlin. Redner bedauert, daß diesmal kein gedruckter Geschäftsbericht herausgekommen ist, es sei ihm aber absolut nicht möglich gewesen, die Zeit für diese Arbeit zu bekommen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sich leider, nach der Statistik des letzten Verbandstages, nirgendwo gebessert. Die damals aufgestellte Statistik zeigte, daß über 50 Proz. der Berufsmuster noch nicht einmal einen Durchschnittslohn von monatlich 46 M. haben. Um diesem Elend zu steuern, sei es notwendig, daß die Organisationen in den einzelnen Orten fester wurzeln und es nicht erforderlich werde, an den einzelnen Orten zu mehreren Malen Versuche zur Gründung der Organisation zu machen. Um die Organisation zu fördern, habe der Vorstand für das Königreich Sachsen einen Kommissar eingeleitet, es habe sich aber ergeben, daß diese Institution für den Rufverband nicht praktisch sei, da es diesem Beamten kaum möglich sei, an die Kollegen heranzukommen. Es konnten während seiner Tätigkeit im Bezirk nur 35 Mitglieder gewonnen werden. Aller Art Schwierigkeiten stellen sich der Agitation entgegen, nicht zum wenigsten wissen die Rufdirektoren Schwierigkeiten zu bereiten. Redner begründet im weiteren die Anstellung eines Agitationsleiters im Hauptbureau,

der mit den Gewerkschaftskartellen zwecks Sammlung von Adressen der Rufster in Verbindung zu treten habe, um so die einzelnen Kollegen durch Broschüren und Agitationschriften für den Verband zu interessieren und Mitglieder zu werden. Fauth verbreitete sich dann des längeren über Unstimmigkeiten, die sich zwischen dem Verband und den Kartellen von Leipzig und Bremen abgespielt haben, und wo bedauerlicherweise das Leipziger Kartell sich nicht lobens- und nachahmenswert benahm. Doch abgesehen hiervon, habe die organisierte Arbeiterkraft den Bestrebungen der Berufsmuster Verbandes entgegengebracht.

Im weiteren bringt Redner die Meinung des Vorstandes zu der zum Geschäftsbericht gestellten Anträgen, die sich auf Agitation, das Fachorgan und auf das Annoncenwesen, sowie auf Verwaltungsangelegenheiten beziehen, zum Ausdruck. Seine Ausführungen klingen aus in der Richtung, daß die Kollegen aller Orte sich in Zukunft in den Versammlungen mehr mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit Angelegenheitenversicherung, Vergnügungssteuer und dergleichen beschäftigen sollen.

Den Geschäftsbericht erstattete Blauschiffli-Berlin. Nach diesem Bericht stellt sich die Kassenlage wie folgt: Inklusiv eines Kassenbestandes von 11 833,57 M. vom 4. Quartal 1909 hatte der Verband vom 1. Quartal 1910 bis Inklusiv des 4. Quartals 1912 eine Einnahme von 125 146,36 M. Die Gesamtausgabe betrug in dem gleichen Zeitraum 46 840,02 M. Der Kassenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1912 45 306,34 M.

Unter den Ausgaben befinden sich für Krankenunterstützung 3719,14 M., Sierbeunterstützung 1255 M., Reiseunterstützung 109,27 M., Gemahrgeldunterstützung 667,80 M., außerordentliche Unterstüzung 2807,47 M., Rechtschutz 2258,64 M., Agitation 2370,88 M., Streik in eigenen Beruf 350 M., Streik anderer Berufe 500 M., für die Fachzeitung 4062,35 M. und den Ortsverwaltungen blieben zur freien Verfügung für lokale Ausgaben 31 440,14 M.

Der Verband zählte am Ende des Jahres 1912 87 Zahlstellen mit 1885 Mitgliedern. Die Fluktuation der Mitglieder hatte zur Folge, daß einige Zahlstellen zugrunde gingen. Die weiteren Ausführungen erstreckten sich auf Verwaltungsangelegenheiten.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Trudel-Hamburg, gab den Bericht über eine Reihe Besäwerden, über die der Ausschuss zu entscheiden hatte.

Es erfolgte dann die Begründung der zum Vorstandsbericht gestellten Anträge. Unter anderen hat die Zahlstelle Hamburg den Antrag gestellt, daß der 5. Verbandstag den Hauptvorstand beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen, Volks- und Gewerkschaftshäuser sowie die Vereinskongresse der modernen organisierten Arbeiter, außerdem aber auch die gesinnungsüberwandten Institutionen zu veranlassen, im Bedarfsfalle nur die Arbeitsnachweise unseres Verbandes zu benutzen.

Der Vorsitzende Fauth führte dazu aus, daß die Zurücksetzung der Zivilberufsmuster ganz von selbst seitens der Kartelle, Volks- und Gewerkschaftshäuser aufhören werde, wenn die Berufsmuster es allgemein ernst mit ihrer beruflichen Ausbildung nehmen und sich bemühen, künstlerisch das Beste zu bieten.

Dreslau, 23. April.

Die Debatte über den Vorstandsbericht, die bereits am Dienstag nachmittags einsetzte, wurde auch heute früh noch fortgesetzt. Der Vorstandsvorschlag auf Einstellung eines Bezirksleiters findet bei fast allen Delegierten lebhaften Beifall. — Es kommt weiter zum Ausdruck, daß der Allgemeine Deutsche Musterverband als das größte Hemmnis für die Ausbreitung des Verbandes zu betrachten ist, dem kein Mittel in seiner Belämpfung zu schloß ist, und daß es kaum Worte gäbe, um das schaffe Vorgehen dieser Organisation zu kennzeichnen. Im weiteren werden die Praktiken der Sozialinhaber erörtert, die sich gegenseitig überbieten, die Tagelöhnerungen billig und immer billiger zu gestalten zum Schaden der Berufsmuster. — Eine gründliche Aussprache findet auch über das Erscheinen und die Ausgestaltung des Fachorgans statt. Es haben einige Zahlstellen Anträge auf Anstellung eines Redakteurs gestellt. Fauth-Berlin tritt dem entgegen, indem er betont, daß Personen zur Lösung dieser Frage vorhanden sind, auch ist er der Ansicht, daß mit Anstellung eines Agitationsleiters der Vorsitzende entlastet wird und dadurch Zeit für das Fachorgan bekommt. Wenn dann von den Kollegen fleißig mitgearbeitet werde, dann dürfte das Fachorgan bald den gestellten Anforderungen gerecht werden.

Nach den Schlußworten des Vorstandes zum Geschäftsbericht wird folgender Beschluß gefaßt:

Es soll ein Agitationsleiter im Hauptbureau zur Agitation für ganz Deutschland angestellt werden. Ferner sollen die Ortsverwaltungen Agitationskommissionen errichten, welche die ihnen von den Ortsverwaltungen aufgetragenen Agitationsarbeiten auszuführen haben. Eine Anzahl Anträge, die sich auf die Fachzeitung, auf das Annoncenwesen usw. beziehen, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Beratung der zum Statut gestellten Anträge zeltigte folgende Beschlüsse:

Im § 2 des Statuts, der von der Mitgliedschaft handelt, wird ein Passus hineingebracht, der besagt, daß gewerblich tätige Personen aufgenommen werden. Damit soll den Wandoniam-, Zither-, Gartenpielern usw. die Möglichkeit gegeben werden, die Mitgliedschaft zu erwerben.

Der § 6 des Statuts erhält folgende verbesserte Bestimmung:

„Arbeitsunfähig erkrankte Mitglieder können während der Dauer ihrer Erwerbsunfähigkeit von der Beitragszahlung befreit werden. Dergleichen können Mitglieder, welche mindestens zehn Jahre dem Verbande angehören und während dieser Zeit ihre Beiträge voll entrichtet haben, von der Beitragszahlung befreit werden, wenn sie infolge von Invalidität oder hohen Alters erwerbsunfähig oder stark erwerbsbeschränkt sind.“

Im letzten Absatz des § 8 wird bestimmt, daß jene Kollegen, die als Beamte die Pensionberechtigung haben, nicht zur Mitgliedschaft zugelassen werden; daß dagegen der Aufnahme pensionierter Beamten, die infolge ihrer niedrigen Pension einen Nebenverdienst suchen müssen, nichts entgegensteht.

Im weiteren wird beschlossen, daß in Zukunft bei Ausschluß eines Mitgliedes ein örtliches Schiedsgericht, bestehend aus Vertretern der Parteien und einem vom Vorstand ernannten unparteiischen Vorsitzenden, fungieren muß.

Ferner wird ein einheitliches Eintrittsgeld für Neu- und wiederholte Eintretende von 1 M. beschlossen.

Die Reiseunterstützung soll für jene Mitglieder, die einen Wochenbeitrag von 5 M. zahlen, von 5 auf 6 M. erhöht werden.

Die Reiseunterstützung, die bisher 3 Pf. pro Kilometer ausmacht, soll auf 2 M. pro Tag festgesetzt und freizunachträglich ausgesetzt werden.

Nachdem noch einige reaktionelle Bemerkungen an einzelnen Paragraphen des Statuts vorgenommen, sind alle Anträge zum Statut erledigt und werden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Sonntagssche in Kontoren und Aden. Von P. Langl. 88 S. Zentralverband der Handlungsgelassen. Berlin NW. 23. Der harte Preis. Roman von P. v. Jodelitz. 1 M. Kronen-Verlag Berlin SW. 68. Ein einheitliches Steuerthema für das Deutsche Wirtschaftsgebiet. Von Adenbäuser, Grotz, 5 M. D. Seale, Göttingen a. R. Deutschland unlöslich des 25jährigen Bestehens der Gesellschaft „Urania“ zu Berlin. 1898-1913. Selbstverlag.

4 Pelerinen-Tage

Freitag — Sonnabend — Sonntag — Montag

Ausnahmepreise für Loden-Pelerinen

Sämtliche Lodenstoffe sind vor der Verarbeitung imprägniert worden. Grau oder grünlich Strichloden, ganz vorzüglich im Tragen, Kapuze abknöpfbar, mit Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen

Für Herren und Damen

Für Knaben und Mädchen

Qualität II: Längen 120 bis 130 cm Einheitspreis 6⁹⁵
Spezial-Marke: Längen 120 u. 125 cm 13⁸⁰ 130 cm 16²⁵

Qualität II: Längen 70, 80 und 90 cm 4¹⁰ 100 und 110 cm 5⁶⁰
Einheitspreis
Spezial-Marke: Längen 80 u. 90 cm 7²⁰ 100 u. 110 cm 9⁶⁰
Einheitspreis



Loden-Hüte 1.90 u. 3.40

Am Lager große Mengen echt englischer Gummi-Mäntel 10⁵⁰
(Single) in allen Größen Einheitspreis

Sport-Anzüge — Rucksäcke — Sweater — Oeltuch-Kleidung — Herren-Mützen

BaerSohn

Berlin — Gegr. 1891

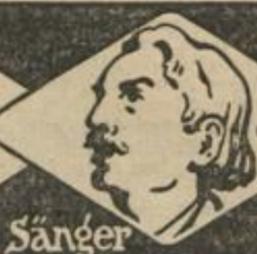
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag von 12—2 Uhr geöffnet

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos u. portofrei

WYBERT TABLETTEN

schützen



vor **HUSTEN HEISERKEIT KATARRH**
Preis 1 Mk. erhältlich in Apotheken & Drogerien

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Fadenflecht) enorm billig.

Wauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9, parterre. Kein Laden. Vormärts-leter zehn Prozent!

Stegdecken, direkt Fabrik, nur Große Frankfurter Straße 9. 2478*
Gardinen, Kissenbezüge, Tischportieren. Fabrik Wauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9, Rüsteneingang 1. Vormärts-leter zehn Prozent!

Blindleibhaus, Bismarckstr. 66. Spottbilliger Bettenverkauf, Tischdecken, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Herrengarderobe, Goldschmied. Sonntag 1178*

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rayntons 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (leberbunte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hadescher Markt 4, Bahnhofs Börse. (Hier des Vormärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Gardinen! Stegdecken! Vorhänge! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vormärts-leter 5 Prozent Rabatt! extra! Gardinenhaus Brünn, Hadescher Markt 4 (Bahnhofs Börse). Sonntag geöffnet.

Beuten, Stand 9.—. Drummstr. 70, im Keller. 12008*

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Kissen, Kinderwagen, Bezug oder Postkarte. Welfen (selbst), Andreaskirche 4 (Schlesischer Bahnhof).

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärtens von Max Heßdorfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vormärts, Lindenstr. 69.

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Wochenrate an, kleinere Bilder, Wanduhren, Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Stegdecken. Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Rückzahlung. Bestellungen erbitte. Postlagerkarte 9*, Postamt 102.

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billig, schon von 10 Mark an. Dellmann, Goltmannstr. 26. 2988*

Gründungsbeleg der Volkshilfe von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 Mk. Buchhandlung Vormärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Teppiche, Fadenflecht, spottbillige Kissenbezüge, Vorhänge, Gardinen, Tischdecken, Divanbezüge, Möbelstoffe, Säuerstoffe, Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer, Vormärts-leter Extra-rabatt. 1438*

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1.—. Klappwagen! Kleinfuhrwerk! spottbillig. Welfen Nachf., Warfhauserstraße 80. 2698*

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig, erstklassige wenig getragene Jackettanzüge, Gebrodanzüge, Sommerpaletots, Frackanzüge, Sommerpaletots, Hemden, auch Baumanzüge. Prinzenstraße 28, I (Gedanzg Rittlerstraße). 3708*

Gute Tischteppiche mit feinen Behebelen, prima Qualität. 130/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,50 Teppichhaus Emil Ledere, nur Dranienstraße 158. Kirchengäßchen. 2708*

Kleingemerkte Boucle-Teppiche, ein großer Posten diverse Größen, unter Preis. Teppichhaus Ledere, nur Dranienstraße 158. 2708*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 3 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrodanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu kaum zu billigen Preisen, aus Blandleiben verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei Max, Radlitzstraße 14.

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig. Bilder, Spiegel, Stegdecken, Tischdecken, Teppiche, Vorhänge, Gardinen, Bezüge, Uhren, feiner Möbel, Polsterwaren, Kleider, Neue Schönheitsstr. 34, Besuch oder Postkarte. 1488*

Wenig getragene, aus vornehmen Häusern abgelassene erhaltene Anzüge, Sommerpaletots, Winter, Hosen (Gebrodanzüge, Frackanzüge, (Mahlzeiten) auch leibweisse), Sommerkleider, Hülsen, Stiefel usw. verkauft billig (auch Sonntag) Weib, Blücherstraße 67 I. Galleisches Tor (Kalleische Mittenwalderstraße). 4768*

Gardinen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Kleinfuhrwerk! Louis Böttcher (selbst), Kronleuchter-Spezialhäuser. Betriebsleitung: Vorlagenerstraße 32 (kein Laden). (Jahresvertragung) Welfen (selbst), Prinzenstraße 28, I. 2841*

Monatsanzüge, speziell Mahanzüge, Sommerpaletots, Gebrodanzüge, Baumanzüge, verkauft sehr billig (auch leibweisse) Prinzenstr. 64, Ecke Annenstr. 4808*

Stiefel, neueste Formen, Voggall, Gendreau, Lad, Damen und Herren, alle Größen, weit unter Ladenpreis. Hilb, Niederwallstr. 22, kein Laden.

Klappwägen billig. Neu-Bau, Radlitzstraße 69, vorn I links.

Germanianus & Blandleibhaus. Extrabillige Jackettanzüge, Gebrodanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen, Winterkleider, Bettdecken, Tischdecken, Tischdecken, Stegdecken, Goldschmied, Taschen, Wanduhren, Wandbilder, Barockverkauf ebenfalls Sonntag.

Geschäftsverkäufe. Konfiraden-Geschäft, 6 Jahre bestehend, 2 Zimmer, Bad, Küche, billig zu verkaufen. Auskunft: Tempelhof, Rantensuffel. Ede Vofelstr. Restaurant. 7720*

Restaurant, Vorgarten, am Kirchhof, Fabriken im Hause, verlässlich. Vormärts* Spedition Berlinstr. 6. 7720*

Blattgeschäft, gutgehend, Steglitz, Wittenstraße 6. 4139*

Restaurant mit Frühstücken, feiner Küche, billige Preise. Zu erfragen Viehmarkt, Wittenstraße 61.

Bergwerke, 25 Jahre bestehend, gute Ertragsfähigkeit, wegen vorgerückten Alters zu verkaufen. Offerten: Lagerkarte 74 Postamt 59.

Möbel. Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kreutzmann u. Co., Koppensstraße 4 (Schlesischer Bahnhof).

Der Möbel reich und dabei billig kaufen will! Kein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Vorteile. Geschmackvolle Interieurwohnungen, auch gute gebrauchte sowie zurückgelieferte Möbel, Bequeme Zahlungsweise garantiert. Kaufpreis Jumboerstattung. Keine Anzahlung. Bekannte Rückzahlung bei Krankheit, Kustpernung usw. Tischlermeister Gaddert, Welfenstraße 54. 245/20*

Gerliche Wohnungseinrichtung, ganz neu, kaum zu billigen zu haben. Kollentholerstraße 57, vorn III, bei Wlad. 75/19*

Bürgerliche Einrichtungen, Sportbreite, Kamerling, Heidebergstr. 21. 4648*

Möbel, Ledner, Spezial-Möbelhaus, auf Kredit und gegen bar. I. Geschäft: Brunnenstraße 7, am Kollentholer Platz. 2. Geschäft: Welfenstraße 174, Ecke Fennstraße. Stube und Küche Anzahlung von 15.— an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5.— an. Kleiner Ausverkauf. Größte Auswahl. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf von 50.— an 5.— gutgeschrieben. Lieferung auch nach ausländisch. Sonntag geöffnet von 12—9 Uhr. 27248*

Möbel-Teilzahlung liefert Welfen, Dresdenstraße 124, am Kollentholer. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Lieferung auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag 12—9 geöffnet. 2268*

Bürgerliche Einrichtungen, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küche, Ergänzungs Möbel, Sportpreise. Möbelgelegenheitskaufhaus Bräunstraße 6. 798*

Sofa, wie neu, 18,00. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14. 5436

Zwanzigjährig Tischschloß von 30.— Mark. Ruhebetten, neu 20.—, Kleiderschränke, Vertikos, Kommoden 12.—, Küchen 10.—, Tische 3.—, Stühle 1.—, Spiegel 2.—, Bettstellen 3.— an usw. Neue bürgerliche Einrichtungen billig Teilzahlung garantiert. Möbelgelegenheitskaufhaus Bräunstraße 6. 77/12. Stargardt u. Jubeil. 77/19

Möbelkatalog, reich illustriert, sendet auf Wunsch gratis Möbelkatalog R. Hirschowitz, Stalingerstraße 25, an der Hochbahn! 4978*

Verkauflich: moderne Wirtschaft, Piano, Gastrone. Kömigsbergerstraße 11, vorn I, Röhler. 782*

Wohnungs-Einrichtungen laufen Braupaar an Welfen bei Hirschowitz, Chausseestraße 49, gegenüber Welfenstraße. — Kein weiteres Geschäft — von 200 — vollständige Einrichtung und Einzelstücke in Schränken, Facettentische, 29.—, Tische, Stühlen, englischen Betten, Schreibtischen, komplette Schlafzimmer, Kleiderlager. Chausseestraße 49.

Zweizeilige Küchen-Einrichtungen, beliebiger Farbe, 48.—, Chausseestraße 49.

Polstermöbel-Fabrik, Chausseestraße 49, liefert nur bekannt reelle Fabrikate, richtig billig. 5068*

Sofa, Kleiderschrank, Bettstellen, Küche, Ausziehtisch, Boythe, Welfenstraße 35a. 4122*

Musikinstrumente. Salonpiano, zurückgenommen, enormer Preisnachlass. Neuführer Pianofabrik, Juliusstraße 59. 774*

Bilder. Bilder. Sie laufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Welfen-Hogban, Weinmeisterstraße 2. 22488*

Fahrräder. Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Bräunstraße 10a, I. Etage. 798*

Brennaborrad, neuerhalten, 25,00. Schradler, Weberstr. 42, Duergebäude.

Kaufgesuche. Zahngebisse, Goldschmied, Silber, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmiederei Christian, Adenauerstraße 20 a (gegenüber Rantensuffelstraße). 591*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Silber, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber, hochzahlend, Platin, Schmiederei, Auguststraße 19 III. 43*

Nägen. Dreifachman läuft Großmann, Spandauerbrücke 2. 765*

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldschmied, Silber, Quecksilber, Stanniol, höchstzahlend. Schmiederei Welfen, Teilmeyerstraße 10. 6818*

Goldschmelze läuft Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend. Witwe Marie Kieper. Nur Köpenickerstraße 157. 4798*

Unterricht. Auto-Fachschule (Ingenieur Schapiro), technisch angeordnet, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Bismarckstr. 16, Berlin-Charlottenburg. 137K*

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Verein, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swients-Liebmann, Charlottenburg, Stutzgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Verschiedenes.

Patentanwalt Röhler, Welfenstraße 81. 34298*

Patentanwalt Welfen, Welfenstraße 94a.

Bereine, Gewerkschaften! Sonnabend frei. Ludwigs-Bibliothek, Treptow. 4135*

Kleines freundliches Zimmer für einen Herrn. Kollentholer, Welfenstraße 54, Hof links III. 434

Möbliertes Zimmer vermietet Auguststraße 51, vorn III rechts.

Schönes Schlafzimmer, möbliert, separat, 15 Mark. Großmann, Kollentholerstraße 4 II, Ecke Kaiser-Friedrichstraße, Neukölln. 433

Möbliertes ungeniertes Zimmer, billig, eventuell Kleiderreinigung. Welfen, Kollentholerstraße 6 (Bahnhof Schönhofstraße). 477

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Herr, separat, möbl., Kollentholerstraße 7, vorn I links, Ostbahn. 441*

Gutmöblierte Schlafstelle für jungen Herrn bei Zimmer, Dranienstraße 188, vorn IV. 5415

Fremdliche Schlafstelle, Herr, bei Lange, Welfenstraße 42, Hof III.

Möblierte Schlafstelle sofort oder ersten. Frau Reddermeyer, Strausbergerstraße 6a, Hof III. 441

Mietsgesuche. Alleinmieter sucht Zimmer, Osten, Preisofferten Wochenzahlung inklusive, W. 77, Postamt 17. 4150

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Schweizer verlangt Heimkehr, Tempelhof, Ringbahnstraße 42.

Schiffbau- und Kammorleier verlangt Stahl u. Holz, Steinmetzmeister, Hermannstraße 196/197.

Junge Eheleute als Hilfsarbeiter gesucht. Offerten: „Vormärts“, Expedition Welfen, W. 77, Postamt 17. 4106

Der Original-Hackepeter Martin

Inhaber: **Martin,** Münzstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße,

ist wegen Nichtanerkennung der Organisation für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. — Die zurzeit da beschäftigten Kellner gehören jenen Organisationen an.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin.